

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt
Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette

Der Weg in den Krieg
Ursachen und Voraussetzungen
der deutschen Kriegspolitik

Hans-Adolf Jacobsen
„Kampf um Lebensraum“
Karl Haushofers „Geopolitik“
und der Nationalsozialismus

Bernhard Sutor
Zum Verhältnis von Geschichts-
und Politikunterricht
Politische Bildung im Fächerverbund

ISSN 0479-611 X

B 34-35/79

25. August 1979

Wilhelm Deist, Dr. phil., geb. 1931; Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg i. Br.

Veröffentlichungen u. a.: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918, Düsseldorf 1970; als Hrsg. mit H. Schottelius: Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871—1914, Düsseldorf 1972; Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897—1914, Stuttgart 1976.

Manfred Messerschmidt, Dr. phil., geb. 1926, Professor und Leitender Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg i. Br.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969; Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland, Darmstadt 1975; Die politische Geschichte der Preußisch-Deutschen Armee 1814—1890, München 1975; Die preußische Armee: Strukturen und Organisation 1814—1890, München 1976.

Hans-Erich Volkmann, Dr. phil., geb. 1938; Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg i. Br. und Professor für Zeitgeschichte an der Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Baltikumpolitik zwischen Brest-Litowsk und Compiègne, Köln—Wien 1970; als Hrsg. mit F. Forstmeier: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975; Kriegswirtschaft und Rüstung 1939 bis 1945, Düsseldorf 1977, u. a. Publikationen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Wolfram Wette, Dr. phil., geb. 1940; Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg i. Br.

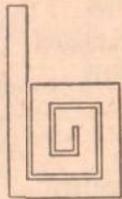
Veröffentlichungen u. a.: Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Ein Beitrag zur Friedensforschung, Stuttgart, Berlin 1971; Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte einer Kooperation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/1974.

Hans-Adolf Jacobsen, o. Univ. Professor, Direktor des Seminars für politische Wissenschaft an der Universität Bonn, geb. 1925.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Studien und Dokumentationen zur Geschichte des Dritten Reiches; Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), 2 Bde., 1973/1978; Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung, 1977; Bundesrepublik Deutschland — Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen (Mithrsg.), 1979; 30 Jahre Außenpolitik der DDR (Mithrsg.), 1979.

Bernhard Sutor, Dr. phil., geb. 1930; Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der Sozialkunde an der Kirchlichen Gesamthochschule Eichstätt; seit 1968 Mitarbeit an der Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz.

Veröffentlichungen: Politik und Philosophie, Mainz 1966; Didaktik des politischen Unterrichts, Paderborn 1971, 1973²; Grundgesetz und politische Bildung, Hannover und Mainz 1976; Politik, Lehr- und Arbeitsbuch für Sekundarstufe II (Hrsg.), Paderborn 1979; zahlreiche Aufsätze über Grenzfragen zwischen Philosophie und Politik sowie zur Geschichts- und Politikdidaktik.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter- richtung und Urteilsbildung.

Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann,
Wolfram Wette

Der Weg in den Krieg

Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik

I.

Zum 40. Jahrestag des Kriegsbeginns im Jahre 1939 veröffentlicht das Militärgeschichtliche Forschungsamt Freiburg im Breisgau den ersten Band eines auf insgesamt zehn Bände angelegten Werkes über den Zweiten Weltkrieg. Angesichts der Fülle von Publikationen über das Dritte Reich und zum Kriegsbeginn von zum Teil zweifelhafter Qualität — der Markt hierfür scheint unerschöpflich zu sein — wird dem Leser hier eine den neuesten Forschungsstand widerspiegelnde Überblicksdarstellung vorgelegt.

Mit Recht wird die Frage gestellt werden, warum eine derartige Darstellung erst jetzt, ja warum sie überhaupt erscheint. Zum ersten Teil der Frage sei daran erinnert, daß die „amtlichen“ Werke zur Geschichte des Ersten Weltkrieges sehr viel schneller auf den Markt kamen¹⁾ und damit einen großen, wenn auch nicht exakt meßbaren Einfluß auf die öffentliche Meinung der damaligen Zeit ausübten. Nach dem Zweiten Weltkrieg bot sich auch in dieser Beziehung ein radikal verändertes Bild. Die der Vernichtung entgangenen Akten standen jahrzehntelang und stehen auch heute noch nicht vollständig zur Verfügung, vor allem aber ließ sich eine „amtliche“ Kriegsgeschichtsschreibung mit dem Pluralismus der demokratischen Gesellschaft in der Bundesrepublik nicht mehr vereinbaren.

Wichtiger als die Frage nach dem Zeitpunkt der Publikation ist deren Begründung. Hierfür lassen sich, abgesehen davon, daß eine umfassende Militärgeschichte des Dritten Reiches noch nicht existiert, zumindest zwei Gründe — ein mehr wissenschaftlicher und ein allgemeinpolitischer — anführen. Die Mi-

litärgeschichte ist aus verständlichen historischen, aber auch aus politischen Gründen ein stark vernachlässigter Teil der deutschen Geschichtswissenschaft. Das hat Konsequenzen unter anderem auch für die Geschichtsschreibung über das Dritte Reich, dessen von Anfang an auf Expansion zielende Politik ohne eine militärgeschichtliche Interpretation nicht beschrieben werden kann.

Die sorgfältige Darstellung der Rückwirkungen dieser Politik auf das militärische Machtpotential und der davon wiederum ausgehenden Wirkungen kann die bisherige Kenntnis der Geschichte des Dritten Reiches in nicht unwesentlichen Bereichen ergänzen. Da das Regime in seiner Ideologie und Praxis durch Gewalt, Kampf und Krieg gekennzeichnet war, müssen auch seine Gewaltinstrumente berücksichtigt werden.

Durchaus zu Recht werden in der Öffentlichkeit Nationalsozialismus — Drittes Reich — Zweiter Weltkrieg zunehmend als synonyme Begriffe gebraucht. Es ist daher gerade im Blick auf die ungebrochene Welle der Vermarktung des auf Aktion und Emotion reduzierten Kriegsgeschehens dringend notwendig, auf die Verknüpfung der militärischen Ereignisse mit der allgemeinen Entwicklung des Dritten Reiches aufmerksam zu machen und immer wieder darauf hinzuweisen. Dabei geht es nicht um Be- oder Entlastungen, sondern um ein Mehr an Erkenntnis über eine Zeitspanne, die das Bewußtsein einer Generation geprägt hat, die aber der jüngeren Gene-

Für diese Zeitschrift erweiterter Vorabdruck aus der von den Verf. bei der DVA, Stuttgart, in Kürze erscheinenden gleichnamigen Publikation. Es handelt sich dabei um den ersten Band einer auf insgesamt zehn Bände angelegten Edition „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, die vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg, veröffentlicht wird.

¹⁾ Das Archiv der Reichsmarine veröffentlichte bereits 1920 den ersten Band der Serie „Der Krieg zur See 1914—1918“, und das Reichsarchiv legte 1925 den ersten Band der Darstellung des Landkrieges vor.

ration kaum noch gegenwärtig ist, wie „Holocaust“ gezeigt hat.

Der erste Band der Serie trägt den Titel „Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik“ und untersucht in vier umfangreichen Beiträgen die Kriegsvorbereitung

politik auf den Gebieten der Propaganda, der Innenpolitik, der Wirtschaftsplanung, der Aufrüstung und der Außenpolitik. Die Autoren haben die Ergebnisse ihrer Arbeit in der nachstehend abgedruckten Schlußbetrachtung zusammengefaßt.

II.

Die wissenschaftliche Kontroverse um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges hat nie zu einer solchen prinzipiellen Gegensätzlichkeit der Standpunkte geführt wie die entsprechenden Forschungen über die Ursachen der Kriege von 1864/66, 1870 und 1914. Auch die provozierenden Thesen einiger weniger Außen-seiter unter den Historikern konnten das stets neu überprüfte Ergebnis der internationalen Forschung nicht erschüttern, wonach die Ursachen des Krieges in Europa auf die deutsche Politik der Jahre bis 1939 zurückzuführen sind. Die weitgespannte Forschung über die deutsche Geschichte der letzten 150 Jahre hat darüber hinaus ergeben, daß sowohl die Gründung des deutschen Nationalstaates, dann der Versuch der Aufrechterhaltung und des Ausbaues des Reiches als auch — nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges — der erneute Anlauf zur Wiederaufrichtung der Groß- und Weltmachtstellung Deutschlands jeweils mit einer Kriegspolitik verbunden waren, die Europa und sein politisches Gewicht in der Welt fundamental veränderten. Kriege standen am Anfang und am Ende der knapp 75jährigen Geschichte dieses Nationalstaates.

Diese Perspektive ist ein wichtiges Ergebnis aus der ausgedehnten Diskussion über die Strukturelemente, die für den deutschen Nationalstaat bestimmend waren. Sie entstanden auf politischem Gebiet vornehmlich aus den besonderen Bedingungen der Gründungsphase und im ökonomischen Bereich aus der sich immer rascher vollziehenden Industrialisierung sowie durch die Kombination beider Faktoren. Die Frage nach der fortdauernden Wirksamkeit dieser Strukturelemente ist in einer großen Zahl von Untersuchungen zur Geschichte des Kaiserreichs behandelt worden. Als ein gewiß vorläufiges Ergebnis kann festgehalten werden, daß in der politischen, militärischen und gesellschaftlichen Herrschaftsorganisation, den außen- und innenpo-

litischen Zielsetzungen und den ihnen zugrunde liegenden Ideologien Kontinuitäten zu erkennen sind, die ihre Kraft zum Teil weit über den Ersten Weltkrieg hinaus bewahrten.

Für das Verständnis der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges kommt es darauf an, diese Erkenntnisse in den überschaubaren historischen Gesamtzusammenhang einzubetten. Die so gewonnene Distanz erlaubt eine differenzierte Beurteilung der Entwicklungen, Tendenzen und Ereignisse der dreißiger Jahre, die als integraler Bestandteil der kurzen Geschichte des deutschen Nationalstaates betrachtet werden müssen. Sie öffnet den Blick für die Kontinuität und Diskontinuität dieser historischen Entwicklung, in der sich Konstanz und Wandel der erwähnten Strukturelemente spiegeln.

Als ein Ausgangspunkt für die Analyse der Ursachen der im September 1939 zum Kriege führenden Politik müssen die Wirkungen der militärischen Niederlage im Jahre 1918, der deutschen Revolution und des Versailler Friedensvertrages vom Juni 1919 betrachtet werden. Der Zerfall der bisherigen politischen und militärischen Herrschaftsorganisation, die Übernahme der politischen Verantwortung durch Sozialdemokraten, ehemalige „Reichsfeinde“, und die Beschränkung der bewaffneten Macht auf eine Berufsarmee von 100 000 Mann und auf eine Marine, der nur Küstenschutzfunktionen zu bleiben schienen, erschütterten ganz offenkundig die überlieferten Vorstellungen und Werte staatlicher Ordnung nachhaltig. Weniger tangiert erschien zunächst der wirtschaftliche und soziale Bereich, wenn auch bereits während des Krieges breite Schichten des Mittelstandes in existenzgefährdende wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren, die sich mit der Inflation (1923) noch wesentlich verschärfen sollten. Ganz abgesehen von der Frage, ob die Veränderungen der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse tatsächlich

als tiefgreifend zu bezeichnen sind, bleibt der Umstand maßgebend, daß sie im Bewußtsein der meinungsbildenden Mittelschichten, insbesondere des national denkenden Bürgertums, als ein prinzipieller Wandel empfunden wurden.

Fundamentale Bedeutung für die weitere Entwicklung, auch für die Legitimierung der nationalsozialistischen Politik ab 1933, gewann die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertragswerkes. Sie wurde unter dem Eindruck der harten Bestimmungen dieses Vertrages von allen politischen Gruppen erhoben und von der Masse der Bevölkerung gestützt. Im Mittelpunkt des Interesses aller Revisionisten standen außenpolitische Ziele wie der Abbau der Reparationen, die Wiederherstellung der militärischen Souveränität des Staates und die Rückgewinnung der mit dem Friedensschluß verlorenen Territorien. Auch hier variierten Zahl und Umfang der erhobenen Forderungen zwischen den Parteien. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal waren die den Forderungen jeweils zugrunde liegenden politischen Fernziele und die Methoden, mit denen diese realisiert werden sollten. Dabei zeigte sich, daß die bis 1918 erwogenen, mit wechselndem Erfolg propagierten und erprobten Variationen des deutschen Weges zur Position einer kontinentalen Großmacht auch unter den gänzlich veränderten politischen Verhältnissen der Weimarer Republik das Denken und Handeln der Parteien bis hin zur Sozialdemokratie bestimmten. Zudem hatten sich, trotz der ungünstigen Ausgangslage, die längerfristigen Möglichkeiten für eine deutsche Großmachtpolitik gegenüber der Situation zu Anfang des Jahrhunderts nicht unwesentlich verbessert: Der britisch-sowjetische Gegensatz erschien in seiner Schärfe und ideologischen Grundsätzlichkeit unüberbrückbar, die USA waren sehr bald von dem Versailler Vertragswerk abgerückt, die Staaten Ostmitteleuropas zeigten sich diplomatischer und wirtschaftlicher Einflußnahme zugänglich, und schließlich hatte das britisch-französische Verhältnis, insbesondere nach der französischen Ruhr-Invasion (1923), viel von seiner im Weltkrieg erprobten Festigkeit verloren.

Für die öffentliche Meinung und im Bewußtsein fast der gesamten politischen Repräsentanz der Republik trat diese Perspektive hinter dem Eindruck zurück, daß der deutschen Außenpolitik praktisch kein Bewegungsspiel-

raum geblieben sei. Auch nach dem Vertrag von Rapallo mit der Sowjetunion (1922) und der Aufnahme des Reiches in den Völkerbund (1926) veränderte sich diese Einschätzung der politischen Situation kaum. Selbst Stresemanns erfolgversprechender Versuch, unter Ausnutzung der Vorteile des kollektiven Sicherheitssystems des Völkerbundes und ökonomischer Faktoren neue Grundlagen für eine deutsche Großmachtpolitik zu schaffen, wurde von den Rechtsparteien und den entsprechenden außerparlamentarischen Gruppierungen immer wieder als bloße „Erfüllungspolitik“ abqualifiziert. Die liberalen und sozialen Demokraten sowie einige gemäßigte Konservative, die mit unterschiedlichen Zielvorstellungen eine Außenpolitik der Verständigung und des Ausgleichs in Bindung an das im Völkerbund repräsentierte internationale System betrieben hatten, scheiterten schließlich gegen Ende der Weimarer Republik an der Aufgabe, diese Politik mehrheitsfähig zu erhalten. Die unvermindert heftige Ablehnung des Versailler Vertrages und des Völkerbundes — als einer Veranstaltung der Versailler Siegermächte —, der Kampf um die Herabsetzung der Reparationen und um die Gleichberechtigung in Rüstungsfragen stärkten die politischen Richtungen, die der traditionellen Machtpolitik das Wort redeten.

Wenn die deutsche Revolution 1918/19 und der Versailler Vertrag als mögliche Ausgangspunkte für die Erörterung des Ursachenzusammenhangs bezeichnet worden sind, in dem die deutsche Politik ab 1933 betrachtet werden muß, dann ist in der Wirtschaftskrise ab 1929 mit ihren politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bewußtseinsmäßigen Wirkungen der historische Vorgang zu sehen, der in entscheidender Weise zur Bündelung und Stärkung der Kräfte beigetragen hat, die der deutschen Politik bis 1939 den Stempel aufgedrückt haben. Die deutliche Verstärkung der Tendenzen in der Außenpolitik, die auf eine Lösung der Bindungen an das multilaterale System des Völkerbundes drängten, war bereits ein Reflex der durch die wirtschaftliche Krise veränderten innenpolitischen Situation. Sie fand ihre Entsprechung in der sich wandelnden Militärpolitik der Reichswehr.

Die frühen Versuche des Generals v. Seeckt, dem Chef der Heeresleitung, mit Hilfe der Sowjetunion aus der Versailler Ordnung auszubrechen und eine neue Basis für eine deutsche Großmachtpolitik zu schaffen, hatten

trotz des Vertrages von Rapallo nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt. In den Jahren nach der Entlassung Seeckts (1926) hat die Reichswehr stärker als zuvor die realen politischen und militärischen Gegebenheiten in ihrem Planen und Handeln berücksichtigt. Die Reichswehrführung versuchte durch eine systematisch betriebene Rüstungsplanung den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges Rechnung zu tragen, doch hielten sich die konkreten Rüstungsmaßnahmen in engen Grenzen. In der Billigung des ersten Rüstungsprogramms durch die Regierung (1928) manifestierte sich die von Reichsminister Groener angestrebte Einbindung der Reichswehr in die von Stresemann vertretene Richtung der allgemeinen Revisionspolitik, deren Zielsetzung Groener auch als Rahmen für die operative Planung der Reichswehr festzulegen versuchte. Dieses relativ geschlossene militärpolitische Konzept verlor ab Herbst 1931 unter dem Eindruck der allgemeinen politischen Krise zunehmend seine die Reichswehr bindende Kraft. Im Reichswehrministerium setzten sich bis zum Januar 1933 die Stimmen durch, die nur in dem Ausbruch des Reiches aus dem kollektiven Sicherheitssystem eine Chance sahen, weiterreichende — auch Groener grundsätzlich nicht fremde — militärische Zielvorstellungen zu verwirklichen und den Großmachtsanspruch Deutschlands militärisch zu fundieren. Diese Stimmen knüpften an Seeckts völlig der preußisch-deutschen Tradition folgendes außenpolitisches Programm an, dem ein Souveränitätsbegriff und ein Selbstverständnis des Militärs zugrunde lagen, die bereits durch den Ersten Weltkrieg überholt waren. Das militärische Konzept Groeners unterlag den in diesem Zusammenhang reaktionär zu nennenden Kräften.

Gleichzeitig verstärkte sich auch die innenpolitische Machtposition der Reichswehr in augenfälliger Weise. Versuche der Reichswehrführung unter Seeckt, die mit dem Kriegsende verlorengegangene traditionelle Vormachtstellung der bewaffneten Macht im Rahmen der allgemeinen Herrschaftsorganisation mit Hilfe des Ausnahmezustandes im Herbst und Winter 1923 wiederherzustellen, waren gescheitert. Nach einem Intervall während der relativ stabilen Jahre der Republik kulminierte mit der Berufung des Generals v. Schleicher zunächst zum Reichswehrminister und schließlich zum Reichskanzler eine Entwicklung, mit der dasselbe Ziel auf einer sehr viel breiteren organisatorischen Basis

und — begünstigt durch den mit der Weltwirtschaftskrise einhergehenden Verfall des parlamentarischen Regierungssystems — mit größerer Aussicht auf Erfolg erreicht werden sollte. Das Reich befand sich unter Führung Schleichers, der sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten v. Hindenburg stützen konnte, auf dem Wege zum Militärstaat. Nach dem Bruch von 1918/19 schien sich auf diesem Gebiet ein konstitutiver Faktor der deutschen nationalstaatlichen Entwicklung erneut durchzusetzen.

Die in der Form der Präsidialregierungen zum Ausdruck kommende tiefe Krise des Parlamentarismus und das schließliche Scheitern der ersten deutschen Republik vor dem Ansturm der politischen, wirtschaftlichen und vor allem sozialen Probleme, die sich aus der Weltwirtschaftskrise ergaben, wurden begleitet von einer Welle nationalistischer und antidemokratischer Ideen, deren Früchte weitgehend die NSDAP erntete. An ihrer Propagierung war die sogenannte Nationale Opposition maßgeblich beteiligt, zu der neben der NSDAP der Frontsoldatenbund „Stahlhelm“, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die einflußreiche Literatengruppe „Soldatischer Nationalismus“ um Ernst Jünger, ein Großteil der Weimarer Studentenschaft und eine Reihe politischer Wehrverbände und Zirkel zu rechnen sind. Die Nationale Opposition verfolgte zwei Stoßrichtungen: Innenpolitisch erstrebte sie einen nach militärischen Mustern gegliederten „Frontsoldatenstaat“, das heißt einen autoritären Machtstaat, außenpolitisch einen wenig zielklaren, aber lautstark propagierten gewaltsamen Imperialismus, wobei vor allem mit dem schillernden Begriff des „Wehrgedankens“ argumentiert wurde.

Die beiden großen Kirchen, die protestantische noch stärker als die katholische, müssen ebenfalls weit eher dem nationalistischen als dem demokratisch-republikanischen Lager zugerechnet werden. Ihre traditionellen Lehren vom gerechten Krieg verhinderten, daß dem christlichen Prinzip der Gewaltlosigkeit politisches Gewicht beigemessen wurde. Für die Amtskirchen blieb auch angesichts der Schrecken des Ersten Weltkrieges der Krieg ein letztlich unreflektiert hingenommenes Natur- oder gar Gottesgesetz. Die katholische Zentrumspartei, die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP), die linksradikale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und

die ihnen nahestehenden Verbände gerieten in den Krisenjahren der Weimarer Republik ebenfalls in den Sog des Nationalismus mit dem Ergebnis, daß sie immer deutlicher von der Außenpolitik des friedlichen Ausgleichs abrückten. An ihr hielt allein noch die von der Regierungsmacht verdrängte Sozialdemokratie zusammen mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den Gewerkschaften fest. Der organisierte Pazifismus, zumal soweit er pointiert antimilitärisch eingestellt war, geriet in die totale Isolation. Die deutschen Kommunisten warnten zwar ständig vor imperialistischen Kriegsgefahren, aber sie trugen mit ihrer These von der Unvermeidbarkeit neuer Kriege ebenso wie die Kirchen dazu bei, kriegsfatalistische Bewußtseinsinhalte am Leben zu erhalten.

Schließlich veränderte die 1929 einsetzende und bis Ende 1933 kontinuierlich anschwellende Flut nationalistischer Kriegsbücher und Kriegsfilme das politische Klima. Der gleichzeitig zu beobachtende Niedergang von Kulturprodukten pazifistischer Tendenz signalisierte eine generelle Trendwende. Die Auffassung, daß der Krieg ein legitimes Mittel der Politik sei, wurde trotz des Versuches der Kriegsächtung im Briand-Kellogg-Pakt von 1928 als selbstverständlich hingenommen. Die veröffentlichte Meinung jener Jahre läßt deutlich erkennen, daß es einen starken Trend zur Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens gab, der den erwähnten Intentionen der Reichswehrführung unter Schleicher entsprach und sie förderte. 1933 bedeutete insoweit durchaus keinen Bruch. Vielmehr konnte die praktische Politik des NS-Regimes sich des schon zuvor in seinem Sinne aufbereiteten Meinungsklimas bedienen.

Der Überblick über die politische Szenerie an der Jahreswende 1932/33 berechtigt zu der Feststellung, daß auf fast allen wichtigen Gebieten der Innen- und Außenpolitik diejenigen Kräfte an Gewicht gewonnen hatten und zunehmend die Entwicklung bestimmten, die den traditionellen Linien der deutschen nationalstaatlichen Politik folgten, wie sie sich seit 1867/71 herausgebildet hatten. Unter den gewiß völlig veränderten äußeren und inneren Bedingungen gilt dies nicht nur für die Außen-, Militär- und Innenpolitik sowie für das weite Feld der propagierten Ideologien, sondern auch für bestimmte Vorgänge auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Die Weltwirtschaftskrise war gleichbedeutend mit einer

Krise des liberalen Welthandelssystems. Das führte konsequenterweise zu einer Aufwertung der Ideen und Vorstellungen über mehr oder weniger geschlossene Wirtschaftsräume, die in Deutschland an entsprechende Konzeptionen der wilhelminischen Ära anknüpfen konnten. Der Gedanke an Autarkie in einem europäischen Großwirtschaftsraum als Alternative zu dem immer mehr zerfallenden Welthandelssystem gewann an politischer Bedeutung, als die NSDAP ihn zur Grundlage ihres wirtschaftspolitischen Programms machte und sich unter anderem auf diese Weise der Unterstützung wesentlicher Wirtschaftskreise noch vor der Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu versichern wußte.

Die Frage, ob unter Berücksichtigung dieser Faktoren die Politik des nationalsozialistischen Regimes ab Februar 1933 im wesentlichen als eine Fortsetzung der traditionellen Tendenzen und Entwicklungslinien der nationalstaatlichen Politik zu qualifizieren sei, die sich allerdings durch ihre besondere Radikalität auszeichne, liegt nahe, doch würde eine derartige Interpretation eine leichtfertige Überdehnung der Kontinuitätsthese darstellen. Sie würde das „Programm“ und das politische Handeln des Mannes außer acht lassen, der die NSDAP in relativ kurzer Zeit zum Triumph über ihre starken Konkurrenten geführt hatte und der bis 1945 die dominierende Figur der deutschen Politik war: Adolf Hitler. So heterogen und miteinander unvereinbar die einzelnen Elemente seines Weltbildes auch erscheinen mögen, so ist doch seine sozialdarwinistische Überzeugung, daß „der Kampf in allen seinen Formen“ nicht nur das Leben des einzelnen, sondern die Entwicklung der Völker bestimme, in Verbindung mit dem Rassegedanken als unveränderliche Größe und Grundlage seiner politischen Entscheidungen zu betrachten. Auf dieser ideologischen Basis — wonach Frieden nur als Zustand der Kriegsvorbereitung zu werten, Bündnisse nur im Gedanken an einen künftigen Krieg zu beurteilen waren — beruhten auch seine außenpolitischen Zielvorstellungen, deren Kern die Gewinnung neuen „Lebensraumes“ im Osten bildete.

Die ideologische Begründung sowohl der politischen Visionen als auch der politischen Entscheidungen Hitlers nach 1933 stellte die Kontinuität der bisher gültigen Ordnungs- und Zielvorstellungen deutscher Politik in Frage. Doch hat Hitler in den Jahren nach

1933 darauf geachtet, daß die Wendung nicht voll in das Bewußtsein der Öffentlichkeit trat. Bei der weitgehenden Übereinstimmung mit den starken, im weitesten Sinne „revisio-nistischen“ Kräften über die zunächst anzu-steuern Ziele auf innen- und außenpoliti-schem, auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet gelang die Verwischung der vorhan-denen Gegensätze ohne besondere Schwie-rigkeiten. So sprach in den ersten Jahren nach 1933 niemand mehr vom Frieden als Hitler selber, da die umfassende „Wieder-wehrhaftmachung“ der Nation dies erforder-te. Im übrigen war nur unter diesen Voraus-setzungen ein Arrangement mit Großbritan-nien zu erreichen, das seit den zwanziger Jahren zum außenpolitischen Programm Hit-lers gehörte und das die Basis für den Aus-griff nach Osten bilden sollte.

Mit der forcierten Rüstung stellte Hitler al-lerdings diesen Ausgangspunkt selber in Fra-ge und entzog damit der politischen und stra-tegischen Vorbereitung seiner Kriegspolitik die Grundlage. Umfang und Eigendynamik der Aufrüstung haben in einem sehr viel stärkeren Maße als bisher angenommen die außen- und innenpolitische Entwicklung Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1939 ge-prägt und beeinflußt. Alle wichtigen Maßnah-men des Regimes standen direkt oder indi-rekt im Dienste der Aufrüstung; dies gilt ins-besondere für die Wirtschafts- und in gerin-gem Maße auch für die Außenpolitik.

Während der Besprechung mit den Reichs-wehrbefehlshabern am 3. Februar 1933 nannte Hitler eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufrüstung: die „Wiederweh-rhaftmachung“, die „Stärkung des Wehrwil-ens“ der Bevölkerung „mit allen Mitteln“. Dies war in seiner Sicht nur durch eine „Um-kehrung“ der innenpolitischen Verhältnisse, durch „straffste autoritäre Staatsführung“ möglich. Die Interessen der Partei und der Reichswehr deckten sich in diesem Pro-grammpunkt vollständig. Die Innenpolitik des NS-Regimes diente somit ganz ausgesprochen dem Ziel, die deutsche Gesellschaft auf die Erfordernisse des Krieges hin umzugestalten. Die innenpolitische Formierung — die Besei-tigung des Parlamentarismus und des Mehr-parteienstaats, die Gleichschaltung aller In-teressenverbände und der Aufbau eines au-toritären Führerstaates — war also kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck der Kriegsvorbereitung. Ein Ergebnis dieser

Politik war die Korrumpierung und schließ-lich die Auflösung der rechtsstaatlichen Ord-nung, und hierin wird — trotz aller Anklänge an ähnliche Überlegungen im Kaiserreich — der Bruch mit der nationalstaatlichen Über-lieferung manifest.

Auch die Sozialpolitik des Regimes ist vor der allgemeinen Kriegsvorbereitungspolitik nicht unberührt geblieben. Auf diesem Gebiet ließ sich die NSDAP von den Erfahrungen des Weltkrieges leiten, in dessen Verlauf ins-besondere die Arbeiterklasse immer nach-drücklicher gegen die Fortsetzung des Krie-ges und vor allem gegen die wirtschaftlichen Entbehrungen revoltiert und schließlich — nach der militärischen Niederlage — die Re-volution herbeigeführt hatte. Angst vor Re-volution war der Hintergrund der Hitlerschen Politik, es trotz der forcierten Aufrüstung nicht zu einer Einschränkung der Konsumgü-terproduktion kommen zu lassen. Die Arbei-terschaft konnte jedoch durch propagandisti-sche Manöver allein nicht bei der Stange gehalten werden. Dazu bedurfte es wirt-schaftlicher Zugeständnisse. Wo aber die so-ziale „Bestechungsstrategie“ des Regimes nichts fruchtete, wurde die Gefolgschaft durch brutalen Terror erzwungen.

Die Planung und konkrete Zielsetzung der Aufrüstung selbst überließ Hitler weitgehend der Verantwortung der Militärs. Der neue Reichswehrminister v. Blomberg, seit 1929 ein entschiedener Gegner der Groenerschen Mil-iitärpolitik, setzte sich mit Erfolg für eine Poli-tik der Rüstungsfreiheit ein. Multilaterale oder auch nur bilaterale Rüstungsvereinba-rungen, die für die eigene Rüstung irgendwel-che Beschränkungen zur Folge hätten haben können, lehnte er ab. Die Zielvorstellungen der führenden Offiziere des Heeres und der Marine orientierten sich rasch an dem vor dem Ersten Weltkrieg erreichten Rüstungs-stand. Angesichts der bestehenden militä-rischen Stärkeverhältnisse in Europa und der drohenden politischen Isolierung des Reiches mußten die ersten Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel als die gefährlichsten einge-schätzt werden. Hitler selbst hatte die Be-fehlshaber der Reichswehr Anfang Februar 1933 auf die Möglichkeit eines französischen Präventivschlages aufmerksam gemacht. In der Sicht der Militärs, insbesondere der Ge-nerale v. Fritsch und Beck, war dieser Gefahr nur durch eine Beschleunigung des Tempos der Aufrüstung zu begegnen. Die Intentionen

Hitlers befanden sich auch in dieser Beziehung in Übereinstimmung mit denen der militärischen Führung. Die bewußte Ablehnung aller internationalen Bindungen für die eigene Rüstung, die sich daraus ergebenden Vorstellungen über die Gefährdung der eigenen militärischen Position und die aus dieser Beurteilung der Lage gezogenen militärischen Konsequenzen verliehen dem Aufrüstungsprozeß eine Eigendynamik, deren generelle politische und wirtschaftliche Auswirkungen für die Phase von 1933 bis 1939 kaum abzuschätzen sind.

Die Formen, in denen sich die Aufrüstung der Wehrmacht bis 1939 vollzog, waren geprägt von einem ausgesprochenen Teilstreitkraftdenken, das die rüstungswirtschaftliche Effektivität wesentlich minderte. Eine Koordination der Rüstungsmaßnahmen von Heer, Marine und Luftwaffe aufgrund von richtungweisenden politischen und strategischen Direktiven fand nicht statt. Die Rüstungsprogramme des Heeres vom Dezember 1933 und August 1936 gingen von der Vorstellung eines europäischen Mehrfrontenkrieges aus, dem Deutschland nach Vollendung der Programme „mit einiger Aussicht auf Erfolg“ gewachsen sein sollte. Unverkennbar ist der offensive Charakter des Rüstungsplanes von 1936. Beck hatte schon Ende 1935 von einer „angriffsweise“ zu führenden „strategischen Abwehr“ in einem Mehrfrontenkrieg gesprochen, nunmehr — im August 1936 — hielt der Chef des Allgemeinen Heeresamtes den Rüstungsplan aus militärischen und wirtschaftlichen Erwägungen nur dann für vertretbar, wenn die Wehrmacht nach seiner Durchführung auch eingesetzt werde.

Die Marine war zu diesem Zeitpunkt noch weit von einem derart umfassenden Programm entfernt, ganz abgesehen von den zeitlichen Vorstellungen, die — dem Kriegsinstrument entsprechend — generell langfristiger waren. Die Marineführung befand sich seit den Vorüberlegungen zum deutsch-britischen Flottenvertrag und dessen Abschluß im Juni 1935 in einer nur schwer zu erfassenden Phase der Umorientierung ihrer strategischen Prämissen. In Übereinstimmung mit dem Heer galten bis zum Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes Frankreich und Polen als die voraussichtlichen Gegner. Bereits die strategischen Konsequenzen der mit Beginn des Jahres 1934 erhobenen Rüstungsforderungen nach einer „Parität“ mit

Frankreich lassen erkennen, daß Großbritannien als möglicher Gegner in den langfristigen Überlegungen der Marine nicht mehr völlig ausgeschlossen wurde. Das für die führenden Offiziere der Reichs- und Kriegsmarine verpflichtende Erbe der Tirpitzschen Flottenideologie gewann erneut an Aktualität. Doch der Prozeß der Umstellung von der selbstverständlichen Orientierung an England zu der Wendung gegen die noch immer übermächtige Seemacht war überaus langwierig, ein Tabu mußte gebrochen werden. Erst im Sommer 1937 wurde in der Seekriegsleitung offiziell begonnen, den strategischen Konsequenzen einer Konfrontation mit Großbritannien nachzugehen. Die Folge der Ungeklärtheit der strategischen Voraussetzungen war eine eigentümlich schwankende Rüstungspolitik, die mehr den Impulsen aus momentan gegebenen Situationen als den grundsätzlich vorhandenen, langfristigen Zielvorstellungen folgte.

Eine Koordination der Rüstungsanstrengungen von Heer und Marine ist auch nicht im Ansatz zu erkennen. Im Gegensatz hierzu schien sich eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe zumindest anzubahnen. Das hatte zunächst personelle Gründe, da fast alle führenden Offiziere der Luftwaffe aus dem Reichsheer hervorgegangen waren. Die Gemeinsamkeit erstreckte sich auch auf die strategischen Grundgedanken, das heißt, auch die Luftwaffe rechnete mit einem europäischen Mehrfrontenkrieg, in dem Frankreich und die Tschechoslowakei die entscheidenden Mächte der Gegenseite sein würden. Sie sah ihre Hauptaufgabe vor allem in der Unterstützung der Landkriegführung, weniger im selbständig zu führenden Luftkrieg. Trotz dieser Berührungspunkte blieb eine Koordination aus, da die Luftwaffe ihre Rüstungsprogramme und deren industrielle Durchführung als ihre ausschließliche Domäne betrachtete. Durch eine großzügige und gezielte Entwicklung der Flugzeugindustrie gelang in den Jahren 1933—1936 der Aufbau einer Luftstreitmacht, die ihre militärpolitische Funktion als Abschreckungspotential gegen befürchtete präventive Maßnahmen europäischer Mächte gegen die deutsche Aufrüstung voll erfüllte. Damit waren aber weder die militärischen Probleme des neuen Wehrmachtteils gelöst noch die Schwierigkeiten gemeistert, die sich aus der notwendigen Modernisierung des Fluggeräts und aus der planmäßigen Umsetzung technischer Entwick-

lungen in industrielle Produktion ergaben. Nach einem steilen Aufschwung stagnierte die Flugzeugproduktion in den Jahren 1937 und 1938, zu einem Zeitpunkt demnach, in dem für die Luftwaffe Großbritanniens als möglicher Gegner ins Blickfeld geriet, für dessen Bekämpfung die rüstungsmäßigen Grundlagen weitgehend fehlten.

Die Aufrüstung der Wehrmacht läßt sich somit charakterisieren als ein zunächst kaum gehemmter, in den Dimensionen und im Tempo bisher beispielloser Auf- und Ausbau der Wehrmachtteile. Wirtschaftliche Schwierigkeiten erzwangen ab 1936/37 über den Weg der Rohstoffkontingentierung wenigstens eine bürokratische Steuerung der Rüstungsprogramme. Die rüstungswirtschaftlichen Gegebenheiten veranlaßten jedoch weder Hitler noch die militärische Führung, die Rüstung an politischen Zielen und sich daraus ergebenden strategischen Perspektiven zu orientieren. Anerkannter Grundsatz war: möglichst viel und möglichst schnell zu produzieren. Hitler versuchte — zum Teil mit Erfolg —, die sich daraus ergebenden Rüstungskrisen durch ideologisch ausgerichtete Appelle, politische Zukunftsperspektiven und maßlos überhöhte Rüstungsforderungen an die Wehrmachtteile zu überwinden, und verschärfte damit noch deren Konkurrenzverhältnis. Zweifellos hatte die Wehrmacht zu Kriegsbeginn einen unvergleichlich hohen Rüstungsstand erreicht — sie verschaffte dem Reich den Rang der stärksten, modern ausgerüsteten Militärmacht des Kontinents. Allerdings entsprach dieser Rüstungsstand nur unvollkommen den Zielvorstellungen der Militärs und war das Ergebnis einer zügellosen Aufrüstung der Wehrmachtteile, die die durchaus vorhandenen Grundlagen einer umfassenden und die wirtschaftlichen Ressourcen der Nation in Rechnung stellenden Rüstungspolitik verschüttet hatte. Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik liegen zu einem wesentlichen Teil in diesem komplexen Befund und den daraus abzuleitenden außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen begründet. Davor verblassen die gewiß vorhandenen ideologischen Differenzen zwischen Wehrmacht und NSDAP, der Kompetenzstreit innerhalb der Wehrmacht und die uferlose Organisationsthematik zu interessanten Randproblemen.

Die Aufrüstung entsprach dem auf Kampf, Krieg und Lebensraum ausgerichteten Pro-

gramm Hitlers. Die politische Realität zu Beginn des Jahres 1933 war jedoch — trotz des überschäumenden Nationalismus als ideologisch-propagandistische Grundlage der Programmierung — geprägt von einer noch immer trostlosen wirtschaftlichen Lage und der mehrere Millionen zählenden Masse der Arbeitslosen. Die Meisterung der darin beschlossenen ökonomischen Probleme war gleichbedeutend mit der Konsolidierung des Regimes und eröffnete erst die Chance, die militär- und außenpolitischen Zielvorstellungen zu realisieren. Wie bereits die Kabinette Papen und Schleicher beschränkt auch Hitler den Weg, mit Hilfe öffentlicher Mittel die Konjunktur zu beleben und neue Arbeitsplätze zu schaffen. In einer charakteristischen Wendung hat Hitler jedoch von Anfang an darauf geachtet, daß alle entsprechenden Programme direkt oder indirekt der Aufrüstung zugute kamen.

Die enge Verbindung von Wirtschaftsaufschwung und Aufrüstung barg allerdings Risiken in sich, die Reichsbankpräsident Schacht, der zur zentralen Figur der ersten Phase der NS-Wirtschaftspolitik wurde, von vornherein zu begrenzen suchte. Die über die bekannten Mefo-Wechsel zur Verfügung gestellten Mittel für die Aufrüstung wurden auf eine bestimmte Summe beschränkt. War auf diese Weise die Aufrüstung von der geldwirtschaftlichen Seite her für einige Jahre abgesichert, so ergaben sich schon bald außerordentliche Schwierigkeiten, in ausreichendem Maße Devisen für die notwendigen Importe von rüstungswichtigen Rohstoffen, aber auch von Nahrungsmitteln aufzubringen. Schacht versuchte, diesem Problem durch eine neue Orientierung der Außenwirtschaftspolitik Herr zu werden. Der deutsche Export wurde auf die Länder konzentriert, die mit den erwünschten Importgütern die deutschen Leistungen bezahlen konnten; der immer weiter schrumpfende Devisenbestand konnte dadurch wesentlich entlastet werden. Dieses neue Element in der Wirtschaftspolitik des Reiches korrespondierte in nahezu idealer Weise mit den autarkistischen Bestrebungen, da nunmehr die Wirtschaftsbeziehungen mit den industriell weniger entwickelten Staaten Ost- und Südosteuropas in Richtung auf eine immer stärkere Abhängigkeit dieser Staaten vom deutschen Markt gestaltet werden konnten.

Die mit dem „Neuen Plan“ (1934) verbundene staatliche Reglementierung des Außenhandels

trug zweifellos planwirtschaftliche Züge, doch hielten Schacht und die mit wirtschaftlichen Fragen befaßten Repräsentanten des NS-Regimes grundsätzlich an der Verantwortung des Unternehmers fest. Sie beanspruchten allerdings im Sinne ihres Verständnisses der Wirtschaft als „Wehrwirtschaft“ die Kompetenz, lenkend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, und versuchten, diesen Anspruch durch eine zweckmäßige, zentralisierte Organisation der wirtschaftlichen Interessenverbände durchzusetzen. Die Rücksichtnahme, mit der das Regime den Unternehmern und Kapitaleignern gegenübertrat, steht im krassen Gegensatz zu der völligen politischen und wirtschaftlichen Entmachtung der Arbeiterschaft. Die „Deutsche Arbeitsfront“, die an die Stelle der Gewerkschaften getreten war, entwickelte erst im Laufe der Jahre sozialpolitische Initiativen, die über die ihr zugedachte soziale Betreuungsfunktion hinausgingen.

Die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik Schachts wurden schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 durch das Tempo und den Umfang der Aufrüstung der Wehrmachtteile überrollt. Die Reaktion der nationalsozialistischen Führung, vor allem Hitlers und Görings, auf die erneute, durch die Erschöpfung der Devisenvorräte hervorgerufene, äußerst prekäre Rohstoffkrise war die Verkündung der wirtschaftlichen Mobilmachung in Form des Vierjahresplans im September 1936. Die Wirtschaft stand nun mehr denn je im Zeichen der Kriegsvorbereitung. Das Programm der Ausbeutung aller Rohstoffvorkommen im Reich unter Außerkraftsetzung des Prinzips der Rentabilität, des Aus- und Aufbaus der Ersatzstoffindustrien ohne Rücksicht auf die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen und schließlich die Zielsetzung, innerhalb von vier Jahren ein hohes Maß an Selbstversorgung bei besonders rüstungswichtigen Rohstoffen zu erreichen und die Wirtschaft insgesamt „kriegsfähig“ zu machen, ist im Zusammenhang mit dem Rüstungsprogramm des Heeres vom August 1936 zu sehen. Insgesamt demonstriert das Programm in drastischer Weise den sozialdarwinistischen Grundzug im Denken und Handeln Hitlers, der die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nur in der kriegerischen Expansion, in der Gewinnung neuen „Lebensraumes“ zu sehen vermochte.

Nach Lage der Dinge konnte die gesamtwirtschaftliche Situation durch das appellartige Programm Hitlers kaum verändert werden. Von einzelnen Projekten war auf längere Sicht zwar eine gewisse Entlastung einzelner Sektoren der Wirtschaft zu erwarten, aber die kurzfristig durch den dramatischen Auftritt Hitlers und das energische Vorgehen Görings erzielte Wirkung erschöpfte sich bald. Die mit dem Jahre 1937 einsetzende Rohstoffkontingentierung befriedigte die Wehrmachtteile in keiner Weise; eine Entscheidung Hitlers über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Rohstoffe erschien als unumgänglich. Der „Führer“ trug stattdessen am 5. November 1937 den Oberbefehlshabern seine politischen Zukunftsperspektiven vor und entschied die anstehenden rüstungswirtschaftlichen Fragen mehr am Rande und interimistisch. Ein umfassendes Wehrmächtrüstungsprogramm kam bis zum Kriegsbeginn nicht zustande. Hitler hatte schon früher zu erkennen gegeben, daß er von der systematischen Vorbereitung eines totalen Krieges im Sinne Ludendorffs, die in Konsequenz der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges vorbereitende Maßnahmen für den gesamten Bereich der Wirtschaft auf einen „langen“ Krieg notwendig machte, nicht sehr viel hielt. Ihm kam es darauf an, eine gut ausgerüstete, schlagkräftige und stets kriegsbereite Wehrmacht zur Verfügung zu haben; Vorratshaltung und Nachschubkapazitäten interessierten ihn erst in zweiter Linie.

Im Winter 1937/38 zeigte sich immer mehr, daß die Mittel zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, zu denen jetzt auch der Mangel an Arbeitskräften zählte, bei Aufrechterhaltung des Umfangs und des Tempos der Aufrüstung nicht mehr ausreichten. Die Blicke der Wirtschaftsplaner richteten sich nunmehr verstärkt auf die Nachbarstaaten des Reiches, insbesondere auf Österreich und die Tschechoslowakei. Sie sahen in der territorialen Expansion und der damit verbundenen Erweiterung der wirtschaftlichen Basis die einzige Möglichkeit, die Rüstungskonjunktur des Reiches aufrechtzuerhalten. Diese wirtschaftspolitischen Argumente haben die Motivation der machtpolitischen Entscheidungen Hitlers zur Annexion Österreichs und zur „Zerschlagung“ der Tschechoslowakei zweifellos — auch bezüglich der Wahl des Zeitpunktes — beeinflußt. Die dadurch erreichte momentane Entlastung der gesamtwirtschaftlichen Situation konnte

aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Krise andauerte und damit den Spielraum der politischen Entscheidungen Hitlers einschränkte. Der „Führer“ betrachtete allerdings die Wirtschaft als bloßes Instrument zur Schaffung der Voraussetzungen für seine expansionistische Politik.

Diese Kriegspolitik galt auch als Aushilfsmittel gegenüber den von Hitler befürchteten sozialpolitischen Folgen der permanenten Überlastung der Wirtschaft. In den Jahren 1938 und 1939 häuften sich die Anzeichen sozialpolitischer Unruhe unter der Arbeiterschaft und einer generellen wirtschaftlichen Unzufriedenheit in der Bauernschaft. Verweigerung von Überstunden, hoher Krankenstand, Absinken der Produktivität einerseits und Klagen über eine katastrophale Landflucht sowie über die Benachteiligung durch das verordnete Preisgefüge andererseits waren Symptome einer Entwicklung, die tendenziell die innenpolitische Stabilität des Regimes in Gefahr bringen mußte. Wenn auch für 1939 auf diesem Felde von einer bedrohlichen Zuspitzung der Verhältnisse nicht gesprochen werden kann, so ist die Möglichkeit einer innenpolitischen Motivation der zum Kriege führenden Politik doch nicht völlig auszuschließen. In diesen Konsequenzen zeigt sich die prinzipielle Umkehrung der traditionellen Wert- und Zielvorstellungen für wirtschaftliches Handeln durch das NS-Regime.

Kriegsvorbereitung ist der gemeinsame Nenner, auf den sich die grundlegenden Entscheidungen des NS-Regimes auf dem Gebiet der Innen-, Militär- und Wirtschaftspolitik zurückführen lassen. Es ist nur logisch, daß auch die Außenpolitik dieser Generallinie folgte, denn Hitler hat, seinen ideologischen Prämissen getreu, zu keiner Zeit einer Ordnung der internationalen Beziehungen zugestimmt, die ein friedliches Nebeneinander der Staaten auf Dauer zum Ziele hatte. In der Phase der „Wiederwehrhaftmachung“ der Nation hatte die Außenpolitik Abschirmungsfunktionen zu übernehmen. Hitler und das Auswärtige Amt, das unter der Flagge des Revisionismus diese Funktionsbestimmung durchaus akzeptierte, haben durch vielfältige bilaterale Initiativen eine internationale Isolierung vermeiden und zum Beispiel durch den Abschluß des Konkordats und des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes bedeutsame politische Erfolge erzielen können.

Begleitet wurde diese Politik von einer außerordentlich wirksamen, von Goebbels gesteuerten Propaganda. Sie hatte die Aufgabe, vor dem Ausland und gegenüber der deutschen Bevölkerung die eingeleiteten personellen und materiellen Aufrüstungsmaßnahmen zu verschleiern beziehungsweise als Mittel der Selbstverteidigung zu verharmlosen. Sie bediente sich dabei jener Schlagworte, die seit den zwanziger Jahren im gesamten Lager der politischen Rechten populär waren, etwa der Parole „Revision von Versailles“, „Kampf dem Bolschewismus“, „Gleichberechtigung“ und „Wiederwehrhaftmachung“. Im übrigen betonte Hitler bei jeder Gelegenheit seine friedlichen Absichten öffentlich, und sein Propagandaminister sorgte für ein vielstimmiges Echo. Dieses großangelegte Täuschungsmanöver verfehlte seine Wirkung weder im Inland noch im Ausland.

Die öffentliche Meinung des Auslandes stand weitgehend unter dem Eindruck, daß die nationalsozialistische Außenpolitik sich von der revisionistischen Politik der Weimarer Kabinette nur durch die hochgradige Entschlossenheit unterscheidet, die altbekannten Forderungen auch durchzusetzen. Die Front der Versailler Siegermächte hatte sich bereits in den zwanziger Jahren gelockert, so daß die deutschen Revisionswünsche schon zu diesem Zeitpunkt ein sehr unterschiedliches, zum Teil durchaus positives Echo gefunden hatten. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht des allgemeinen Schwächezustandes infolge der Weltwirtschaftskrise mit zum Teil gravierenden innenpolitischen Konsequenzen waren gemeinsame, energische und kraftvolle Reaktionen auf deutsche Vertragsverletzungen kaum zu erwarten. Die Mächte schwankten zwischen dem Versuch einer konsequenten Isolierung, der partiellen Zusammenarbeit und dem Bemühen, das Reich trotz seiner Vertragsverletzungen an die internationale Friedensordnung zu binden.

Hitler und das Auswärtige Amt haben diese sich aus der internationalen Konstellation ergebende Chance für eine aktive deutsche Außenpolitik erkannt und voll wahrgenommen. Mit der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes im März 1936 war der Höhepunkt und in gewisser Weise auch der erfolgreiche Abschluß dieser ersten Phase nationalsozialistischer Außenpolitik erreicht. Die Funktion der Abschirmung trat nunmehr gegenüber den vielgestaltigen Versuchen zu-

rück, die außenpolitischen Voraussetzungen für den geplanten Krieg um „Lebensraum“ im Osten zu schaffen. Die Handelsvertragspolitik mit den südosteuropäischen Staaten gehört, gemessen an ihren Wirkungen, in diesen Bereich, ebenso die im ganzen wenig erfolgreichen Bemühungen um Italien und Japan.

Für Hitlers programmatische Zielsetzung entscheidend wurde das Verhältnis zu Großbritannien, da er von der grundsätzlichen Feindschaft der anderen europäischen Großmacht, Frankreich, überzeugt war und deren Ausschaltung beziehungsweise Neutralisierung vor dem Ausgriff nach Osten für zwingend erforderlich hielt. Die Einschätzung der britischen Reaktion auf eine deutsche hegemoniale Politik in Europa bereitete Hitler offensichtlich Schwierigkeiten. Nach 1933 scheint er immer noch von der Vorstellung ausgegangen zu sein, daß sich das Inselreich mit der von ihm intendierten Hegemonialpolitik dann abfinden werden, wenn Englands überseeischen Interessen dadurch nicht tangiert würden. Anklänge an frühere Vorstellungen über den möglichen Interessenausgleich zwischen Land- und Seemacht, über eine denkbare Kooperation im Weltmaßstab sind unverkennbar. Jedoch die Unsicherheit blieb bestehen; das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 ist von Hitler in Übereinstimmung mit dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine nur als eine relativ kurzfristige Zwischenlösung betrachtet worden. Und Großbritannien wahrte auch in den folgenden Jahren die Distanz zu den Hitlerschen Wunschvorstellungen. Dadurch geriet jedoch das politische Kalkül Hitlers ins Wanken. Nach seinem Urteil war die Frage der Rückenfreiheit bei der Realisierung der Lebensraumpläne gegenüber der Sowjetunion — die im übrigen in ihrer militärischen Potenz gründlich unterschätzt wurde — von entscheidender Bedeutung.

Britische Angebote zur Mitwirkung bei einer friedlichen Änderung des Status quo in Ost- und Südosteuropa hat Hitler allesamt ausgeschlagen. Die großen Ziele des Revisionismus in Polen, der Tschechoslowakei und in Österreich wären friedlich erreichbar gewesen — ein sehr weitreichendes Angebot der Appeasement-Politik. Daß Hitler hierauf nicht einging, zeigt seine Entschlossenheit, darüber hinaus größere Lösungen mit Gewalt durchzusetzen. Die Gespräche mit dem britischen Außenminister Halifax 14 Tage nach der Offenbarung seiner kriegerischen Absichten vor

den militärischen Führern im November 1937 lassen erkennen, daß er sich auch in diesem Stadium nicht mit aus seiner Sicht vorläufigen Lösungen abfinden lassen wollte. Hier standen sich, in solcher Klarheit diplomatisch selten faßbar, ein Friedens- und ein Kriegskonzept gegenüber.

Hitler wurde jetzt selbst von der Dynamik der von ihm in Gang gesetzten Kriegspolitik erfaßt. Nicht nur die Reaktionen der bedrohten Nachbarstaaten Deutschlands, sondern auch ein Konglomerat von militär- und rüstungspolitischen, von rüstungswirtschaftlichen und psychologischen Motiven und Fakten lagen dem allgemeinen Beschleunigungsprozeß zugrunde. Die Ereignisse im Februar/März 1938, im Mai und September des gleichen Jahres hatten den „Fahrplan“ vom November 1937 sehr schnell außer Kraft gesetzt. Die britische Polen-Garantie vom März 1939 engte Hitlers Spielraum noch weiter ein, da für ihn die Alternative einer auf friedlichen Ausgleich zielenden Politik indiskutabel blieb.

Wer nach dem verbindenden Glied zwischen Hitlers „Programm“ und der ganz auf Tempo abgestellten Aufrüstung fragt, sucht nach einem zwischen ihm und der militärischen Führung abgestimmten politisch-strategischen Konzept und nach einem Zeitplan. Hitler war offensichtlich nicht in der Lage, ein derartiges Verfahren anzuwenden. Die Voraussetzung dafür hätte das Einschwenken der im Programm vorgesehenen Partner auf seine Linie sein müssen. Selbst Italien ging nicht so weit. England ließ ihn ganz bewußt im ungewissen und machte 1937 definitiv klar, daß es nicht daran denke, kriegerische Lösungen auf dem Kontinent zu billigen. England hat, was auch immer gegen das Appeasement gesagt werden kann, Hitler zu seinen Improvisationen gezwungen, die im Herbst 1938/ Fröhjahr 1939 auch den Versuch zu einem Arrangement mit Polen umfaßten. Auch der nicht mehr als eine Illusion bleibende Gedanke eines weltpolitischen Dreiecks Berlin-Rom-Tokio ist nur erklärbar als Reaktion auf die britische Politik, auf die damit Druck ausgeübt werden sollte.

Großbritannien trieb Hitler zum Abschluß des Paktes mit Stalin, mit dem er sich in eine Abhängigkeit begab, die seinen langfristigen Zielen ganz und gar nicht angemessen war. Die Abschreckungskomponente der „Blitz-

kriegstrategie" versagte im ersten Blitzkrieg politisch. Die Westmächte erklärten den Krieg. Damit war Hitler die planmäßige politische Vorbereitung der nächsten Schritte aus der Hand genommen. Er konnte nur noch versuchen, mit militärischen Mitteln seine Ausgangslage für die Programmrealisierung zu verbessern. Aber der quantitative und qualitative Rüstungsvorsprung reichte nicht über die ersten Etappen hinaus. Er gestattete nur Lösungen auf dem Kontinent, die einen kurzlebigen Optimismus nähren konnten. Damit paßten die Möglichkeiten der deutschen Kriegführung nicht mehr mit den Dimensionen der zum Weltkrieg sich ausweitenden Auseinandersetzung zusammen.

Fragt man aus der Perspektive des Septembers 1939 nochmals nach den Ursachen der deutschen Kriegspolitik, so wird man das Faktum nicht unberücksichtigt lassen können, daß im Unterschied zum August 1914 eine nennenswerte Kriegsbegeisterung in der deutschen Bevölkerung nicht zu konstatieren war; die Berichte lassen eher das Gegenteil vermuten. Schon während der Sudetenkrise im Herbst 1938 war den NS-Propagandisten die weitverbreitete Kriegsfurcht in der Bevölkerung nicht verborgen geblieben. Daher befahl Hitler im November 1938, die „pazifistische Platte“ abzusetzen und das Volk auf gewaltsame Lösungen vorzubereiten. Im Jahre 1939 inszenierten die Propagandisten daraufhin Kampagnen, in denen ganz neue Register gezogen wurden. Nunmehr war — wie vor 1914 — von einer angeblichen Einkreisung Deutschlands durch feindliche Mächte die Rede, vom Volk ohne Raum, und zur Verschleierung der eigenen Angriffsabsichten wurde bereits vorsorglich versucht, die Schuld „an kommenden Dingen“ auf andere abzuwälzen. Das Ergebnis war unbefriedigend. Welche Gründe auch immer für diese innere Einstellung der deutschen Bevölkerung maßgebend gewesen sein mögen, sie erlaubt die Schlußfolgerung, daß der Kriegspolitik des Regimes — im Unterschied zu 1914 — die breite politische Basis fehlte.

Erneut stellt sich damit die Frage nach den Trägern der deutschen Kriegspolitik. Die Antwort wird sich mit jenen bürgerlich-nationalen Schichten und ihren Repräsentanten im Auswärtigen Amt, in der Wehrmacht, in Wirtschaft und Wissenschaft beschäftigen müssen, die die Kontinuität der nationalstaatlichen Überlieferung repräsentierten. Sie hat-

ten den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht vor 1914 noch bewußt erlebt, und ihnen waren alle Varianten der ökonomisch und militärisch begründeten deutschen Großmachtspolitik gegenwärtig. Sie hatten die Aufrüstung, die „Wiederwehrhaftmachung“ und die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung begrüßt und nach Kräften gefördert; ihr Ziel war eine Ausweitung der deutschen Großmachtposition über die bloße Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus mit Blick auf Osteuropa, auf ein Ostimperium, das die wehrwirtschaftliche Autarkie sicherte. Der Einsatz militärischer Macht war ein selbstverständlicher Faktor im Rahmen dieses politischen Kalküls. Differenzen zwischen Hitler und den Führungsgruppen in Diplomatie, Wirtschaft und Wehrmacht entstanden ab 1936/37 allein über die Frage des einzuschlagenden Tempos. Das „Lebensraum-Programm“ — samt der sozial-darwinistischen und rasse-ideologischen Begründung dieser Zielvorstellung als Axiom Hitlerscher Politik — lag jenseits der traditionellen Ansätze deutscher Großmachtpolitik und ist von diesen Führungsgruppen entweder nicht erfaßt, übergangen oder verharmlost worden.

So fungiert Hitlers Programm als Orientierungsmarke, die auf verschiedenen, von Hitler jeweils nach taktischen Gesichtspunkten bestimmten Wegen angesteuert werden konnte. Die alle Bereiche erfassende „Wiederwehrhaftmachung“ der Nation — die Voraussetzung der Hegemonialpolitik — vollzog sich unter Beteiligung einer wachsenden Zahl von Institutionen und Organisationen als ein sich ständig beschleunigender Prozeß. Die dadurch gelösten Kräfte durchsetzten den hergebrachten, bürokratisch funktionierenden Staatsapparat, traten miteinander in Konkurrenz und behinderten sich untereinander, blieben jedoch vor allem auf das Zentrum der Macht, auf den „Führer und Reichskanzler“, fixiert. Nach den Ergebnissen der Untersuchungen dieses Bandes ist es nicht zweifelhaft, daß auch Hitler in seinen Entscheidungen von der Dynamik der auf diese Weise sich herausbildenden Herrschaftsstruktur erfaßt wurde.

Die schrittweise Durchführung von Hitlers „Kontinentalprogramm“, in historischer Perspektive der erneute Anlauf zur Gewinnung einer Groß- und Weltmachtstellung für das Reich, trat mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 in eine neue Phase ein. Die

klusionäre Erwartung, die gewaltsame Eroberung Polens werde nur auf papierene Proteste der Westmächte stoßen, zerstob mit den Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs am 3. September. 25 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges gingen in Europa erneut die Lichter aus, und eine Kriegsmaschinerie setzte sich in Bewegung, deren Vernichtungskraft alle bisherige Erfah-

rung übertraf und kaum einen Winkel des Kontinents verschonte. Diese Katastrophe war das Ergebnis der seit 1933 verfolgten, auf eine kriegerische Auseinandersetzung zielenden deutschen Politik, der nicht nur Hitlers „Lebensraum“-Ideologie zugrunde lag, sondern in der auch der seit der Jahrhundertwende ungebrochene Macht- und Geltungsanspruch deutscher Eliten zum Ausdruck kam.

„Kampf um Lebensraum“

Karl Haushofers „Geopolitik“ und der Nationalsozialismus

Der heute noch immer gebräuchliche Begriff „Geopolitik“ ist unlösbar mit dem Namen Karl Haushofer (1869—1946), bayerischer General, Professor an der Universität München und Lehrer von Rudolf Hess, des ehemaligen „Stellvertreters des Führers“, verbunden. Das Schicksal dieses Mannes, der nach der Ermordung seines Sohnes und Widerstandskämpfers Albrecht durch die Gestapo, dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ und dem Scheitern seines wissenschaftlichen Werkes zusammen mit seiner Frau Martha 1946 freiwillig aus dem Leben schied, war ebenso ungewöhnlich wie widerspruchsvoll. Noch mit fünfzig Jahren hat der Geopolitiker — auch für seine Epoche eine Ausnahme — das Schwert mit der Feder vertauscht und in über 500 Artikeln, Rezensionen und Büchern „Gesetze“ der Weltpolitik aus dem engen Blickwinkel geographischer Bedingungen zu analysieren versucht.

Nachdem der ganze Nachlaß des Generals und Professors der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung steht, ist es möglich, zahlreiche Fragen, die mit seinem Lebensschicksal und seinen Ideen verbunden sind, besser als früher zu beantworten. Diese Ideen sind vor allem durch den Dienst in der bayerischen Armee, den längeren Aufenthalt in Japan (1908—1910), die Teilnahme am Ersten Weltkrieg und durch die Rolle als Universitätsprofessor, Volkstumskämpfer und Politikberater in den dreißiger Jahren geprägt worden¹⁾.

Die Schwierigkeiten, den Begriff „Geopolitik“, seine wirkliche Bedeutung im Denken von Haushofer, unmißverständlich zu präzisieren, liegen vor allem darin begründet, daß die Repräsentanten dieser neuen „Wissenschaft“ in

Deutschland keineswegs einheitliche Vorstellungen von ihrem Forschungsobjekt besaßen und ihr führender Kopf sich über diesen häufig widersprüchlich oder zweideutig geäußert hat. Von Anfang an bestanden auch zwischen Vater und Sohn (Albrecht) Differenzen in der Frage, ob die „Geopolitik“ überhaupt eine „Wissenschaft“ sei. Albrecht Haushofer — seit 1940 Professor für politische Geographie und Geopolitik in Berlin — hat dies bezweifelt. Vor allem hat er klar erkannt, daß sein Vater „kein Systematiker“ war. In seinem am Ende des Zweiten Weltkrieges fertiggestellten Lehrbuch zur politischen Geographie und Geopolitik, das posthum 1951 veröffentlicht wurde, hat er die Unterschiede zwischen seinen Auffassungen und denen seines Vaters herausgearbeitet.

Wurzeln geopolitischen Denkens

Wer versucht, die Genesis der geopolitischen Entwicklung von K. Haushofer zu analysieren, wird vielleicht vier Wurzeln erkennen können. Sehen wir einmal von seinen speziellen Neigungen in der Schule und im Elternhaus ab, so war die eine seine Erfahrungen als Soldat in Bayern, was er später als die „wehrgographische Durchdringung“ (d. h. Festlandsdenken oder bodenfest) bezeichnet hat. Die zweite waren seine tiefen, lebhaften, später vielfach übersteigerten Eindrücke von Japan und seinen Reisen durch einige Länder Asiens (Entwicklung des ozeanischen Weltbildes). Als dritte kann sein intensives Studium der Werke von Ratzel, Carl Ritter, F. v. Richthofen und insbesondere von R. Kjellén genannt werden. Dessen Buch „Der Staat als Lebensform“ (1917) hat ihn „im höchsten Grad“ gefesselt, so daß er seiner Frau begeistert schrieb: „Das ist die Problemstellung geradezu für meine wissenschaftliche Alters-Arbeit ... Geopolitik: Versuch einer vergleichenden Staatenkunde! Das wäre ein Vorlesungstitel, der das umfaßt, was mich reizen würde — ein Gebiet von Geographie, Geschichte, der veralteten Staatswissenschaften, der Völkerpsychologie und Anthropolo-

¹⁾ Auf wissenschaftliche Belege wird hier verzichtet. Sie sind im einzelnen aufgeführt in der oben erschienenen Publikation: Hans-Adolf Jacobsen, Karl Haushofer. Leben und Werk, Bd. I (Lebensweg 1869—1946 mit ausgewählten Texten zur Geopolitik), Bd. II (Ausgewählter Schriftwechsel 1917—1946), 1 314 S., Boppard/Rh. 1979.

gie begrenzt, selbständigen Wachstums fähig.“ „Und“, so fügte er hinzu — damit wird die vierte Wurzel angedeutet, die schließlich in seinem ganzen geopolitischen Denken zu dominieren begann — „... bitter nötig für unser ‚tumbes Volk‘, damit es nicht wiederum von politischen gerisseneren Gegnern um die Früchte seiner Tüchtigkeit und seiner schweren blutigen Opfer geprellt“ werde. Später hat K. Haushofer geradezu von einer „Geburt der Not“ (Versailles; europäische Mittellage des Deutschen Reiches) gesprochen. Und in einem Entwurf zu seiner Antrittsvorlesung 1919 hat er in diesem Zusammenhang betont, daß es die „Geopolitik“ — hier noch als „Leitwissenschaft angewandter Volks-Wehr-Kunde“ bezeichnet — nach dem Kriege geben müsse, damit das deutsche Volk seine Wehrkraft, Wehrdauer und den Wehrwillen sowie die Wehrkraft seiner Nachbarn besser erkennen lerne als „unser Volk, ehe es die Probe zu bestehen hatte“. Sie müsse jedoch „angewandt“ sein, um ein „Volk zu einer bewußten Diätetik (d. h. gesunden . . . Weise) seiner Lebensform, eben seines Staates zu bringen, anstelle der instinktiven und empirischen, über die wir nur zum großen Teil verfügt“ hätten, und diese könne gar nicht „volkstümlich“ genug sein, denn „die Massen haben letzten Endes über die Mittel der Diätetik zu entscheiden und müssen in die Lage gebracht werden, selbst die Gesetze zu erkennen, nachdem sie über die harte Erziehung hierzu hinauswachsen wollen und schon gewachsen sind“. Seiner Meinung nach war „angewandte Volkswehrkunde“ das „wichtigste Mittel der unentbehrlichen politischen Selbsterziehung“ eines selbstverantwortlichen Volkes.

Zweifel am wissenschaftlichen Charakter

Aber bei allem Bestreben, die „Geopolitik“ in Wort und Schrift zu einem „mächtigen Kampfmittel“ zu formen, sie als geistige Waffe im Ringen um die Wiedererlangung der deutschen Weltmachtstellung einzusetzen und sie daher in den Mittelpunkt einer staatlich geförderten politischen Bildung zu stellen, um eine „einheitliche Linie des Handelns und Wollens“ der Deutschen zu gewährleisten — was K. Haushofer auch einmal als „Baugrund für den Tempel einer neuen Religion von den notwendigen Zukunfts-Lebensformen der Menschheit“ apostrophiert hat —, ist er von seiner Sache doch niemals ganz überzeugt gewesen. Er hat seine „Geopolitik“

nicht als etwas Abgeschlossenes, absolut fest fundiertes und empirisch Abgesichertes empfunden, mag er auch gegenüber der Öffentlichkeit manchmal das Gegenteil behauptet haben. Für ihn war die „Geopolitik“ mehr etwas werdendes und unfertiges. Daher wandte er sich wiederholt gegen eine vorzeitige Dogmatisierung, unter der „eine gute Sache nur erst starren würde“. Die Zeit war ihm einfach noch nicht reif für ein „abschließendes Handbuch“, da das Themenfeld erst umfassender durchgearbeitet werden müsse. So haben denn seine Kollegen und er auch nur sogenannte Bausteine zu veröffentlichen gewagt, die für K. Haushofer wohl „Meisterproben“, aber noch keine „Meistertaten“ waren.

Aus dem Schriftwechsel mit seinem Verleger Kurt Vowinckel während des Zweiten Weltkrieges wird ersichtlich, daß beide am Ende mehr und mehr von Zweifeln an den jahrelang publizierten Thesen geplagt wurden. Mußten sie doch feststellen, daß die „Geopolitik“ als Wissenschaft ohne „einen klaren systematischen und logischen Kern als wissenschaftliche Disziplin“ fremd im Rahmen der Universitäten stehe. Vowinckel drückt es umiüßverständlich aus: „Es gibt keine schriftliche Festlegung dessen, wo die Geopolitik in der Wissenschaft steht, was ihr Arbeitskern und ihre Arbeitsaufgabe“ ist. Selbstkritisch resümierte er, daß fruchtbare geopolitische Arbeit nicht möglich sei, „wenn wir einseitig auf die Wirkung der Raumkräfte in der Politik hinausgehen. Der Raum wirkt eben nicht von sich aus, sondern nur mittelbar durch seine Wirkung auf den Menschen“. Und Karl Haushofer, jetzt freilich in einem zunehmenden Stadium der Resignation, bekannte, daß die „Geopolitik“ den anderen Wissenschaften dienen müsse.

Eine weitere entscheidende Frage war die, ob so weitgehende Forderungen nach einem „einheitlichen Weltbild“ auf objektiver Grundlage überhaupt verwirklicht werden konnten. Vowinckel glaubte, daß außer K. Haushofer (ihn dabei maßlos überschätzend) kaum jemand in der Lage sein würde, jene „einzigartige Verbindung“ zwischen „überragendem Wissen und künstlerischer Fähigkeit, dieses Wissen im Dienst der Politik zu gestalten“, herzustellen. Diese und ähnliche Äußerungen beweisen einmal mehr, daß die nach außen hin zur Schau getragene Selbstsicherheit in der Frage

nach dem Wissenschaftscharakter der „Geopolitik“ nicht gerechtfertigt war.

Definitionen von „Geopolitik“

Schlägt man heute in verschiedenen Lexika unter dem Stichwort „Geopolitik“ nach, so finden sich, wie schon in der Vergangenheit, die unterschiedlichsten Definitionen. Im „Großen Brockhaus“ (1978) heißt es lapidar: „Grenzwissenschaft zwischen Geographie, Staatenkunde, Geschichte und Gesellschaftswissenschaft ... sucht die Beziehungen zwischen den politischen Gegebenheiten und dem Raum zu erforschen.“ Im „Lexikon zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert“ wird „Geopolitik“ (übersetzt als Erdrumpolitik) als die „Lehre von der Wirkung des geographischen Raums auf den Staat und das politische Leben“ bezeichnet. R. Beck definiert in seinem „Sachwörterbuch der Politik“ (1977): „Geopolitik“ als „Lehre von den bestimmenden Einflüssen geographischer Gegebenheiten auf die Politik“, die die „angeblichen gesetzmäßigen Zusammenhänge zwischen geographischem Raum (Lage, Grenze, Größe, Bodenbeschaffenheit und -schätze, Oberfläche, Klima usw.) und politischen Vorgängen und Erscheinungen ... aufzuzeigen“ sucht. In marxistischer Sicht ist „Geopolitik“ eine auf den geographischen Determinismus gestützte unwissenschaftliche soziologische Theorie, die in der Überschätzung oder bewußter Übertreibung der Bedeutung geographischer Faktoren für das gesellschaftliche Leben behauptet, daß die Politik der Staaten durch die Größe, Lage und Art des Territoriums, die Bodenbeschaffenheit, den Umfang der Bodenschätze u. ä. bestimmt wird. — Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Es kann hier nicht versucht werden, die weltweit geführte Diskussion von Geographen, Historikern, Politologen und Sozialwissenschaftlern über Sinn und Unsinn, Möglichkeiten und Grenzen der „Geopolitik“ zusammenzufassen. Zum Teil haben dies bereits u. a. Backer und Matern geleistet. Hier soll lediglich verdeutlicht werden, welche Vorstellungen K. Haushofer mit dem Begriff „Geopolitik“ verbunden hat. Einer seiner wohl schärfsten Kritiker aus der Reihe der Geographen, P. Schöller, hat — ausgehend von der Definition Kjelléns: „Geopolitik ist die Lehre über den Staat als geographischen Organismus oder Erscheinung im Raum“ — der deutschen geo-

politischen Schule, insbesondere ihrem geistigen Führer K. Haushofer, vorgeworfen, die „Prinzipien des geographischen Determinismus in die Deutung des Weltbildes“ überführt zu haben. Bei K. Haushofer sei aus der „Raumbezogenheit“ des politisch-staatlichen Lebens die „Lehre von der geographischen Bedingtheit der Politik, von der Erdgebundenheit der politischen Vorgänge“ geworden. Im übrigen sei es ihm jedoch weder gelungen, „eine verbindliche Definition der Geopolitik zu erarbeiten“ noch „eine geschlossene Systematik mit eigener Schwerpunktbildung als Grenzfach zwischen Geographie, Staatswissenschaft, Geschichte und Soziologie“ zu entwickeln. Zuletzt 1977 hat sich J. Matznetter in seiner Einführung zu dem Sammelband „Politische Geographie“ mit diesem Problem auseinandergesetzt und gemeint, man werde dabei wohl zwischen dem „früheren Haushofer“, der von seiner Asienreise beeindruckt und vom Ausgang des Ersten Weltkrieges betroffen war, und dem „späteren Haushofer“ unterscheiden müssen, der „unter den Einfluß einer Ideologie“ geraten sei. Diese Annahme dürfte nur zum Teil zutreffend sein.

Wechselverhältnis von Theorie und Praxis

Eine systematische Auswertung der wesentlichsten Arbeiten von K. Haushofer ergibt nicht nur eine Differenzierung, sondern auch eine Ausweitung des Begriffes von „Geopolitik“. Zunächst einmal ist festzuhalten: „Geopolitik“ war für Haushofer stets mit einem Wechselverhältnis von Theorie (so wie er sie auslegte) und Praxis, von Wissen und Handeln sowie von Erkenntnis und Anwendung verbunden.

„Geopolitik“ hatte für ihn wahrscheinlich eine vierfache Bedeutung: Sie war Wissenschaft von der „politischen Lebensform im natürlichen Lebensraum in ihrer Erdgebundenheit und Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung“, d. h. alles politische Geschehen war von den dauernden Bedingungen der Bodengestalt abhängig. Zugleich war sie eine Art Integrationswissenschaft, d. h. der Versuch einer Synthese von Natur- und Geisteswelt (darunter u. a. von Biologie, Bodenkunde, Botanik, Zoologie, Medizin, Gesellschafts- und Staatswissenschaft, Philosophie und Rechtskunde); die anderen Disziplinen sollten mehr oder weniger als „Hilfswissenschaft-

ten" die „festeste Plattform" bilden. Diese sollte „weltumspannend" sein, ohne intellektuelle Grenzen bzw. nur mit solchen, „die Erkenntnis und Natur über den Erdball zwischen seinen Großräumen und seinen uralten Kulturvölkern ziehen". „Geopolitik" war im Grunde eine andere Umschreibung von „Politischer Wissenschaft" (oder auch deren Grundlage, wenn man will); insbesondere von deren Teilbereich „Außenpolitik" — zugleich als vergleichende Staatenkunde oder Auslandskunde interpretiert. Sie war so etwas wie ein Schlüssel zum Weltverständnis (u. a. zu dem der Unterschiede zwischen kontinentalen und ozeanischen Völkern und Staaten, zwischen kleinräumiger, groß- und weiträumiger politischer Anschauung). Sie sollte zukunftsgerichtet, dynamisch — im Gegensatz zur statischen politischen Geographie — „angewandte Wissenschaft", d. h. eine Kunstlehre, und Wegweiser im politischen Leben sein in dem Bestreben, das gesamte Wissen „griffbereit und handgerecht" aufzuarbeiten. Pflicht der Wissenschaft sei es, „dem, der sich zur Fähigkeit politischen Handelns erziehen will, zu sagen, wie er am einfachsten, mit den geringsten Umwegen und — ehrlich herausgesagt — mit dem kleinsten Arbeitsaufwand in den Besitz ausreichenden Wissens kommen kann, um den Sprung vom politischen Wissen zum Können mit ausreichender Aussicht auf Erfolg" zu wagen. „Geopolitik" lehre das Wissen um die „bodenwüchsigen, erdhaften, raumbedingten Grundlagen und Leitzüge der Kunst der Staatenführung und Völkerleitung". Damit verbunden sei der Mut zur Prognose durch den Wissenschaftler, der sich nicht „mit der Rolle des Registrators begnügen dürfe". Es komme also darauf an, geopolitische Leitlinien im unruhigen Kräftespiel der Gegenwart wahrzunehmen, in ihrem Verlauf zu erkennen und deren Zukunftsrichtungen anzudeuten, natürlich mit einem gewissen Spielraum von „Fehldiagnosen". Angesichts der Willkür menschlichen politischen Waltens könnten aber höchstens zu 20 Prozent „ganz bestimmte Aussagen gemacht werden". Freilich, so ergänzte Haushofer 1940 einmal — jetzt wohl unter dem Eindruck der Entwicklung —, „was der Mensch aus den Gegebenheiten mache, die ihm exakte Wissenschaft als Vorhersage über das Mögliche und Unmögliche liefern könne, das sei seiner schicksalsgestaltenden Kraft überlassen, für deren Ausmaß es keine Schicksalskündigung

gebe"; „ihr Umfang ist Gnade einer höheren Macht".

Nichtsdestoweniger glaubte K. Haushofer, daß die „Geopolitik" als „treueste, vorbereitende Gehilfin des politisch gestaltenden und schöpferischen Menschens in der Kunst politischen Handelns" nützlich sein könne. Sie sei dasselbe, was für den militärischen Kämpfer „eine gute Karte und eine vollendete Geländekenntnis seines Kampfgebietes und der Nachbarböden" sei, für den „Bergsteiger im Ringen um die Höhe" und für „den Landmann auf seinem Agrarboden Kenntnisse von Natur und Boden" sowie für den Kaufmann „das Wissen um die Bedingungen der Wirtschaftsräume und die Dauer staatlicher Existenz".

Letzten Endes aber verstand Haushofer unter „Geopolitik" ein Mittel zum Zweck, nämlich zur Raumerziehung und zum Kampf um Lebensraum, sowohl defensiv zur Abwehr fremder geopolitischer Einflüsse als auch offensiv zur Erweiterung der eigenen Macht und „Wiedervereinigung der Volksheit". In dem unablässigen „Fechten" um unser „Leben und Dasein als selbständiges Volk auf dem Rücken der Erde" sah Haushofer die eigentliche Erfüllung seiner „Geopolitik".

„Geopolitik" im Selbstverständnis von K. Haushofer

So gesehen läßt sich vielleicht „Geopolitik" im Selbstverständnis von K. Haushofer wie folgt umfassender definieren: *Geopolitik ist Wissenschaft von der Weltpolitik in ihrer Abhängigkeit von geographischen Grundlagen und Lehre ihrer praktischen Anwendung in der Außenpolitik mit dem Zweck, das notwendige geistige Rüstzeug für Schutz und Erweiterung des deutschen Lebensraumes zugunsten der Siedlungstüchtigen (d. h. zur „gerechten Verteilung") zu schaffen. Zusätzliche Mittel hierfür sind Weckung der geopolitischen Instinktsicherheit, Selbsterziehung, politische Bildung zur Schaffung eines politischen Weltbildes und Prognosen auf wissenschaftlicher Grundlage. Entscheidend bleibt, den Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmacht — mit „Güte oder Gewalt" — zu fördern und zu rechtfertigen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß K. Haushofer gelegentlich letzteres eingeschränkt und davon gesprochen hat, daß er nicht beabsichtigt habe, mit der*

„Geopolitik“ eine „Milieuthorie“ zu entwickeln oder einem Determinismus das Wort zu reden. Er wußte wohl um den gewissen Diletantismus seiner „Wissenschaft“.

Ohne Frage war K. Haushofer zeit seines Lebens auf der Suche nach der Identität seiner Wissenschaft; zugleich bemühte er sich um die Anerkennung der von ihm vertretenen „Geopolitik“ durch Kollegen und Gesellschaft. In vielem war er seiner Zeit voraus. Was er anzustreben versucht hat, war die Entwicklung einer interdisziplinären Methode, mit der Wirklichkeitszusammenhänge beschrieben und erklärt sowie die Erkenntnis daraus für politisches Handeln nutzbar gemacht werden konnten. In den Kategorien von Kontinenten und Weltmeeren zu denken, sich weltpolitisch zu orientieren und dabei die Interdependenz nicht außer acht zu lassen, geographische Faktoren, z. B. bei außenpolitischen Entscheidungen, zu berücksichtigen, d. h. die Einsicht, daß Größe und Gestalt, Lage auf der Erdoberfläche und in bezug auf andere Staaten, Möglichkeiten und Erfolg der Besiedlung eines Raumes ganz verschiedene Bedingungen für Bestand und Entwicklung eines politischen Gemeinwesens schaffen, eine praxisbezogene politische Wissenschaft (mit Politikberatung) zu betreiben und zudem mittels politischer Bildung Bewußtseinsveränderungen zu bewirken, diese und ähnliche Forderungen sind heute kaum noch umstritten.

Während die vor allem in den USA nach dem Ersten Weltkrieg aufkommende „idealistische Schule“ Handlungsanweisungen erarbeiten wollte, um den Weltfrieden institutionell zu sichern, die „Realisten“ die Rolle der Macht bei der Erhaltung staatlicher Existenz untersuchten, ging K. Haushofer bei seinen erkenntnisleitenden Interessen vom Lebensraum und seiner Erweiterung aus, was auch durch die Wahl seiner Fragestellungen und die Art seiner Informationsbeschaffung zum Ausdruck kam.

Kritik der „Geopolitik“

Die wachsende Kritik unter seinen Kollegen hat K. Haushofer nicht nennenswert bewegen können, seine Anschauungen öffentlich zu revidieren. Es bedurfte erst der persönlichen tragischen Erfahrungen, um ihn zu veranlassen, sich zu der verspäteten Einsicht durchzurufen, daß sich in „Zeiten der Hochspan-

nung“ die „Grenzen zwischen reiner und angewandter Wissenschaft“ leicht verwischen; auch seien ihm „gelegentliche Überschreitungen“ unterlaufen.

Schon einer seiner ersten Rezensenten, der ihm wohlgesonnene Robert Sieger (Graz), hat 1924 darauf hingewiesen, daß der Forscher „Verständnis und Wissen sowohl auf politischem wie auf geographischem Gebiet“ benötige, um, wie er es zu nennen pflegte, die „geographisch orientierte Politik“ untersuchen und bewerten zu können. H. Preller bemerkte ein Jahr später, daß K. Haushofer mit dem Begriff „Geopolitik“ den ursprünglichen Gedanken von Kjellén erweitert habe. Letzterer habe „Geopolitik“ ja nicht als eine für sich existierende isolierte Größe betrachtet, zumal er ihr nicht einmal eine Vorzugsstellung vor den anderen Disziplinen der zukünftigen Staatswissenschaft eingeräumt habe (Staat als Reich = Geopolitik, Staat als Volk = Demopolitik, Staat als Haushalt = Okopolitik, Staat als Gesellschaft = Soziopolitik und Staat als Regiment = Kratopolitik). K. Haushofer habe die bei Kjellén der Geopolitik *koordinierten* „Wissenschaften praktisch-politischen Handelns“ der „Geopolitik“ *subordiniert* und als Teilgebiet eingegliedert. Zur gleichen Zeit äußerte G. Vogel, daß die junge Wissenschaft, wohl aus „Entdeckerfreude über die neuentdeckte Welt von Beziehungen, die Anwendung der neuen Kunstsprache auf stets andere Objekte schon für einen wissenschaftlichen Fortschritt“ halte. So entstehe für den, dem „gelehrte Fachausdrücke nur dann etwas besagen würden, wenn sie wirklich neue Erkenntnisse“ vermittelten, bisweilen der Eindruck einer gewissen „Phrasenhaftigkeit, eines scholastischen Spielens mit analogisch gebildeten Worten, die bei der Geopolitik sonst mit Vorliebe aus der Biologie (Herz, Lunge, Nervenstränge), neuerdings auch aus der Physik (Kraftfeld, Kraftlinien) entnommen“ würden.

Noch schärfer formulierte es S. Passarge 1929, als er von dem „Zirkus der Phrasenkapriolen“ sprach, vom „schwammigen Wortreichtum, Mangel an Urteilskraft“, von der Fülle „kritiklos aufgenommener gleichgültiger Notizen“ und voreiliger Erklärungen. Der Republikaner C. Mertens forderte, der „glänzend arbeitenden, sorgsam forschenden, strebsamen aktiven Gruppe geopolitisch orientierter Nationalisten“, die im Dienste „des jungen deutschen Imperialismus“ stün-

den, eine republikanisch-paneuropäisch gesinnte Gruppe deutscher Geopolitiker entgegenzustellen, um den Einfluß der ersten in ihrer „heutigen Form“ und mit der erkennbaren Tendenz zur Machtpolitik zu reduzieren.

Die erste umfassendere Kritik an der Geopolitik aus politikwissenschaftlicher Sicht stammte aus der Feder von Adolf Grabowsky, einem Mitarbeiter der Deutschen Hochschule für Politik, der sich zunächst auch zur Haushofer-Schule gezählt, seinen Lehrmeister als „lauteren Menschen“ geschätzt, sich dann aber von ihm getrennt hatte. 1930 erläuterte er: „Wie alle Geschichtsschreibung, die von dem ökonomischen Faktor nichts weiß, uns heute in der Methode rückständig erscheint, so wird das auch in kurzem mit jeder Historik der Fall sein, die den räumlichen Faktor mißachtet. Wie wir aber stufenweise die sog. materialistische Geschichtsauffassung von den Übertreibungen der ersten Zeit auf ein vernünftiges Maß revidiert haben, so wird das auch mit der geopolitischen Auffassung geschehen.“ Im Hinblick auf den „räumlichen Faktor“ würde sich selbst dort, „wo man alles auf den Raum zurückführen möchte“, die Erkenntnis durchsetzen, „daß das politische Wollen, die Kraft des Staatsmannes und die Anlage des Volkes unendlich viel, wenn freilich auch nicht das letzte dem Raum gegenüber vermögen“. Er fügte sodann hinzu: „Man darf sogar sagen, daß insofern die Geopolitik ein tragisches Schicksal hat, als sie in einer Epoche als Wissenschaft Geltung erhielt, da sich der Raum längst nicht mehr so schicksalsbestimmend wie vordem zeigt.“ Grabowsky hat 1960 in seinem Buch „Raum, Staat und Geschichte“ sein Verständnis (Grundlegung) von Geopolitik ausführlicher begründet („Wissenschaft von dem durch Politik und Geschichte bewegten Raum“) und dabei auf einen bedeutsamen Punkt hingewiesen, der bei K. Haushofer fast völlig fehlt (erstmalig in seiner „Apologie“ 1945 angedeutet), nämlich auf den des so notwendigen Interessenausgleichs zwischen den Staaten, der verbunden sei mit dem sich Hineinversetzen in die Lage, Rechte und Interessen des Gegenüber und dem Prinzip der Toleranz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich insbesondere die Amerikaner E. A. Walsh, H. Sprout, F. M. Wassermann und H. Blumenthal, von deutscher Seite C. Troll, P. Schöller, G. Fochler-Hauke, M. Schwind, R. Matern, sodann der Niederländer G. Bakker,

Vertreter des Marxismus wie Wittvogel und Semjonow und der Franzose R. Aron mit der „Irrlehre“ der „Geopolitik“ auseinandergesetzt.

Für Walsch, den K. Haushofer am Ende seines Lebens als seinen letzten Gönner bezeichnet hat, lag die „Todsünde K. Haushofers und die Tragik seines geistigen Lebens darin, daß er „nicht Humboldt, sondern Machiavelli zum sittlichen Vorbild seiner geographischen Wissenschaft“ gemacht habe. Troll, einst selbst Schüler und Assistent des Generals a. D., warf seinem Lehrer später „geringe Wissenschaftlichkeit, politische Tendenz und eine gewisse Effekthascherei“ vor. K. Haushofer sei kein Gelehrter und kein Bekenner („Professor“) im eigentlichen Sinne, wohl aber „eine durch Geist, Bildung und Können ausgezeichnete Persönlichkeit“ gewesen, die an „anderer Stelle Besseres hätte leisten können“. Schöller bemängelte in erster Linie das Fehlen methodischer Klarheit bzw. Logik und die begrifflichen Schwächen, zudem das „pseudowissenschaftliche Unterbauen eines sozialdarwinistischen Machtstrebens“ und den Anspruch, „zwangsläufiges Geschehen voraussagen“ zu können. Ähnliches hatte schon Albrecht Haushofer in Kriege kritisiert, als er schrieb, daß die Geopolitik nicht „völlig jenen Gefahren“ entgangen sei, denen „jede neuartige Lehre mit starkem äußeren Erfolg und beträchtlicher unmittelbarer politischer Wirkung gegenübersteht: Einseitigkeit der Betrachtungsweise etwa im Sinne eines übersteigerten geographischen Determinismus bzw. zu grobes kartographisches Vereinfachen vielgestaltiger Probleme“.

Am überzeugendsten und tiefeschürfendsten hat R. Aron in seiner Theorie der Staatenwelt die Legende vom Determinismus des Klimas oder des Geländes zerstört. Er hat u. a. nachgewiesen, daß die „Lage eines Landes“ zwar auf der physikalischen Landkarte „unveränderlich“, aber höchstens eine Ursache unter anderen sei; sie lade zu „bestimmten Handlungen ein und stecke den Rahmen der Möglichkeiten ab“. Im übrigen sei wahrscheinlich „die Zahl der Ursachen, die das Geschick der Staaten“ bestimme, zu groß, als daß auf irgendeine Weise eine Voraussage auf kurze Sicht über das Ende einer politischen oder militärischen Krise wissenschaftlich möglich“ wäre. Aber in jedem Fall müsse eine Voraussage dieser Art auf der „Berücksichtigung al-

ler Gegebenheiten und nicht einer willkürlich partiellen Analyse beruhen“.

Der hier knapp skizzierte Katalog der Kritik ließe sich ohne weiteres erweitern, etwa im Hinblick auf die zahlreichen Fehleinschätzungen, die vielen Widersprüche, den sog. geopolitischen Instinkt (was die Beurteilung der NS-Politik und ihrer Führer anbetraf), oder darauf, daß K. Haushofer meist nur seine eigenen persönlichen Erfahrungen unzulässigerweise verallgemeinert und aus ihnen „Gesetzmäßigkeiten“ abgeleitet hat, die empirisch gar nicht bewiesen werden konnten. Hinzu kam, daß er die soziologisch-politische Analyse der einzelnen Träger der Weltpolitik, die spezifischen Bedingungen des innerstaatlichen Entscheidungsprozesses, die sozioökonomischen Faktoren, die Rolle der Ideologie und gesellschaftlicher Gruppen vernachlässigt und Fragen des Völkerrechts (z. B. die der Kriegsverhinderung und des friedlichen Wandels) bagatellisiert hat.

Auch wenn wir K. Haushofer wohl kaum abstreiten können, daß er innerlich von der „Richtigkeit“ und einer gewissen „Wissenschaftlichkeit“ seiner Arbeiten überzeugt gewesen sein mag, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß er dem selbst gestellten Anspruch der Geopolitik, „geographisches Gewissen des Staates“ sein zu wollen, nicht gerecht geworden ist und seine wissenschaftlichen Ambitionen letzten Endes gescheitert sind.

Lebensraum-Begriff

Eine in der Wissenschaft bis heute immer noch umstrittene Frage ist, ob und in welchem Umfang Karl Haushofer mit seiner geopolitischen Konzeption in statu nascendi über seinen Schüler und Vertrauten Rudolf Heß die Abfassung des Buches „Mein Kampf“ von Hitler beeinflusst hat. In seiner „Apologie“ vom November 1945 hat er nachdrücklich betont, daß keine einzige Zeile desselben von ihm stamme; er habe den ersten Band (der am 18. Juli 1925 erschienen ist) erst gesehen, als dieser gedruckt vorgelegen habe. Und dann habe er es abgelehnt, das Buch in seiner Zeitschrift zu rezensieren, weil es mit „Geopolitik“ nichts zu tun gehabt habe. Er gab allerdings zu, daß er bei seinen Besuchen in Landsberg 1924 bestimmte geographische Fragen, die weder Hitler noch

Heß verstanden hätten, seinem Freund an Hand von F. Ratzels Buch „Politische Geographie“ zu erklären versucht habe. (Außerdem hatte er C. v. Clausewitz' Werk „Vom Kriege“ den Häftlingen zur Verfügung gestellt.) Heß habe das Erläuterte Hitler übermittelt. Er — Haushofer — sei jedoch der Meinung, daß der „Tribun“ (Hitler) seine Ideen im Kern niemals verstanden habe, insbesondere nicht den von ihm (Haushofer) entwickelten Begriff vom „Lebensraum“, der bekanntlich im Mittelpunkt der außenpolitischen Programmatik der NSDAP stand.

Was läßt sich aber nun vom Begriff „Lebensraum“ bei Karl Haushofer sagen? Zunächst ist der Hinweis erforderlich, daß dieser Begriff gewissen Modifikationen unterlag.

Am 28. Juni 1924 sprach Haushofer im Rahmen einer Veranstaltung des „Deutschen Kampfbundes gegen die Kriegsschuldlinge“ im Cirkus Krone über „Lebensraum und Schuldlinge“. Seiner Frau berichtete er am darauffolgenden Tag: „Ich habe also ... in dem rappelvollen C(ircus) K(rone) ... gesprochen; wie ich glaube, gut, schon herzlich von den jungen Leuten (über 1 000) mit minutenlangem Heilgeschrei, Geklatsch und Getrappel begrüßt und nachher erst recht. Ich glaube, ich habe ihre Seele zum Teil gehabt und das Richtige gesagt, wie es vor ihnen und vor Dir zu rechtfertigen war.“ U. a. hatte er seinen Zuhörern zugerufen: „Wo steht geschrieben, daß von allen großen Völkern der Erde allein das unsere geprellt und verstümmelt sein soll in seinem Lebensraum und daß nur wir nicht das Recht auf freies Atmen haben sollen?“ Sie müßten immer daran denken, daß das deutsche Volk nie und nimmer mit dem verstümmelten Lebensraum weiterleben würde und daß „wir unsere unveräußerlichen Rechte wahren werden“. Unter brausendem Beifall mahnte er zum Schluß: „Sie haben kein Recht, Kinder in die Welt zu setzen, kein Recht, in glühender Vaterlandsliebe aufbauenden Gedanken den künftigen Leistungen Raum zu geben, wenn sie nicht entschlossen sind, diesen Kindern, dieser Zukunftsarbeit den Lebensraum zu erhalten und diesen Lebensraum wieder zu erfechten.“

Fast zur gleichen Zeit hatte er das Vorwort seines Buches „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ verfaßt, in dem er u. a. betont hatte: Unablässig ändert sich das Kraftfeld der Erde, und gerade der zur Zeit Glücklose und

deshalb Freudlose sollte es erst recht scharf im Auge behalten, um rechtzeitig zu beobachten, ob und wo solche Veränderungen sich zu seinen Gunsten von selbst ergeben oder sich von ihm beschleunigen oder herbeiführen lassen. Das erfordere nicht nur Worte, sondern auch Taten. Anfang 1926 dozierte er in der Staatspolitischen Woche des Deutschen Hochschulringes über Auswärtige Politik. Grundlage jeder Erörterung der Fragen auswärtiger Politik sei der Lebensraum, auf dem der Volkskörper gewachsen sei. Aufgabe der auswärtigen Politik sei es, diesen Lebensraum zu betreuen und zu erweitern, wenn er zu eng geworden sei, die Grundlage für die höchste Kulturentwicklung zu schaffen, ihre Freiheit von fremder Macht sowie die Unabhängigkeit von fremder Wirtschaft zu erhalten. Rüstzeug der Schulung des außenpolitischen Denkens sei die „Geopolitik“, verbunden mit der großen leitenden Idee: Schutz und Vergrößerung des Lebensraumes.

Unter „Lebensraum“ verstand K. Haushofer, auf F. Ratzel aufbauend, einen Teilraum bzw. ein Stück Erdoberfläche, bei dem unter Berücksichtigung natürlicher oder künstlicher Grenzen die Erhaltung des Lebens der darin befindlichen Wesen (Menschen, Tiere, Pflanzen) im Mittelpunkt stehe. Dabei konnte an die Daseinsmöglichkeit überhaupt (Atemdichte), die bloße Anwesenheitszahl (Volksdichte), die dauernde Wohnmöglichkeit . . . , die Ernährungsmöglichkeit (Nährfähigkeit) und an die damit in Verbindung stehende Frage nach Autarkie oder weltwirtschaftlicher Verbundenheit gedacht werden. Erst mit dem Wohn- und Lebensraum, der überzeugenden Idee, steige eine Völkerpersönlichkeit — d. h. die Volkheit — auf, schreite sie fort, strebe sie empor. Wenn sie sich davon entferne, steige sie herab, gehe sie nieder und schließlich unter. Dabei betrachtete Haushofer als Leitlinie das Ideal der Selbstbestimmung einer freien Völkerpersönlichkeit in ihrer natürlichen Landschaft, nach Möglichkeit ihrer Wahl; im Gegensatz dazu müsse man die Fremdbestimmung über diesen Raum und die darin Lebenden sehen.

In seinen Grundzügen der „Wehrgeographie“ (zum erstenmal 1923—1925 zusammenhängend entwickelt) wies er besonders auf die entscheidende Notwendigkeit des militärgeographischen Atemraums, d. h. auf die Entwicklungsfreiheit hin, die Zeitvorsprünge sichere. Als harte, naturwissenschaftlich be-

weisbare Tatsache der Wehrgeographie bezeichnete er die Unmöglichkeit der dauernden gegenwärtigen mitteleuropäischen Kleinräumigkeit, bei der die Gefahr der Rassen- und Volksverkümmung drohe. Die selbst gestellte Frage: Wie eng können und wollen Menschen eigentlich wohnen und leben, hat Haushofer durch die Gegenthese beantwortet, daß zu den Daseinsbedingungen des deutschen Lebensraumes nicht gesicherte Ruhe oder Satturiertheit gehöre, da ihn ein ungeheurer Volksüberdruck erfülle, oder auch durch den „Nachweis“, daß nördlich der Alpen durchschnittlich nur 100 Menschen pro qkm ernährt werden könnten, nicht aber die vorhandenen 133.

Im übrigen legte er immer wieder auf folgende Unterscheidungen besonderen Wert: Das geopolitische Raumbild ist nicht dasselbe wie das physikalische; es hat ja auch tatsächlich einen ganz anderen Zweck, und „wir möchten sagen: ein Grund-Irrtum der deutschen kartographischen Wissenschaft, trotz ihrer hohen Entwicklung und Leistung für die geopolitische und damit auch die politische Erziehung unseres Volkes im Daseinskampf um das Denken in weiten Räumen war, daß sie das verkannte“. Das geopolitische Raumbild muß zu dynamischen Vorstellungen hinleiten, das physikalische kann auf statischen beruhen (obwohl die Bezeichnung „statisch“ leicht dazu führt, das langsamere, aber auch unausgesetzt arbeitende genetische Moment in der Physis der Erdoberfläche und ihre Umformung unter unseren Händen zu unterschätzen).

Die Forderung, den Lebensraum zu erkämpfen, schränkte Haushofer Anfang 1927 in einem Aufsatz für die „Süddeutschen Monatshefte“ insofern etwas ein, als er darauf hinwies, daß die Erweiterung des Lebensraumes, wenn dieser zu eng geworden sei, wohl Hauptaufgabe der auswärtigen Politik sei, freilich unter Beachtung des Grundsatzes: damit keine Lebensgefahr für den Volksbestand heraufzubeschwören. Aber fest stand für ihn, daß die Zeit geopolitischer Flurbereinigung, der Neuverteilung der Macht auf der Erde, mit dem Ersten Weltkrieg nicht abgeschlossen sei, sondern erst angefangen habe. „... Wir haben für die grenzdeutschen Probleme in der gegenwärtigen Lage so gut wie nichts mehr durch Veränderung zu verlieren, aber außerordentlich viel zurückzugewinnen.“ Zwölf Jahre nach Kriegsende kam Haushofer in sei-

ner Bilanz der geopolitischen Lage des deutschen Volksbodens zu dem Ergebnis: Aus dem Block der Zentralmächte mit mehr als 110 Millionen Menschen und fast 3 000 Kilometern Küstenentwicklung wurde ein verstümmeltes Reich mit etwas über 1 400 Kilometern Atemraum am Meer, ein Rumpf-Mittelstaat ohne Meeresanteil, eine abgesprengte Stadt am Meer (Danzig), ein Binnen-Zerrgebiet und ein Zwergländchen, das in die Arme der Schweiz abdriftet. Weite Strecken deutschen Volksbodens und viele Millionen deutscher Herzen gerieten unter harte fremde Hand, die sich zumeist beeilte, sie durch alle Regierungskünste unmittelbar oder unter dem Vorwand einer Bodenreform, durch Aushungerung oder Abschnürung ihrer volkspolitischen Zugehörigkeit zu dem einstigen Herrenvolke Europas zu berauben. Jeder, dem das gerechte Werk des Wiederaufbaues seiner Volkheit in einem ausreichenden Lebensraum heilig sei, müsse sich als ein Weltbewegender verantwortlich fühlen. Denn, so meinte er, wenn er die Welt so stehen lasse, wie sie ist und nicht bewegen wolle, dann ersticken und verdorren wir Mitteleuropäer millionenweise in ihr. In diesem Sinne gefaßt, sei jeder, der das nicht wolle, ein Revolutionär gegen sogenannte geheiligte Verträge und müsse sich klar darüber sein, daß er es sei.

In den dreißiger Jahren wiederholte Haushofer seine Thesen, jetzt jedoch unter dem Eindruck der gewandelten politischen Verhältnisse etwas bestimmter. Für ihn war der Lebensraum der Deutschen die politische Aufgabe der Führung schlechthin, denn nur dem deutschen als einzigem großen Kulturvolk sei die Freiheit nach seinem heutigen Lebensraum versagt. Die Deutschen müßten wie die Japaner und Italiener der Welt klarmachen: Hier (in Europa) füllt sich ein viel zu enger, künstlich verstümmelter Lebensraum mit ungeheuren Spannungen, und gebt ihr nicht Luft, so wird, wie Mussolini einmal sagte, die überfüllte Bombe platzen.

Die Rettung Deutschlands liege allein im volkspolitischen Denken; das einseitige staatspolitische Denken im Deutschen Reich habe in der Vergangenheit eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Das nunmehr auf die Erde herabgekommene Dritte Reich könne allerdings erst erdient und verdient werden, wenn es weit über die staatspolitischen Grenzen hinausgreife, was „volkspolitisch unser Volk,

unser Gut und Eigen aus dem Recht uralter Landnahme, uralter Verteilung Jahrhunderte dauernder Arbeit und Verwurzelung aus eigener Kraft ist, und das im Bewußtsein seiner Größe und seiner alten Zeugen“. Mit diesem Hinweis umriß Haushofer wahrscheinlich zum erstenmal konkreter, welche mittel- und langfristigen Ziele ihm vorschwebten.

In seiner Geopolitik der „Pan-Ideen“ (1913) hat Haushofer an einer Stelle das räumliche Ausgreifen eines Staates jedoch mit einem bemerkenswerten Hinweis qualifiziert: Es komme bei der Fähigkeit, andersartige Räume anzugliedern, darauf an, diese zur willigen Mitarbeit zu bringen, zu gemeinsamem Nutzen, wie eine Art Allmende auszugestalten. „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden.“ Uralte Herrenweisheit des Nahen Ostens gebe hier einen merkwürdig oft verkannten Schlüssel auch zur erfolgreichen Durchgestaltung von Pan-Ideen in ihren natürlichen und angegliederten Räumen.

Grenzen

Anknüpfend an die geographisch-politischen Gesetzmäßigkeiten Ratzels erläuterte Haushofer auch das Prinzip der dynamischen Grenzen: Der im Innersten Schwächere ist bestrebt, sie (d. h. die Grenze) auf ewige Zeiten zu halten; der im Grunde Stärkere, auf die Zukunft Trauende, schiebt an ihr, auf die Gefahr hin, als Friedensstörer angeprangert zu werden, was schließlich neues, keimendes, wachsendes Leben dem Vergangenen und seinen Spuren gegenüber ist und sein muß.

Seiner Meinung nach konnte das Wesen der Grenze nicht vom zum Buchstaben erstarrten Gesetz, von der Statik her, von dem durch bloße abgeschlossene Gestaltung bereits notwendig veralteten Stande begriffen werden. Ihrem fließenden Formwechsel vermöge nur die dynamische, auf beständigen Umschwung des Kräftespiels eingestellte Betrachtung gerecht zu werden, von dem kommenden Gesetz her, das mit uns geboren ist. Für Haushofer waren Grenzen weniger vom Völkerrecht und Staatsrecht gezogene mathematische Linien, sondern eher Lebensformen mit eigenem Daseinsrecht. Stets sei die Wahl zu treffen zwischen der geistesgesetzlich gebotenen Achtung vor der Grenze und der naturgesetzlich erzwungenen, vom Leben gebotenen Grenzer-

weiterung und Grenzüberschreitung, wenn „wir nicht das Wachsen und die Erneuerung, das Grundgesetz des Lebens auf der Erde unterbinden“ wollen.

Haushofer warnte immer wieder vor dem Niedergang der Lebenskraft in Kern- und Grenzräumen, d. h. auch vor der Preisgabe des Bodens. Es hänge von dem Lebenswillen derselben und von der weisen Leitung der Zentrale entscheidend ab, ob das umfassende Organ der Volkheit mit dem nötigen Lebensblut durchströmt werde. Das gelte im besonderen für das Grenzproblem im Osten, das in seiner Mannigfaltigkeit und Vitalität (beständiges Hin- und Herwallen der Kräfte) das eigene Grenzerlebnis dokumentiere. Hier sei bedrohlich am Bestand des höher kultivierten Partners (d. h. der Deutschen) gerüttelt worden (so u. a. in Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Böhmen, Mähren und Siebenbürgen). Wer die Rückzugsstadien der Deutschen durch die Jahrhunderte im Osten verfolge, begreife erst, was dort verloren gegangen sei. Das alles war in der Intention sicherlich mehr als ein Konzept, das lediglich Abwehr fremder Ansprüche auf unbestreitbaren Wohn- und Wirtschaftsbereich eines ansässigen Volkes beinhaltete.

Vergleich der Lebensraumkonzeptionen

Ein Vergleich dieser Konzeption von Lebensraum mit derjenigen der NS-Führung läßt eine gewisse Stufenfolge vom Wissen zur Tat, vom generellen zum speziellen und vom übersteigerten Nationalismus zum Radikalismus erkennen, sehen wir einmal von dem Problem ab, wer wen richtig verstanden hat. F. Ratzels Vorstellungen wurzelten stark in dem Biologismus und Naturalismus des 19. Jahrhunderts, zu deren Begründer u. a. Auguste Comte und Herbert Spencer zählten. Bei seinem Dreiklang von Raum, Lage und Bewegung besaß letztere das Übergewicht. Die Bewegung war später geradezu die Grundlage der Geopolitik („dynamische Kunst“). Ratzel versuchte, naturwissenschaftliche Gesetze der Zoologie und der Botanik auf die Weltgeschichte zu übertragen, was zu einer absoluten Überbewertung der Naturfaktoren gegenüber anderen, so denen der Gesellschaftspolitik, der Ökonomie und der Führungseliten in ihren Entscheidungen, führte und vor allem zu Schlußfolgerungen verleitete, die empirisch gar nicht bewiesen werden konnten. Sei-

ne sogenannten Gesetzmäßigkeiten, die er erkannt zu haben glaubte, verband er im Ansatz mit praktischen Richtlinien zum Handeln (Raumerziehung). Ausgehend von der grundlegenden Relation zwischen Fläche und Bevölkerung war für ihn das Dasein eines Staates erst dann gesichert, wenn derselbe genügend Raum hatte. Allerdings bleibt für ihn dieser Gesichtspunkt zunächst einmal nationenneutral. Jeder Bodenerwerb bedeute seiner Meinung nach weniger Endpunkt als Ausgangspunkt eines neuen, über die alten Grenzen des Staates reichenden Ausgreifens. Wenn er den Kampf um Lebensraum als das tragende Prinzip in der Geschichte bezeichnete, so bewertete er auch den Krieg als wachstumsförderndes Mittel. Je größer die innere Geschlossenheit eines Staates sei, desto stärker und fähiger sei er zur Bewältigung der Raumprobleme.

Wie eng sich Haushofer an derartige „Erkenntnisse“ angelehnt und sie z. T. kritiklos übernommen hat, wird nicht nur durch seine zahlreichen Schriften deutlich, sondern auch durch sein ständiges Berufen auf den großen Lehrmeister Ratzel, den er noch 1944 in einem kleinen Aufsatz als einen der führenden Geister des Zweiten Reiches gewürdigt hatte. Im Kern übernahm er dessen Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten; indessen modifizierte und aktualisierte er sie, indem er u. a. von der generellen zur speziellen Aussage überleitete: Angesichts der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, der Versailler Friedensordnung und der weltpolitischen Lage bezog er die Lebensraumfrage primär auf die verstümmelten Staaten ohne Atemfreiheit, d. h. vor allem auf Deutschland und Japan, später auch auf Italien. Er propagierte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Massenkommunikation den Schritt von der reinen zur angewandten Wissenschaft mit politischer Zielsetzung. Auch für ihn stand der Kampf ums Dasein, um neuen Grund und Boden im Mittelpunkt seines Denkens. Neben der Revision des Versailler Vertrages, der Angleichung des Raumes an die Bevölkerungsentwicklung waren es vor allem drei Motive, die ihn beherrschten: Raumerweiterung war für ihn stets auch ein Aspekt der Wehrgeographie, d. h. erhöhter militärischer Sicherheit, des Anspruchs der Tüchtigsten zur Raumkultivierung und schließlich des Rechts auf uralte historische Landnahme. Das Mittel dazu sollte die Raumerziehung (interpretiert als „Geopolitik“) sein, d. h. das

Schmieden geistiger Waffen für den Politiker. Haushofer schloß allerdings auch einen anderen Waffengang nicht aus, falls es die Situation erfordere; freilich hat er sich hierzu niemals konkreter geäußert.

Hitler und seinesgleichen hatten demgegenüber weit radikalere Vorstellungen. Sie hatten, angestoßen und beeinflusst von Haushofer, die sogenannten wissenschaftlichen Erkenntnisse ganz einfach dogmatisch weiterentwickelt und zu einem extremen, tagespolitischen Kampfprogramm erhoben, das sie zusätzlich mit einem Antisemitismus und Antimarxismus im Weltmaßstab verbanden. Dabei benutzten sie — meistens unreflektiert — Begriffe von Rätzl und Haushofer. Ihr Lebensraumprogramm sollte um jeden Preis realisiert werden. Sprach Karl Haushofer vom Recht der höher Kultivierten auf Erweiterung des Lebensraumes, so bezogen die Nationalsozialisten dies auf die „beste“, d. h. germanische Rasse. Noch unmißverständlicher als Rätzl und Haushofer hielt Hitler den Krieg für ein absolut legitimes Mittel zur Verwirklichung der „Neuordnung“ des europäischen Kontinents. Eine gewisse Übereinstimmung schien es allerdings im Hinblick auf die Notwendigkeit gegeben zu haben, das deutsche Volk im Geiste innerer Geschlossenheit zu erziehen, mochte Haushofer bei seinen pädagogischen Forderungen auch weit differenzierter als die NS-Führung argumentiert haben.

Vermeintlicher „Gleichklang“ von „Geopolitik“ und NS-Weltanschauung

Wenn auch zwischen den Anschauungen Karl Haushofers und der Ideologie der NS-Machthaber beträchtliche Unterschiede bestanden, so läßt sich trotz allem die Tatsache nicht verleugnen, daß der Geopolitiker in den Jahren 1933—1940 durch mannigfache Äußerungen und Kommentare den Eindruck erweckt hat, daß die von der NS-Führung verfolgte Politik (zumindest bis 1940) mit seinen geopolitischen „Theorien“ und Prognosen (letztere hätten sich damit als „zutreffend“ erwiesen) übereinstimmte und seine Ziele mit denen der Nationalsozialisten weithin identisch seien. So bescheinigte er z. B. schon wenige Wochen nach der NS-Machtergreifung den neuen Machthabern, daß sie, die Minderheit, als einzige in der Weimarer Republik

ihr Weltbild nicht verloren und das „Recht der Deutschen auf Raum und Selbstbehauptung wachgehalten“ hätten. „Dieser Gewissensschärfung diene auch die Arbeit auf dem Gebiet der Geopolitik.“ Aus solchen Betrachtungen flamme „jäh ein Naturrecht der Fleißigen auf gerechten Anteil an Erde und Lebensraum empor — echt national und sozial zugleich in seinem Kerngehalt —, ein Kampf, der von der nationalsozialistischen Bewegung heute mit voller Wucht“ aufgenommen worden sei.

Noch klarer formulierte K. Haushofer in seinem von Heß inspirierten Aufsatz „Der nationalsozialistische Gedanke in der Welt“ aus dem Jahre 1934 den „Gleichklang“ von NS-Weltanschauung, wie er sie verstand, und Geopolitik; das betraf nicht nur die „Ausdehnungsziele“, die „Volkserneuerung“, die „Überlegenheit des nationalen Willens — namentlich auf sakral gehaltenem Boden, in einem dem Blut und der Rasse kongenialen Raum“ —, sondern auch die „Sicherung des Führergedankens“ („Herrschaft des Besten“) und den Führungsanspruch der Nationalsozialisten in Europa. Und im Saarbrücker „Trutzbund“ schrieb er im gleichen Jahr u. a. „... man muß sich klar darüber sein, daß Ideale, wie das Dritte Reich, nur hin und wieder auf die Erde herabkommen“. Im Rückblick auf die NS-Außenpolitik der Jahre 1933—1939 resümierte Haushofer voller Genugtuung, wie schnell die „politische Tat“ die „Richtigkeit geopolitischer Schicksalskündigung“ erwiesen habe.

In Verkennung seiner wirklichen Bedeutung dozierte er vor der Deutschen Akademie im Jahre 1940: Wenn nunmehr das Großdeutsche Reich in seiner vielleicht „größten Daseinsgefahr“ geeint auf so „viel festerem geopolitischen Boden mit geschützter Ostfront“ stehe als das kurzlebige Zweite Reich von 1871 bis 1914, so hätten daran gewiß die „Ansätze zu geopolitischer Volkserziehung und die intensive Auswertung der Weltkenntnis der politischen Erdkunde“ ihren bescheidenen Anteil. Auch diese Äußerung enthüllte einmal mehr den Wunsch als Vater des Gedankens.

Unterschiede in den Endzielvorstellungen

Indessen gab es auch in der Frage nach der Ziel-Mittel-Relation zwischen der NS-Füh-

rung und Karl Haushofer gravierende Unterschiede, mögen diese auch erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges deutlich geworden sein. Solange die Nationalsozialisten mit verdeckten Karten spielten und eine Strategie grandioser Selbstverharmlosung verfolgten, blieb es ein schwieriges Unterfangen, diese zu erkennen. Der Kampf um die rassistische „Neuordnung Europas“ mit qualitativ veränderten Wertbegriffen war für Hitler unlösbar mit dem weltanschaulichen Vernichtungskrieg gegen das Judentum und den Marxismus verbunden. Der revolutionäre Kampf gegen die „Weltverderber“, die „Entmachtung“ der Rassenfeinde, konnte und mußte mit allen „inhumanen“ und „ungerechten“ Mitteln geführt werden, wenn dabei nur die „Rettung Deutschlands“ gelang. Solange die „pax germanica“ nicht gesichert war, gab es keinen Unterschied zwischen Krieg und Frieden.

Wengleich sich Haushofer auch meist zweideutig oder bildhaft auszudrücken pflegte und ebenfalls taktisch zu argumentieren verstand, seine Endzielvorstellungen waren — sicherlich je nach politischer Lage variierend und kühner prognostiziert — mit denen des Nationalsozialismus nicht identisch, mag es auch partielle Gemeinsamkeiten gegeben haben. Der Geopolitiker, dessen Denken und Handeln — wie bei vielen konservativen Zeitgenossen — von dem tiefen Versailles-Trauma („Volk in Ketten“, „Knechte der Angelsachsen“ und der „Ruin des Reiches“) durchdrungen war, dachte in den Kategorien traditioneller imperialistischer Machtpolitik.

Ausgehend von konzentrischen Kreisen, sah Haushofer im Innern den „festgeballten Kern“ des totalen Staates, um diesen herum zunächst den amtlichen (diplomatischen) Außendienst, sodann die Auslandsorganisation zur Erfassung der Reichsdeutschen in der Welt, und als äußeren Ring die Volksdeutschen, gewissermaßen als vorgeschobene Bastion, straff organisiert. Jenseits derselben sollte seiner Meinung nach die Kulturpolitik der Deutschen Akademie wirken, in enger Fühlung mit dem „obersten Willensträger“, bittend, werbend und überzeugend, mit dem Ziel, dem Deutschtum Halt, Unterstützung und dem besonders gefährdeten Grenzland die notwendige geistige Rüstung zu bieten.

Für Haushofer war der Kampf um die Weltgeltung der deutschen Kultur vordringlich. Die Vorstellung von dem künftigen Reich, in

dem alle Deutschen und möglicherweise alte deutsche Kulturlandschaften wieder vereint waren, beherrschte ihn zeit seines Lebens. Ohne diese näher zu präzisieren, gebrauchte er in diesem Zusammenhang Vokabeln, die ihn lange Zeit auf eine Stufe mit den Nationalsozialisten zu stellen schienen, zumal er Kriege als ultimo ratio für den Kampf um „gerechten Lebensraum“, im Sinne des Naturgesetzes der „wachsenden Räume“, nicht ausgeschlossen hat. Es ist anzunehmen, daß ihm als letztes Ziel vorgeschwebt hat, die Volksgrenzen mit den Staatsgrenzen in Übereinstimmung zu bringen, um damit die Großmachtstellung Deutschlands für die Zukunft zu sichern. Freilich: was ihm und seinesgleichen die Erfüllung der deutschen Geschichte bedeuten mochte, war für die NS-Führung kaum mehr als eine weitere Etappe auf dem Wege zur rassistischen „Neuordnung des europäischen Kontinents“ („Großgermanisches Reich“).

Als Hitler ab 1939 mit Mitteln der militärischen Gewalt immer kühner und rücksichtsloser ausgriff, war Karl Haushofer völlig deprimiert ob der „mechanischen Kräfte“, die damit gesiegt hätten. Das hatte er nicht gewollt, schon gar nicht eine „Herrschaft der Bajonette“ in Europa, eine Assimilierung fremder Volksteile und einen Krieg gegen die Sowjetunion, der ja seiner Konzeption vom weltumspannenden Bündnissystem zwischen Deutschland, der UdSSR und Japan zur Abwehr der angelsächsischen Koalition widersprach. —

Wie immer auch das künftige Urteil über den Geopolitiker ausfallen mag, unbestreitbar bleibt die Tatsache, daß Haushofer durch seine unablässigen Lebensraum- und Kampfpaparn dazu beigetragen hat, den Boden für den Aufstieg des NS-Systems geistig aufzubereiten und die außenpolitischen Ziele der Nationalsozialisten partiell (bis 1939) zu rechtfertigen. Damit leistete er einen Beitrag zur Glaubwürdigkeit der NS-Herrschaft, d. h. eines Systems, das mit seiner Politik die Katastrophe von 1945, die Teilung Deutschlands und Europas entscheidend verursacht hat. Von dieser moralischen Mitschuld wird ihn die Geschichte wohl kaum freisprechen können. 1939 hat er das kommende Unheil erahnt, und 1940 wurde es ihm zur Gewißheit. Jetzt setzte er alle seine Hoffnungen auf die von ihm unterstützten geheimen Friedenssondie-

rungen seines Sohnes Albrecht; auch der „leiseste Strahl“ sollte genutzt werden, um mit England zu einem Arrangement zu kommen. Aber vergeblich: Das Rad der Geschichte ließ sich nicht mehr anhalten. Albrecht Haushofer drückte dies auf seine Weise aus:

„... mit vollen Segeln jagten sie das Boot im Sturm hinein in klippenreichen Sund, mit Jubelton verfrühter Siegeskunde — nun scheitern sie — und wir. In letzter Not versuchter Griff am Steuer ist mißlungen. — Jetzt warten wir, bis uns die See verschlungen.“

Zum Verhältnis von Geschichts- und Politikunterricht

Politische Bildung im Fächerverbund

I. Einleitung: Fragestellung und Absicht

Geschichte ist wieder gefragt. Das „Tief“ der endsechziger und frühen siebziger Jahre scheint überwunden, wenn historische Ausstellungen sich eines unerwartet hohen Besucherstromes erfreuen und wenn Politiker bis hinauf zum Bundespräsidenten sich für Erhaltung und Intensivierung des Geschichtsunterrichts einsetzen. Der Didaktiker der politischen Bildung müßte sich, sofern er Politik nicht völlig unhistorisch verstanden und damit mißverstanden hat, über diese Entwicklung uneingeschränkt freuen, mischten sich in die Diskussion nicht häufig deutliche Akzente der Mißachtung politischer Bildung und polemische Töne gegen „die Politologen und Soziologen“ als die angeblich Schuldigen des Verlusts an geschichtlichem Sinn.

Nun ist leider nicht zu bestreiten, daß Versuche einer unhistorischen Vereinnahmung der Geschichte für vorgebliche Ziele politischer Bildung letztere in den Augen vieler in Mißkredit gebracht haben. Aber die Wirksamkeit von Bildungsinstitutionen und Unterricht wird maßlos überschätzt, wenn man annimmt, ein vermeintlicher oder tatsächlicher Mangel an Geschichtsbewußtsein sei in erster Linie einem mangelhaften Geschichtsunterricht zur Last zu legen und durch dessen Intensivierung zu beheben. Gleichwohl müßten die Didaktiker der Geschichte und des Politikunterrichts sich gemeinsam darum bemühen, daß wir endlich aus der falschen Frontstellung herauskommen, in der die Disziplinen so gegeneinander ausgespielt werden, als könne die eine ihre Leistungen auf Kosten der anderen optimieren. Eben dies geht nicht, weil beide am gleichen Strang ziehen, nämlich an der Aufklärung des geschichtlich-politischen Bewußtseins arbeiten.

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich dies beiderseits herumspricht. So ist die für die fünfziger und die frühen sechziger Jahre typische Klage völlig verstummt, der Sozialkunde- oder Politikunterricht erschöpfe sich in Zeitgeschichte, statt sich sozialwissenschaftlich

auszurichten. Inzwischen rufen auch Politikdidaktiker nach Wiederbeschäftigung beispielsweise mit dem Nationalsozialismus und mit der Deutschen Frage seit 1945, wenn auch der Kurzschluß nicht überall behoben scheint, damit sei die Aufgabe geschichtlicher Bildung im Rahmen politischer Bildung im wesentlichen erfüllt. Andererseits spricht man heute, nach einer Zwischenperiode der Verkrampfung, auch unter Historikern wieder von der politischen und der didaktischen Dimension der Historie und der Geschichtsschreibung¹⁾.

Ich sage „wieder“, weil die gesellschaftlich-politische Relevanz der Geschichtsschreibung lange vor dem Streit um Curricula und Gesellschaftslehre gründlich erörtert wurde. *Walther Hofer* sprach schon 1956 von einem Dreiklang zwischen Geschichte, Philosophie und Politik. Er wies nach, daß dieser Dreiklang bei großen Historikern wie Ranke und Meinecke herrschte, und er versuchte, ihn für das Geschichtsdenken der Nachkriegszeit zu erneuern. Die Notwendigkeit dieses Dreiklangs begründete er aus der Perspektivität der Historie, welche aus der Gegenwartssituation unter bestimmten philosophischen Überzeugungen Fragen an die Geschichte stelle²⁾.

Andere namhafte Historiker wie *Hermann Heimpel* und *Reinhard Wittram* steuerten damals vergleichbare Überlegungen zu dieser Diskussion bei³⁾. Jüngere Historiker bereicherten die Diskussion mit eigenen, weiter-

¹⁾ Die prägnanteste Darstellung des Zusammenhangs von Historie und Didaktik findet man in den Beiträgen zu *Erich Kosthorst* (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft. Didaktik — Forschung — Theorie*, Göttingen 1977.

²⁾ *Walther Hofer*, *Geschichte zwischen Philosophie und Politik. Studien zur Problematik des modernen Geschichtsdenkens*, Stuttgart 1956.

³⁾ *Hermann Heimpel*, *Der Mensch in seiner Gegenwart. Sieben historische Essays*, Göttingen 1954; *Reinhard Wittram*, *Das Interesse an der Geschichte*, Göttingen 1958.

führenden Überlegungen⁴⁾. Insgesamt kristallisierte sich aus diesen Erörterungen damals ein doppeltes Ergebnis heraus: Einerseits ergab sich eine Revision des deutschen Geschichtsdenkens, das vor allem durch die Verbindung von Historismus und national-konservativer Weltanschauung geprägt war; andererseits versuchte man, dem unvermeidlichen Ineinander von Geschichtsbild und Gegenwartserhellung positive Seiten abzugewinnen.

Nach Waldemar Besson hatte sich die Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert geradezu zur Wissenschaft vom Nationalstaat entwickelt. Das Nationale war die vorherrschende politische Idee, und der Nationalstaat als historische Individualität schien der der historischen Methode angemessene Gegenstand. Der national-konservative Historismus verlor aber in seiner späteren unkritischen Hingabe an den nationalen Machtstaat mehr und mehr sowohl den universalen Aspekt als auch letztgültige ethische Maßstäbe, so daß man ihm Idealisierung der Macht, Heroisierung des Krieges, Nationalismus und Entfremdung von Westeuropa vorwerfen konnte. Damit war der Boden bereitet für die völlige Pervertierung seiner ursprünglichen sittlichen Gehalte durch totalitäre Ideologien⁵⁾.

Die zweite Aufgabe dieser Revision deutschen Geschichtsdenkens in der Nachkriegszeit war es, die Frage zu beantworten, welche anderen Leitideen an die Stelle der überholten treten sollten. In diesem Zusammenhang plädierte man im wesentlichen für die Öffnung zu europäischer und universalgeschichtlicher Betrachtung, für die Wiederbelebung des Naturrechtsdenkens und für den Wiederanschluß an die aufklärerischen und demokratischen Traditionen der westlichen Demokratien.

Auf diese Weise versuchte die Nachkriegskritik der historischen Vernunft, den notwendigen inneren Zusammenhang zwischen Geschichtsbetrachtung, Philosophie und Politik neu zu durchdenken, und sie wußte sich mit bedeutenden Historikern darin einig, daß Geschichtsbetrachtung und Gegenwartsbewußtsein sich gegenseitig bedingen. Sie bejahte ganz bewußt den politischen Impuls, der aus der Gegenwartssituation zu neuen Fragen an die Geschichte führte, und sie sah in der Geschichte insoweit eine politische Wissenschaft, als sie zur Gegenwartserhellung und damit zur sachgerechten Vorbereitung politischer Entscheidungen beitragen könne⁶⁾.

Die Geschichtsdidaktik hat diese Ansätze damals leider zu wenig aufgegriffen, erstaunlicherweise auch nicht in Ausfüllung der Saarbrücker Rahmenvereinbarung der KMK von 1960 über die „Gemeinschaftskunde“ der gymnasialen Oberstufe. Diese Vereinbarung bot damals durchaus die Chance, eine den beteiligten Fächern (Geschichte, Sozialkunde, Erdkunde) angemessene fächerübergreifende „historisch-politische Weltkunde“ zu entwickeln⁷⁾. Gewiß griffen Versuche einer nur stofflich orientierten Koordinierung der Fächer zu kurz, wirkten häufig gezwungen. Nach Jahren intensiver Curriculum- und Lernziel Diskussion sieht man das klarer. Andererseits hat aber eben diese Diskussion, weil sie überlagert wurde durch weltanschaulich-politische und wissenschaftstheoretische Positionskämpfe, die Konflikte eher verschärft und die Fronten vermehrt. Diese laufen heute auch quer durch die Fächer⁸⁾.

So ist das Verhältnis der wissenschaftlichen Disziplinen und der Schulfächer zueinander und zu den Aufgaben politischer Bildung nach wie vor unklar und strittig. Für den Bereich der Schule ist es weithin bei dem polarisierenden Schlagwort „Fächerintegration“ geblieben, weil Befürworter wie Gegner der Integration zu pauschal argumentierten, weil

⁴⁾ Waldemar Besson, *Geschichte als politische Wissenschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 46/62; derselbe, *Zur gegenwärtigen Krise der deutschen Geschichtswissenschaft*, in: *Gesellschaft — Staat — Erziehung*, 1963, Heft 3; Hans Mommsen, *Politische Wissenschaft und Geschichtswissenschaft*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Heft 4/1962. Dazu ferner das von Waldemar Besson erstmals 1961 herausgegebene *Fischer-Lexikon „Geschichte“*.

⁵⁾ Vgl. Besson und Mommsen in den genannten Aufsätzen; ferner Hofer, a. a. O., S. 15 ff., S. 26, S. 134 ff.

⁶⁾ Vgl. Hofer, a. a. O., S. 129 ff., S. 168 ff., ferner Besson und Mommsen sowie die Aufsätze: *Historismus, Historische Methode, Historisches Denken der Gegenwart, Universalgeschichte*, im genannten *Fischer-Lexikon*.

⁷⁾ Als herausragenden Versuch vgl. Karl Dietrich Erdmann, *Entwurf einer historischen Gegenwartskunde*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1963, S. 28 ff.

⁸⁾ Vgl. Karl Ernst Jeismann, *Historischer und politischer Unterricht*, in: Rolf Schörken (Hrsg.), *Zur Zusammenarbeit von Geschichts- und Politikunterricht*, Stuttgart 1978, S. 16.

sie nicht genügend differenzierten zwischen der Ziel-, der Inhalts- und der Methodenebene, für die die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der Integration jeweils verschieden zu beantworten ist. Für die Richtlinien- und Lehrplanentwürfe der Länder scheint der Hauptstreitpunkt immer noch das Ja oder Nein zur Integration bzw. zu einem „selbständigen Geschichtsunterricht“ zu sein, während die fachdidaktische Diskussion inzwi-

schen viel differenzierter geworden ist und auch den Schulpolitikern und Ministerialbeamten Hilfen liefern könnte, aus dem Streit um falsche Alternativen herauszukommen⁹⁾. Im folgenden soll anhand einer Reihe unbestrittener didaktischer Prinzipien (Kategorialer Zugriff, Betroffenheit, Problemorientierung, Rationalität) ein Beitrag zur Klärung des Verhältnisses von Geschichts- und Politikunterricht vorgelegt werden.

II. Kategorien politischer und geschichtlicher Bildung

Gehen wir mit Hilfe eines Beispiels von der wohl nirgends in der didaktischen Diskussion bestrittenen Annahme aus, der Politikunterricht solle sich mit permanent aktuellen Problemen unserer Zeit und Gesellschaft befassen. Das als Beispiel gewählte Thema sei die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Kapitalgesellschaften. Eine didaktische Erschließung dieser recht komplexen und strittigen Problematik muß sich, wenn sie über Informationsvermittlung und -bearbeitung zu rationaler, begründeter Urteilsbildung als Voraussetzung politischen Engagements führen soll, einer Reihe politischer Kategorien bedienen, die als Schlüsselfragen zur Analyse politischer Probleme und Konflikte fungieren.

Auf der Ebene der *Wirklichkeits- oder Situationsanalyse* sind das in etwa die Fragen nach den Beteiligten und Betroffenen, nach den widerstreitenden Interessen und Interpretationen, nach sozialstrukturellen Bedingungen, nach geltenden Regelungen, nach der geschichtlichen Herkunft der Problematik. Im Übergang zur *Erörterung politischer Möglichkeiten* muß nach den ökonomisch-sozialen und politischen Machtverhältnissen gefragt werden, nach den ins Spiel kommenden Institutionen, nach Koalitions- und Durchsetzungs- sowie Kompromißmöglichkeiten.

Schließlich ist auf der Ebene der *Urteilsbildung und Entscheidungsdiskussion* zu fragen nach Vor- und Nachteilen bestimmter Regelungen, gemessen an Grundwerten wie individuelle und politische Freiheit, soziale Gerechtigkeit, innergesellschaftlicher Friede, nach Zielkonflikten, nach der Legitimität bestimmter Regelungen, nach ihrer Zumutbarkeit, nach Effizienz, Folgen und Verantwortbarkeit¹⁰⁾.

Es soll hier nicht gefordert werden, jede Problemanalyse in dieser Systematik und Abfolge kategorial zu strukturieren. Aber gewiß darf auf die Dauer und im ganzen des Politikunterrichts keine der drei Frageebenen (Wirklichkeits- oder Situationsanalyse, „Möglichkeitenerschließung, Urteils- und Entscheidungsdiskussion) mit den ihnen zugeordneten Kategorien ständig fehlen, wenn der Anspruch politischer Bildung erfüllt werden soll. Denn wie immer man Politik theoretisch-begrifflich faßt, nach allen gängigen Ansätzen hat sie das Ringen um gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen zum Thema, die ihren Ursprung in geschichtlich-gesellschaftlichen Problemlagen und Konflikten haben und unter Interessen-, Ziel- und Legitimitätsaspekten erfolgen.

Was aber sagt unser Beispiel über das Verhältnis von geschichtlicher und politischer Bildung? Geschichtlichkeit ist eine der Grundkategorien zur Analyse des Problems in seinem heutigen Bestand. Die Sache, der Streit um wirtschaftliche Mitbestimmung, ist

⁹⁾ Vgl. insbesondere Joachim Rohlfes, *Umriss einer Didaktik der Geschichte*, Göttingen 1974³; Joachim Rohlfes und Karl Ernst Jeismann (Hrsg.), *Geschichtsunterricht. Inhalte und Ziele*, Stuttgart 1974, Beiheft zu „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“; *Historischer Unterricht im Lernfeld Politik*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 96, Bonn 1973; in dem in Anmerkung 8 ferner genannten Sammelband von Schörken läßt sich die Fortsetzung der Diskussion zwischen den unterschiedlichen Theoriekonzepten verfolgen; vgl. ferner Anm. 16.

¹⁰⁾ Unterschiedliche didaktische Konzepte kategorialer Erschließung von Politik sind: Hermann Giesecke, *Didaktik der politischen Bildung*, Neue Ausgabe, 7. neubearb. Aufl., München 1972; Wolfgang Hilligen, *Zur Didaktik des politischen Unterrichts I*, Opladen 1975; Bernhard Sutor, *Didaktik des politischen Unterrichts*, Paderborn 1973².

nicht adäquat verstehbar ohne die Frage nach ihrer geschichtlichen Herkunft. Daraus könnte man schlußfolgern, die geschichtliche Dimension politischer Bildung bestehe im wesentlichen darin oder erschöpfe sich gar darin, die geschichtliche Entwicklung gegenwärtiger Probleme zu erschließen. Geschichte hätte demnach im Rahmen politischer Bildung die Aufgabe, anlässlich gegenwärtiger Probleme und Konflikte zurückzufragen nach ihrer Entstehung und Entwicklung. Dies muß keineswegs dazu führen, daß Geschichte zum „Steinbruch“ wird, aus dem man sich beliebig Versatzstücke zum interessenbedingten politischen Gebrauch holt. Die Analyse der geschichtlichen Herkunft gegenwärtiger Probleme kann durchaus den Erfordernissen historischer Methode genügen. Auch kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß in solcher Erklärung ein wesentlicher Beitrag der Geschichte zur politischen Bildung zu sehen ist. Dennoch erschöpft sich der Beitrag der Geschichte zur politischen Bildung nicht in der Erfüllung dieser Aufgabe. Dagegen sprechen zwei gewichtige Einwände, von denen der erste noch an unserem Beispiel entwickelt werden kann.

Will man die geschichtliche Dimension des aktuellen Streitens um die wirtschaftliche Mitbestimmung erfassen, so steht man zunächst vor der Frage, wie weit man zurückgreifen kann, soll oder muß. Man kann mit der Nachkriegszeit einsetzen, indem man aufarbeitet, welche Regelungen in dieser Hinsicht die Alliierten in Deutschland getroffen haben, welche der deutsche Gesetzgeber zu Beginn der fünfziger Jahre. Man kann aber auch mit gutem Recht bis in die Anfänge der industriellen Revolution zurückgehen und das Verhältnis von Kapitalbesitzern und Arbeitnehmern als ein grundlegendes Strukturproblem der Industriegesellschaft herausarbeiten. Damit gewinnt aber die Genese unseres Problems schon vom Umfang her den Charakter eines eigenen Themas, das unterrichtsorganisatorisch und unterrichtsmethodisch nicht mehr in das aktuell-gegenwärtige Problem einzuordnen ist. Allgemeiner ausgedrückt: *Man kann Geschichte nicht gleichsam nebenher bei Gelegenheit aktueller Probleme und Konflikte abhandeln*; Kreuzworträtselwissen ist nicht Geschichtsverständnis.

Der zweite Einwand ist noch gewichtiger, weil grundsätzlicher. Die geschichtliche Dimension des Aktuell-Politischen betrifft nicht nur das einzelne Thema, das einzelne Pro-

blem in seiner Geschichtlichkeit. Nicht nur die Kategorie der Geschichtlichkeit, deren Unentbehrlichkeit für das Verständnis politischer Probleme wir erkannt haben, repräsentiert die geschichtliche Dimension des Politischen; vielmehr sind *alle anderen Kategorien zur Analyse, zum Verstehen und Beurteilen von Politik ebenfalls von geschichtlichem Charakter*. Die heute einander widerstreitenden Interessen und ihre Interpretation, die daraus eventuell geronnenen Ideologien, die sozialen Strukturen, die die Konflikte bedingen, das geltende Recht und die beteiligten Institutionen, die Machtverhältnisse, unsere Vorstellungen von Zumutbarkeit und Legitimität, von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und innergesellschaftlichem Frieden, alles dies ist selbst geschichtlich geworden und bedarf daher um politischer Bildung willen ebenfalls der historischen Erklärung.

Bildhaft ausgedrückt heißt dies: Geschichte trifft nicht wie in einem Punkt auf unsere Gegenwart, sondern bestimmt diese als ein breiter Strom. Sie ist daher auch nicht punktuell von einzelnen Problemen und Konflikten unserer Gegenwart her angemessen erfassbar. *Die Folgerung daraus lautet*: Nicht erst um einer allgemeinen Menschenbildung willen, zu der man mit gutem Grund geschichtlichen Sinn wird rechnen müssen, sondern schon im Hinblick auf unsere politische Selbstvergewisserung und unsere Orientierung in der Gegenwart, also um politischer Bildung willen darf Geschichtsunterricht nicht reduziert werden auf die Erklärung der Genese heutiger Probleme; er muß vielmehr didaktisch-kategorial eigenständig gefaßt werden, was gerade nicht heißt, ihn von den Aufgaben politischer Bildung abzukoppeln.

Ich erspare es mir, die Kategorien der Geschichtsbetrachtung und die in ihnen enthaltenen „Lernpotentiale“ hier in gleicher Weise zu entwickeln. Es liegen dazu aus der Geschichtsdidaktik beachtenswerte Beiträge vor¹¹⁾. Es soll hier nur kurz begründet werden, weshalb die Kategorien zum Teil mit denen des Politikunterrichts übereinstimmen, zum Teil aber auch davon abweichen. Die Historie hat es wie die Sozialwissenschaften mit sozialen und politischen Fakten und Ereignissen, mit Prozessen und Strukturen, mit Entscheidungen zu tun; sie hat also, soweit man all dieses in unserer Gegenwart auf-

¹¹⁾ Vgl. die in den Anmerkungen 9 und 16 genannten Titel.

sucht, das gleiche *Materialobjekt* wie die Sozialwissenschaften. Die Übereinstimmung im *Materialobjekt* wird noch stärker, wenn die Sozialwissenschaften Gegenstände zu ihrer Untersuchung aus der Vergangenheit wählen. Aber Historie und Sozialwissenschaften betrachten die ihnen zum Teil gleichen Gegenstände (ihr *Materialobjekt*) unter je eigenem, spezifischem Aspekt; sie haben ihr spezifisches *Formalobjekt*, und eben dies macht sie zu unterscheidbaren wissenschaftlichen Disziplinen. *Karl Ernst Jeismann* sieht den Unterschied zwischen den Fächern und Disziplinen in ihrer „Erkenntnisrichtung“, die durch Auswahl, Verknüpfung, Sinnbezüge, Deutung den „Gegenstand“ der Wissenschaft erst eigentlich konstituiert¹²⁾. *Jeismann* beschreibt damit nichts anderes als das, was die traditionelle Logik als *Formalobjekt* bezeichnet.

Des näheren sieht *Jeismann* Sozialwissenschaften und Politikunterricht aus einem unmittelbaren Gegenwartsbezug konstituiert, aus der Absicht, Gegenwart zu erkennen, zu deuten und Entscheidungen in dieser Gegenwart zu begründen. Das bedürfte sicher noch der Präzisierung, wobei man auch zwischen einzelnen Sozialwissenschaften unterscheiden und die Frage erörtern müßte, welche dieser Disziplinen in erster Linie als Bezugswissenschaft des Politikunterrichts gelten sollte. Nach meinen Vorstellungen sollte das nicht ein sozialwissenschaftliches Konglomerat sein, weil so ein Schulfach keine didaktisch klare Gestalt gewinnt. Vielmehr muß man wohl der Politikwissenschaft hier die Leitfunktion zubilligen, wobei dann freilich für das Verständnis und Konzept von Politikunterricht alles vom Politikbegriff abhinge. Das soll hier nicht weiter erörtert werden¹³⁾.

Jedenfalls stimme ich *Jeismann* in der allgemeinen Beschreibung der für Politikunterricht konstitutiven Fragerichtung zu: Es geht um Analyse, Verstehen, Beurteilen gegenwärtiger gesamtgesellschaftlicher, das heißt politisch zu bewältigender Aufgaben, zu denen der heranwachsende Staatsbürger ein rational begründbares und auf Beteiligung zielendes Verhältnis gewinnen soll. Ich stimme *Jeismann* ferner darin zu, daß dies nicht die Fragerichtung der Historie und des Geschichtsunterrichts ist. Geschichtswissenschaft richtet sich in ihrem Erkenntnisinteresse „unmittel-

bar auf die Vergangenheit als Vergangenheit“¹⁴⁾. Ähnlich *Karl-Georg Faber*: „Die den Historiker interessierende Geschichte umfaßt menschliches Tun und Leiden in der Vergangenheit.“¹⁵⁾ Dies ist von beiden Autoren nicht zur Begründung eines antiquarischen Geschichtsinteresses gesagt, denn alles Vergangene kann grundsätzlich von Bedeutung sein für menschliches Selbstverständnis und für Gegenwartserhellung, auch dort, wo unmittelbare Nachwirkungen nicht in die Augen springen. „Die Geschichtswissenschaft begreift diese Vergangenheit als ‚Explikation des Humanum‘, dessen Wahrnehmung die Möglichkeit der Gegenwartserfahrung übersteigt.“¹⁶⁾

Geschichtsbetrachtung kann die in ihren Kategorien enthaltenen Lernpotentiale nur entfalten, wenn sie nicht zum Annex von Gegenwartsanalyse verkümmert. Die Grundkategorie der Zeit, didaktisch umgesetzt in die Erfahrung des Prozeßhaften, in die Erfahrung von Dauer und Wandel, von Veränderbarkeit und „langer Dauer“; die dialektisch einander zugeordneten Kategorien von Ereignis und Struktur, didaktisch umgesetzt in die Erfahrung der Mehrdimensionalität und Komplexität von Geschichte, in die Erfahrung unterschiedlicher Formen geschichtlicher Kausalität (Ursache-Wirkungs-Zusammenhang, strukturelles Bedingungsgefüge, intentionaler Handlungszusammenhang); die Grundkategorie geschichtlicher Kontingenz, didaktisch umgesetzt in die Erfahrung, daß Geschichtliches nicht notwendigerweise so ist, wie es nun einmal geworden ist, daß Geschichte nicht auf Geschichte der Sieger reduziert werden darf und daß sie von den Handelnden verantwortet werden muß; diese und andere kategoriale Einsichten lassen sich nur vermitteln und gewinnen, wenn Geschichtsunterricht Zeit und Gelegenheit hat, sich auf geschichtliche Phänomene thematisch eigenständig einzulassen¹⁷⁾.

Es sind dies alles aber, wie man unschwer erkennen kann, Leistungen des Geschichtsunterrichts, die zugleich von großer Bedeutung

¹⁴⁾ *Jeismann* bei Schörken (vgl. Anmerkung 8), S. 31.

¹⁵⁾ *Karl-Georg Faber*, *Theorie der Geschichtswissenschaft*, München 1971, S. 35.

¹⁶⁾ *Jeismann* bei Schörken (vgl. Anmerkung 8), S. 31; ferner: *Behrmann/Jeismann/Süssmuth*, *Geschichte und Politik. Didaktische Grundlegung eines kooperativen Unterrichts*, Paderborn 1978, S. 17 f., über Inhalte des Geschichtsunterrichts.

¹⁷⁾ Vgl. *J. Rohlfs* in der in Anmerkung 9 genannten Schrift der Bundeszentrale, S. 86 ff.; ferner meinen in Anm. 33 genannten Aufsatz.

¹²⁾ *Jeismann* bei Schörken (vgl. Anmerkung 8), S. 30 f.

¹³⁾ Vgl. meine in Anmerkung 10 genannte Didaktik, bes. S. 39 ff. und S. 166 ff.

für politische Bildung sind. Denn ohne diese Einsichten in den Prozeßcharakter menschlichen Daseins in der Gesellschaft; in die strukturelle Bedingtheit punktueller Situationen und Ereignisse; in den Unterschied zwischen nachweisbarer Kausalität, strukturellem Erklären und sinnverstehendem Interpretieren; in Möglichkeit und Begrenztheit freien, verantwortlichen Handelns der Men-

schen in den Bedingungen ihrer Zeit; ohne alle diese Einsichten, sage ich, wird einerseits Geschichtsverständnis reduziert auf die wohlfeile und banale Formel „historisch geworden, also veränderbar“; wird andererseits politisches Urteilen zu einem Hantieren mit ahistorischer Meßlatte, mit letztlich inhumanen sozialwissenschaftlichen Modellen oder mit ideologischen Konstrukten.

III. Subjektive Betroffenheit

Daß Bildungsbemühungen bei der subjektiven Betroffenheit ihrer Adressaten ansetzen sollen, das heißt, von deren Bewußtseinslage, Fragen, Neigungen und Interessen ihren Ausgang nehmen sollen, ist eine alte didaktische und lernpsychologische Forderung, die schon in *Georg Kerschensteiners* Grundaxiom des Bildungsprozesses enthalten ist, heute freilich ganz stark im Vordergrund der Diskussion steht. Im ersten Hinblick könnte man der Meinung sein, der Politikunterricht könne dieser Forderung viel leichter Rechnung tragen als der Geschichtsunterricht, geht es doch in ersterem um die Probleme unserer eigenen Zeit und Gesellschaft. Bei genauerem Zusehen jedoch erweist sich diese Meinung als Irrtum, und zwar nicht nur wegen der inzwischen schmerzlich erfahrenen Schwierigkeit, abstrakte und komplexe gesellschaftliche Verhältnisse in den Interessenhorizont der Schüler zu bringen. Wichtiger ist es zu sehen, daß es auch in Geschichtsbetrachtung um *unsere* Probleme geht.

Jeder Versuch der empirischen Orientierung über die subjektive Betroffenheit der Adressaten geschichtlich-politischer Bildung muß von dem Tatbestand ausgehen, daß *geschichtliches und politisches Bewußtsein unauflösbar ineinander verschränkt* sind. Das Selbstverständnis von Individuen und Gruppen im sozialen Mit- und Gegeneinander enthält Elemente politischen Bewußtseins, wo es sich sozialer Handlungsprobleme bewußt wird; und es enthält Elemente geschichtlichen Bewußtseins, wo es sich auf Vergangenes bezieht und Einstellungen zu Vergangenen entwickelt. Wohl niemand lebt völlig ohne Geschichtsvorstellungen, seien sie noch so rudimentär und irrational; und je bewußter jemand in seiner Gegenwart lebt, um so mehr sucht er seine Identität in Auseinandersetzung mit Vergangenen, das er als wirksam erfährt.

Interpretation von Vergangenheit und Gegenwart stützen und ergänzen sich gegenseitig.

In gesteigerter Form ist dieses Ineinander greifbar bei sozialen und politischen Gruppen sowie in der Auseinandersetzung zwischen ihnen. Politisches Wollen deutet Geschichte durch den historischen Vergleich, die Parallele, den erinnernden Appell, im Symbol; Geschichte wird zum Arsenal für Argumente, für Legitimationsgründe, für Identifikationselemente, für politische Ideologien. Weil Mensch und Gesellschaft prinzipiell geschichtlich verfaßt sind, muß sich das Selbstverständnis der Menschen in ihren sozialen Bezügen in einer Einheit geschichtlich-politischen Bewußtseins artikulieren. „Ein historisch-politisches Standortwissen ist gleichsam ‚sprungbereit‘ von seiner Deutung der Geschichte und der gegenwärtigen Situation her auf die Zukunft gerichtet.“¹⁸⁾ Da Vergangenheit in der Gegenwart wirksam ist, müssen wir als handelnde Wesen uns des Vergangenen vergewissern, um die Gegenwart begreifen und ihre Probleme bewältigen zu können. *Daher ist Geschichte mehr als Vergangenheit:* „Geschichte ist derjenige Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart, den handelnde Individuen und Gruppen reflektieren müssen, wenn sie ihr Handeln sinnhaft in einer Zukunftsperspektive orientieren wollen.“¹⁹⁾

Die Didaktik unserer beiden Fächer muß also den Versuch machen, die subjektive Betroffenheit der Adressaten geschichtlich-politischer Bildung aus diesem Zusammenhang zu

¹⁸⁾ Arnold Bergsträsser, *Geschichtliches Bewußtsein und politische Entscheidung*, in: *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein*, Festschrift für Hans Rothfels, Göttingen 1963, S. 14.

¹⁹⁾ Jörn Rüsen, *Historik und Didaktik*, bei Kothorst (vgl. Anmerkung 1), S. 48; vgl. ferner Behrmann/Jeismann/Süssmuth (Anmerkung 16), S. 55 ff., und Jeismann bei Schörken (Anmerkung 8), S. 31 f.

verstehen bzw. auf diesen Zusammenhang zu beziehen. Damit würde deutlicher, was einleitend schon gesagt wurde, daß die beiden Disziplinen am gleichen Strang ziehen, nämlich an der Aufklärung des geschichtlich-politischen Bewußtseins arbeiten. Sie tun dies mit teils gemeinsamem, teils unterschiedlichem kategorialem und methodischem Instrumentarium; aber man darf nicht dem Geschichtsunterricht die Vergangenheit, dem Politikunterricht Gegenwart und Zukunftsprobleme in der Weise getrennt zuteilen, als hätten beide Sehweisen nichts miteinander zu tun. Es handelt sich vielmehr um zwei zu unterscheidende Seiten einer Aufgabe.

Deutlicher wird damit auch, daß die Aufgabe nicht erlaubt, im Horizont der subjektiven

Betroffenheit unserer Adressaten stehen zu bleiben. Vielmehr geht es darum, die subjektiven Fragen und Interessen so zu erweitern, daß Fragen, Interessen und Erfahrungen anderer, auch anderer sozialer Gruppen und anderer Zeiten, als für die Bewältigung unserer Handlungsprobleme fruchtbar erfahren werden können. Lernen heißt Horizonterweiterung; geschichtlich-politisches Lernen heißt, die eigene biographisch-soziale Situation in den Zusammenhang der Situationen sozialer Gruppen zu bringen, denen man angehört, und deren gemeinsame Handlungsprobleme zu erfassen. Objektive Betroffenheit, Problemorientierung erweist sich so als das nächste didaktische Prinzip, dem wir uns zuwenden müssen.

IV. Problemorientierung (Objektive Betroffenheit)

Es geht hier um die Frage nach Aspekten zur Bestimmung der Gegenstände geschichtlich-politischer Bildung. Man wird zwar nicht damit rechnen können, daß die didaktische Diskussion zu Kriterien der Auswahl im strengen Sinn führen wird; aber es lassen sich doch Bestimmungsgründe für Inhalte angeben, die die Brücke schlagen von subjektiver zu objektiver Betroffenheit. Im Horizont subjektiver Betroffenheit stehen Auswahlkriterien im Vordergrund wie Bezug zur Umwelt der Adressaten, Handlungsprobleme und Handlungsmöglichkeiten in dieser Umwelt, Motivationspotential von Gegenständen. Dagegen ist im Horizont objektiver Betroffenheit zu fragen nach permanent aktuellen Problemen, mit denen geschichtlich-politische Bildung die Auseinandersetzung suchen muß.

Die Frage hat mehrere Dimensionen: In *gesellschaftlich-politischer Dimension* ist zu fragen nach gegenwärtigen Grundproblemen unserer Zeit; in *pädagogischer Dimension* ist zu fragen nach der Zukunftsbedeutsamkeit von Gegenständen und Problemen für unsere Schüler; in *normativer Dimension* läßt sich die Frage präzisieren, indem man die Probleme zu definieren versucht mit Hilfe unserer allgemein anerkannten politischen Grundwerte und Ziele (individuelle und politische Freiheit, soziale Gerechtigkeit, inner- und zwischenstaatlicher Friede). Für die gymnasiale Oberstufe muß im Hinblick auf die Aufgabe der Studienvorbereitung und Wissenschaftspropädeutik eine *wissenschaftliche Di-*

mension hinzugefügt werden, nämlich die Frage nach inhaltlich-methodischer Relevanz von Gegenständen für die Einführung in Grundbegriffe, Grundfragen und Methoden sozial- und politikwissenschaftlichen sowie historischen Arbeitens²⁰). In *geschichtlicher Dimension* schließlich läßt sich unsere Frage nach den permanent aktuellen Gegenwartsproblemen umformulieren in die Frage nach zeitgeschichtlicher Bedeutsamkeit.

Für den *Politikunterricht* läßt sich mit Hilfe dieser Auswahlaspekte zwar kein geschlossener Kanon notwendiger oder verbindlicher Themen formulieren; dies ist auch gar nicht wünschenswert, weil die Dimension der subjektiven Betroffenheit die Formulierung konkreter Themen immer nur in bezug auf bestimmte Lerngruppen und auf bestimmte Situationen sinnvoll erscheinen läßt. Aber die Auswahlaspekte eröffnen die Möglichkeit, unsere Gegenwartsprobleme inhaltlich soweit zu beschreiben, daß die Verklammerung der

²⁰) Dies ist im wesentlichen eine Frage nach dem Stand der Forschung und nach der Materiallage. So ist z. B. in der Geschichtswissenschaft die Zeit der Römischen Revolution, der Übergang von der Republik zur Kaiserzeit besser erforscht und materialiter im Unterricht besser zugänglich als etwa die Kaiserzeit selbst. Gegenstände, an denen Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Fächer im Kategorialen und im Methodischen gut demonstrierbar wären, sind z. B. neuzeitliche Revolutionen, das Scheitern der Weimarer Republik oder der Komplex Faschismus/Nationalsozialismus/Totalitarismus.

Dimensionen subjektiver und objektiver Betroffenheit gesichert werden kann. Wie konkret, aktuell und situationsbezogen Themen politischer Bildung auch immer gefaßt sein mögen, sie stehen doch stets im Horizont unserer allgemeinen Gegenwartsprobleme, und politische Bildung muß dies aufzeigen. Das heißt, sie muß vorstoßen zu dem allgemeinen politischen Problemhorizont unserer Zeit, der beschrieben werden kann mit der Frage, wie inner- und zwischengesellschaftlicher Friede heute in Freiheit und in sozialer Gerechtigkeit ermöglicht und gesichert werden kann. Die daraus sich ergebenden Interessenkonflikte, die daraufhin konkurrierenden politischen Ordnungskonzepte und die darauf zielenden politischen Entscheidungen machen in summa die Gegenstände politischer Bildung aus ²¹⁾.

Für die Frage nach den *Inhalten geschichtlicher Bildung* dürfen wir zunächst ebenfalls vom zeitgeschichtlichen Problemhorizont ausgehen, denn auch die Historie bezieht aus ihm ihr Erkenntnisinteresse und ihre Fragestellungen. Es war kein „progressiver“ Sozialhistoriker, sondern es war *Hermann Heimpel*, der die Gegenwart Schlüssel und Wahrheitsquelle des Historikers genannt hat ²²⁾. Allerdings haben uns unsere kategorialen Überlegungen schon erkennen lassen, daß wir beim zeitgeschichtlichen Problemhorizont nicht stehenbleiben dürfen. Die Gegenwartsprobleme bilden ein zu enges Auswahlfilter, wenn in Geschichtswissenschaft und in geschichtlicher Bildung historische Ortsbestimmung der Gegenwart geleistet werden soll. Diese Aufgabe erfordert nicht nur, von der Gegenwart in die Geschichte zurückzufragen, sondern die Gegenwart muß sich auch von der Geschichte her in gewisser Weise in Frage stellen lassen. Will Geschichtsdidaktik dem

²¹⁾ Man wird also nicht verzichten können auf die Themenfelder der Inneren Politik (Meinungs- und Willensbildung/Medien, Verbände, Parteien; politisch-parlamentarischer Prozeß; Rechtsordnung und Rechtspolitik), der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Wirtschaftsordnung; Konjunktur- und Strukturpolitik; Sozialstaatsprinzip und Sozialpolitik; Ökonomie-Ökologie-Problematik), der Internationalen Politik (Deutschlandfrage; Europapolitik; Bündnisysteme, Rüstung und Friedeinsicherung sowie Entspannungspolitik; Entwicklungspolitik; Vereinte Nationen). Die thematische Strukturierung, die Intensität und Extensität der Behandlung dieser Themenbereiche ist damit freilich noch völlig offen.

²²⁾ Hermann Heimpel, Entwurf einer deutschen Geschichte, in: Heimpel 1954 (vgl. Anmerkung 3), S. 166 u. 181.

gerecht werden, muß sie sich vor naheliegenden und typischen Verengungen hüten.

Die Geschichtsdidaktik hat nach dem Zweiten Weltkrieg die nationalstaatliche Verengung, die ohnedies durch den Nationalsozialismus diskreditiert war, überwunden; sie hat sich schon in den fünfziger Jahren um die Hereinnahme europäischer und weltgeschichtlicher Perspektiven und Gegenstände bemüht. Eine zweite Verengung, nämlich eine vorherrschend personalisierende und idealisierende Geschichtsbetrachtung, kann mit der stärkeren Berücksichtigung der Sozialgeschichte als Bereich und der Strukturgeschichte als Aspekt seit Ende der sechziger Jahre als überwunden gelten ²³⁾. Um so überraschender scheint es mir, daß vielfach eine neue, eine chronologische Verengung hingenommen wird, nämlich eine Verkürzung der geschichtlichen Dimension dessen, was man Ortsbestimmung der Gegenwart nennen kann, auf die Zeit seit der Französischen Revolution. Diese Verkürzung hat sich besonders gezeigt in Entwürfen für geschichtlich-politische Bildung der gymnasialen Oberstufe seit der KMK-Vereinbarung von 1960 über die Koordination der Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde.

Wenn man, wie wir es hier getan haben, Geschichte als Wirkungszusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart begreift, dann ist selbstverständlich gar nichts einzuwenden gegen ein inhaltliches Überwiegen neuzeitlicher und zeitgeschichtlicher Themen in geschichtlich-politischer Bildung. Denn je näher wir an unsere Gegenwart herankommen, um so stärker haben wir es mit unserer eigenen unmittelbaren Vorgeschichte zu tun; das heißt, um so vielfältiger werden die Bezüge, die man abstrakt als Wirkungszusammenhang bezeichnet. Konkret ausgedrückt: Gegenwartsverständnis ist inhaltlich viel stärker auf Gegenstände und Phänomene etwa des 19. und 20. Jahrhunderts angewiesen als auf solche aus Antike und Mittelalter. Dennoch ist die Vorstellung, die Genese unserer Zeit reiche nur bis zur Aufklärung zurück, ein unhistorischer Kurzschluß. Gerade unsere Gegenwartssituation ist vielmehr inner- wie zwischengesellschaftlich derart, daß ihre historische Ortsbestimmung universalgeschichtlicher Sicht bedarf. Dazu nur zwei

²³⁾ Vgl. Jürgen Kocka, Sozialgeschichte — Strukturgeschichte — Historische Sozialwissenschaft. Vorüberlegungen zu ihrer Didaktik, in: Geschichtsdidaktik, Heft 4/1977, S. 284 ff.

Hinweise: Die Eigenarten und Probleme einer industriell-technisch bestimmten Gesellschaft treten um so deutlicher hervor, je mehr man sie im Kontrast zu vorindustriellen Gesellschaftsformen betrachtet; und das Zusammenwachsen der Völker des ganzen Erdballs zu einer Verkehrs-, Wirtschafts- und Kommunikationseinheit in unserer Zeit stellt die Kunst der Politik vor Aufgaben, die in ihrer Besonderheit erst in universalgeschichtlicher Anschauung hervortreten.

Gerade eine Geschichtsdidaktik, die die politische Aufgabe geschichtlicher Bildung betont, muß daher zunächst davon ausgehen, daß die *ganze* Geschichte mögliches Arbeitsfeld ist. In diesem weiten Rahmen muß sie dann nach *unserer* Geschichte fragen, was nicht nationalstaatliche Verengung heißen kann, aber eben auch nicht Beliebigkeit der Gegenstände. Denn es geht ja um das historische Verstehen unserer eigenen Gegenwart hier und heute, in Mitteleuropa, in der heutigen Weltlage.

Folgende Auswahlaspekte scheinen mir unabdingbar: Welche permanent aktuellen Probleme unserer Zeit bedürfen der historischen Erhellung? (*Frage der Gegenwart an die Geschichte.*) Welche geschichtlichen Kräfte und Entwicklungen haben unsere Gegenwart grundlegend geformt? (*Frage nach unserem Selbstverständnis aus der Geschichte.*) Welche Phänomene unserer Tradition sind so abgeschlossen, daß sie im Vergleich die Gegenwart klarer erkennen lassen? (*Frage nach der Geschichte als Alternative.*) Welche geschichtlichen Phänomene eignen sich besonders zu menschlicher Selbsterkenntnis und zur Erkenntnis von Möglichkeiten und Grenzen in Gesellschaft und Politik? (*Frage nach der Geschichte als anthropologisches und sozial-politisches Erfahrungsfeld.*) Für die gymnasiale Oberstufe wird noch hinzukommen die Frage, welche Themen und Methoden besonders geeignet sind, Grundbegriffe geschichtlicher Erkenntnis zu gewinnen und anzuwenden (*Frage nach der Geschichte als Erkenntnisproblem*).

Wiederum ergibt sich, wie beim Politikunterricht, zwar kein Kanon notwendiger Gegenstände. Aber es lassen sich mit diesen Fragen die Umriss eines Themenfeldes begründen, das im ganzen als *unsere deutsche und europäische Geschichte in weltgeschichtlichem Zusammenhang* zu bezeichnen wäre. Folgende vier Teilbereiche scheinen mir unabdingbar zu diesem Themenfeld zu gehören:

— Sozialstrukturen und politische Ordnungsformen vorindustrieller Gesellschaften in einer auf die europäische Entwicklung bezogenen Auswahl (etwa: neolithische Revolution und Hochkulturen; Griechische Polis; Römische Republik und ihre Entwicklung vom Stadtstaat zum Imperium; Reich, Kirche und Feudalordnung im Mittelalter).

— Der Umbruch des europäischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems und die Ausformung des Staates zu Beginn der Neuzeit (etwa: Frühkapitalismus und Frühkolonialismus; Reformation und Religionskriege; Absolutismus und europäisches Staatensystem).

— Die geistig-politische und wirtschaftlich-soziale Grundlegung der modernen Zeit im 18. und 19. Jahrhundert (Aufklärung und westlich-liberale Demokratie; Industrielle Revolution, Soziale Frage und unterschiedliche Konzepte ihrer Bewältigung; Liberalismus und Nationalstaat in Deutschland).

— Weltkriege und Weltkrisen im 20. Jahrhundert (Imperialismus und Erster Weltkrieg; Demokratie, Faschismus und Kommunismus; Zweiter Weltkrieg und Ost-West-Dualismus einschließlich Deutsche Frage; Entkolonialisierung und Entwicklungsproblematik).

Diese Themenstichworte wollen keineswegs als ein fertiger Lehrplan und schon gar nicht als ein Plädoyer für den chronologischen Durchgang durch die Geschichte verstanden werden. Dem Ordnungsprinzip der Chronologie kann auch in anderer Weise Rechnung getragen werden. Für geschichtlich-politische Bildung, die auf den Zusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart bezogen ist und zugleich die kategorialen Lernpotentiale der Geschichtsbetrachtung fruchtbar machen will, bieten sich vielmehr unterschiedliche Themenstrukturen des Geschichtsunterrichts nebeneinander an: die historisch-genetische Analyse eines Gegenwartsproblems; der thematische Längsschnitt; der epochenspezifische Querschnitt; die historische Situationsanalyse; der historische und der historiographische Vergleich.

Aufs ganze gesehen entsprechen sowohl der Themenkatalog wie die Thementypen, die von Behrmann, Jeismann und Süßmuth entwickelt und zur Diskussion gestellt wurden, meinen Vorstellungen²⁴). Mein Hauptein-

²⁴) Vgl. die Thementypen und den Themenkatalog bei Behrmann/Jeismann/Süßmuth (Anmerkung 16), S. 228 ff; die Übersicht dazu ebenfalls bei Jeismann (Schörken-Band, vgl. Anmerkung 8), S. 66 ff.

wand zum Themenkatalog dieser Autoren für den Geschichtsunterricht ist der, daß Antike und Mittelalter wohl doch zu kurz kommen, insbesondere wenn man in Rechnung stellt, daß diese Epochen trotz des begrüßenswerten Verzichts auf den rein chronologischen Durchgang weitgehend schon in den Klassen fünf und sechs behandelt werden sollen. Es muß meines Erachtens geprüft werden, ob nicht Themen der späteren Jahrgänge stärker als vorgesehen auch in frühere Epochen zurückgreifen sollten. Vor aller Kritik aber scheint mir die in diesem didaktischen Konzept entwickelte Unterscheidung und Zuordnung unterschiedlicher Thementypen des Geschichts- und des Politikunterrichts ein fruchtbarer und weiterführender Gedanke.

Dagegen ist in einer Reihe von Bundesländern bei verantwortlichen Kultusbeamten und in amtlichen Richtlinienkommissionen die Meinung noch stark verbreitet, ein „eigenständiger Geschichtsunterricht“ sei identisch mit dem chronologisch geordneten Durchgang von Adam und Eva bis zu Adenauer. Diese Meinung hat didaktisch fatale Folgen. *Erstens* bleibt der Durchgang durch die Geschichte trotz allen Bemühens von Didaktikern und Lehrern um Schwerpunktbildung und um Wechsel zwischen kursorischem und verweilendem Lehren letztlich strukturlos und damit lernfeindlich. *Zweitens* vertröstet er Schüler mit zeitgeschichtlich-politisch orientierten Fragen und Interessen auf die Abschlußklasse, wo meist mit „hängender Zunge“ nur noch ein „Überblick“ gegeben wird und die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zu kurz kommt. *Drittens* bedeutet er faktisch die Absage an jede Art von Kooperation mit dem Politikunterricht, der infolge der Geschichtlichkeit seiner Gegenstände auf die eigenständige Leistung eines thematisch strukturierten Geschichtsunterrichts angewiesen ist. Daß man Geschichte nur in chronologischer Reihenfolge lernen könnte, stimmt einfach nicht. Jedes Kind fängt aus seiner Gegenwart zu fragen an. Richtig ist, daß man die Chronologie als Ordnungsprinzip braucht. Aber dem kann ein thematisch angelegter Geschichtsunterricht durchaus Rechnung tragen, der zudem mit seinen unterschiedlichen Thementypen dem Prinzip der immanenten und stetigen Wiederholung viel besser gerecht würde als der lineare Durchgang.

Exkurs: Zeitgeschichte als integrierter geschichtlich-politischer Unterricht

Bis weit in die sechziger Jahre bestimmte die sogenannte Zeitgeschichte, damals verstanden im wesentlichen als Geschichte der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus, sehr stark, vielleicht sogar überwiegend die Inhalte politischer Bildung. Das änderte sich zuerst langsam mit der Aufnahme von Politikwissenschaft und Soziologie in die Lehrerbildung, dann schlagartig mit der im Gefolge der „Studentenrevolte“ sich ausbreitenden Kritik am bis dahin vorherrschenden Erkenntnisinteresse. Soziologische Begrifflichkeit, strukturell-funktionale, systemkritische und „emanzipatorische“ Fragestellungen verdrängten die historische Orientierung. Inhaltlich-thematisch traten die wirklichen oder auch vermeintlichen inneren Probleme und Defizite unserer eigenen Gesellschaft in den Vordergrund. Das entsprach zwar einerseits der im Vergleich zum Geschichtsunterricht stärkeren Zukunfts-, Entscheidungs- und Handlungsorientierung des Politikunterrichts. Es wurden aber andererseits zugleich Problembereiche damit vernachlässigt oder gar verdrängt, die gerade um dieser Zukunftsorientierung willen unabdingbare Bestandteile politischer Bildung bleiben müssen. Dies gilt insbesondere (mit Ausnahme der Dritte-Welt-Problematik) für die Fragen der internationalen Politik, der Europapolitik und für die darin verflochtene Deutsche Frage²⁵⁾. Heute nun unterstreichen gerade auch Politikdidaktiker erneut die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und der Zeitgeschichte insgesamt.

Nun kann man freilich unter Zeitgeschichte heute nicht mehr gut die ganze Zeit seit 1917/18 begreifen, wie das in den fünfziger Jahren üblich und sinnvoll war. Was Zeitgeschichte ist, ist nicht in Jahreszahlen fixierbar; ihr Beginn verschiebt sich ständig, wenn

²⁵⁾ Ein Symptom dieser Entwicklung: auf der ersten von inzwischen insgesamt drei Tagungen, die die Deutsche Vereinigung für politische Bildung gemeinsam mit dem Gesamtdeutschen Institut 1976 zur Deutschlandfrage veranstaltete, kam die eine von zwei Arbeitsgruppen, bestehend aus vornehmlich jungen Lehrern, in eintägiger Diskussion zu dem Ergebnis, unter einer Deutschen Frage könnte sie sich nichts vorstellen. Es sei hinzugefügt, daß die Tagung insgesamt und die weiteren Tagungen der Jahre 1977 und 1978 bei diesem entwaffnenden Ergebnis nicht stehen blieben.

auch unmerklich, und sie mündet in die offenen politischen Probleme der Gegenwart, aus denen sie viel stärker als die Historie allgemein ihre Frageimpulse und ihr Erkenntnisinteresse bezieht²⁶⁾. Für das Verständnis der Aufgaben, die politischer Bildung im zeitgeschichtlichen Kontext gesetzt sind, gibt es deshalb wenig her, Zeitgeschichte in objektiven Zeitgrenzen festzulegen. Auch die Auskunft, Zeitgeschichte meine den unmittelbaren Wirkungszusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart, genügt nicht. Was wirkt unmittelbar nach, was mittelbar? Man kommt weiter, wenn man Zeitgeschichte auf die noch lebenden Menschen bezieht. *Zeitgeschichte wäre dann die erlebte Geschichte der heute Lebenden.* Zeit ist ja für Menschen nicht nur eine physikalische, sondern auch und wohl sogar in erster Linie eine psychische, eine anthropologische Kategorie. Für das geschichtlich-politische Bewußtsein der Lebenden wird Zeitgeschichte nicht historisch über sekundäre Quellen erschlossen, mag das auch die Wissenschaft schon mit mehr oder weniger Erfolg versuchen. Sie wird vielmehr von denen, die sie erlebt haben, mental interpretiert, erzählt oder auch verschwiegen, gedeutet, weitergegeben; sie treibt die Menschen noch um und ist so auf viel elementarere Weise politisch virulent als Geschichte, die jenseits der Lebensspanne der noch Lebenden liegt. Wir haben es also bei der Zeitgeschichte immer mit einem Ineinander von subjektiver und objektiver Betroffenheit zu tun, während hinsichtlich der Geschichte im allgemeinen die subjektive Betroffenheit durchaus fehlen kann.

Nun ist aber Zeitgeschichte als Geschichte der Zeitgenossen immer Geschichte mindestens zweier, in der Regel sogar dreier *Generationen*, die objektiv Verschiedenes erlebt haben und dies entsprechend subjektiv unterschiedlich verarbeiten und deuten. In den fünfziger und sechziger Jahren war die Auseinandersetzung mit dem Scheitern der Weimarer Republik, mit dem totalitären Nationalsozialismus und mit dem Zweiten Weltkrieg unsere notwendige zeitgeschichtliche Thematik. Spätestens mit dem Mentalitätsschub der „Studentenrevolte“ wurde die Nachkriegsentwicklung selbst zum zeitgeschichtlichen Gegenstand. Die Bundesrepublik Deutschland ist dreißig Jahre alt, sie dauert jetzt länger als Weimarer Republik

und Nationalsozialismus zusammen; ihre Anfänge liegen für die heutige Schuljugend weiter zurück als für die Nachkriegsjugend der Erste Weltkrieg. Damit soll nicht gesagt sein, der Nationalsozialismus mit seinen fundamentalen sozialstrukturellen, politischen und geistigen Erschütterungen sei aus dem zeitgeschichtlichen Fragehorizont schon herausgerückt. Aber man muß Zeitgeschichte auch in den Lehrplänen von Zeit zu Zeit verlängern, näher an die Gegenwart heranrücken. Zeitgeschichte als die unterschiedlich erlebte Geschichte der heute Lebenden erfordert einen *Kommunikationsprozeß zwischen den Generationen*, und eben dieser Kommunikationsprozeß ist zentraler Bestandteil politischer Bildung. Es geht um die kommunikative und dialogische Vermittlung von Frageperspektiven und Erfahrungen zwischen den Generationen. An dieser hat es in den vergangenen fünfzehn Jahren erheblich gefehlt und fehlt es wohl auch heute noch.

So werden die Erfahrungen der älteren Generation, die in den Zusammenhang der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gehören, seit langem nur mangelhaft ins Gespräch gebracht. Ich halte dies für das derzeit größte Defizit politischer Bildung, weil es bedeutet, daß das Sinnkonzept unserer heutigen politischen Ordnung der nachwachsenden Generation nicht aus seinem geschichtlich-politischen Kontext begreifbar und nachvollziehbar gemacht wird. Wenn die ältere Generation ihre Position entweder nur autoritär behauptet oder nachgiebig räumt, statt sie gesprächsbereit zu vertreten, dann gerät die Balance zwischen Tradition und Fortschritt in Gefahr, dann gewinnen erfahrungslos zukunftsorientierte, ideologieanfällige und utopische Vorstellungen die Oberhand, und das Bestehende erscheint leicht nur noch im negativen Licht. Es gibt viele Symptome dieser Störung. Besonders auffällige sehe ich zum Beispiel darin, daß in der politischen Sprache die distanzierenden oder ironisierenden Gänsefüßchen, früher für die DDR verwendet, heute von manchen Autoren und Rednern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beigegeben werden, oder daß das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft, sei es aus schlichter Unkenntnis, sei es aus politischer Absicht, mit dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts gleichgesetzt wird. Von vielen wird unser heutiges Gemeinwesen nicht mehr im geschichtlich-politischen Kontext an realen Alternativen gemessen, sondern am utopischen Gehalt einzelner Prinzipien unter Ver-

²⁶⁾ Wanda Kampmann, Zur Didaktik der Zeitgeschichte, Stuttgart 1968, S. 86 ff.

nachlässigung der Zielkonflikte, denen sich jede Politik stellen muß.

Zum Gesprächsdefizit zwischen den Generationen hat freilich ganz erheblich die Belastung vieler aus der älteren Generation durch den Nationalsozialismus beigetragen. Aber gerade dieser Komplex wäre nur durch rückhaltlose Offenheit im Dialog aufzuarbeiten gewesen, in dem die Belasteten am eigenen Beispiel hätten zeigen können, was totalitäre Herrschaft konkret heißt; daß nämlich, wie *Hans Buchheim* schon 1962 treffend herausgearbeitet hat, das unter normalen Bedingungen übliche soziale Verhalten zur Unterstützung des Systems führt²⁷⁾; daß es aber heute nicht darum gehen kann, moralisch-politische Schuld aufzurechnen oder in kriminelle Schuld umzudeuten, sondern durch institutionelle und politische Vorkehrungen die Wiederholung solcher Perversion von Politik zu verhindern. Denn der Durchschnittsbürger ist nicht für die Widerstandssituation geschaffen, und deshalb ist es Aufgabe der Politik, diese Situation möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen. Aber in der Auseinandersetzung mit dieser Problematik ist leider zu viel falsch gemacht worden, sowohl von Belasteten, die sich in peinlich wirkende Apologetik flüchteten, statt zu ihrer Biographie zu stehen und Auskunft zu geben, als auch von Anklägern, denen es nicht um Aufarbeitung unserer Vergangenheit ging, sondern um tagespolitisch kalkulierten „Erfolg“. Dennoch muß zeitgeschichtlicher Unterricht an dieser Problematik weiter arbeiten. Leider ist, was Kenntnisstand und Befähigung der jungen Lehrergeneration für diese Aufgabe be-

trifft, Skepsis begründet. Vieles wird versäumt, auch in der Lehrerbildung und in der Lehrerfortbildung.

In didaktischer Hinsicht muß hier noch vor zwei Mißverständnissen gewarnt werden. Es geht bei der „Verlängerung“ der Zeitgeschichte, beim Heranrücken an die Gegenwart nicht in erster Linie um ein Stoffproblem, das man entsprechend lösen könnte durch „Entrümpelung“ des Geschichtsunterrichts von anderen Gegenständen²⁸⁾. Es geht vielmehr um den Wechsel von Fragestellungen und Problemaspekten. Durch eine bloße Ökonomie des Zeit-Stoff-Verhältnisses kann Geschichtsdidaktik ihre Aufgabe überhaupt nicht lösen, auch für frühere Epochen nicht. Sie muß vielmehr versuchen, einen Konsens darüber herzustellen, welche Fragen wir heute an Geschichte stellen sollten. Dies kann nicht geleistet werden ohne Bezug der Geschichtsdidaktik auf die Aufgaben politischer Bildung. Zweitens ist im zeitgeschichtlichen Unterricht, in diesem politischen Kommunikationsprozeß der Generationen, nicht mehr wichtig, ob der Geschichtsunterricht oder der Politikunterricht sich der Aufgabe annimmt. Es sei nicht bestritten, daß die historische Betrachtungsweise auch hier andere Akzente setzt als die politikwissenschaftliche. Aber da es um die Geschichte gegenwärtiger Politik geht, sind die Perspektiven der beiden Fächer hier so sehr auf gegenseitige Ergänzung angewiesen, daß man den zeitgeschichtlich-politischen Unterricht sinnvoll und wissenschaftsangemessen auf Fächerintegration hin anlegen kann. Das heißt aber, der Lehrer sollte in beiden Disziplinen zu Hause sein.

V. Rationalität

Rationalität ist als Formprinzip wie auch als Ziel geschichtlich-politischer Bildung allgemein anerkannt. Es ist freilich zu fragen, was damit sinnvollerweise gemeint sein kann, welche Forderungen an geschichtliche und politische Bildung sich daraus ergeben und welche Folgerungen für das Verhältnis von Geschichts- und Politikdidaktik sich daraus ableiten lassen.

Unstreitig fordert das Prinzip Rationalität in unserer Zeit Wissenschaftsorientierung des Unterrichts, denn Wissenschaft als methodischer und damit intersubjektiv überprüfbarer Weg zur Wahrheitsfindung ist in einer hochkomplexen arbeitsteiligen und pluralistischen Gesellschaft unentbehrliches Verständigungsmittel. Was aber heißt Wissenschaftsorientierung von Bildung? Selbstverständlich nicht Abbild-Didaktik, nicht Reduktion von Unterricht auf Vermittlung der Methodik und Systematik wissenschaftlicher Disziplinen. Die Didaktik führt andere, gewichtige Strukturmomente für die Planung von Unterricht ins

²⁷⁾ Hans Buchheim, *Totalitäre Herrschaft — Wesen und Merkmale*, München 1962.

²⁸⁾ So zuletzt Alfred Schickel, *Was Schüler von Hitler wissen*, in: FAZ vom 17. 4. 1979.

Feld, Momente der Lern- und Motivationspsychologie sowie Relevanzkriterien der sozialen und politischen Situation von Individuen und Gruppen. Das alles ist unbestritten, jedenfalls unter Didaktikern.

Wissenschaftsorientierter Unterricht ist also nicht Wissenschaft, sondern wissenschaftlich fundierte Praxis. Das heißt: Was in dieser Praxis an Kenntnissen vermittelt, an Erkenntnissen gewonnen wird, muß wissenschaftlich haltbar sein; was wissenschaftlich umstritten ist, darf nicht als gesichert ausgegeben werden; wissenschaftliche Kontroversen in Fragen, die im Unterricht thematisiert werden, müssen in didaktisch angemessener Form Beachtung finden; die Pluralität von Theorien, Konzepten und Methoden darf auch durch die unvermeidliche didaktische Reduktion nicht völlig verlorengehen. Schließlich muß Didaktik Wege finden, das begrifflich-kategoriale und methodische Instrumentarium der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen für Bildungsprozesse fruchtbar zu machen²⁹⁾.

Würde man diese Forderungen an Beispielen konkretisieren, dann wäre zu zeigen, wie sie allesamt eher dahin tendieren, gegen den in unserer Gesellschaft grassierenden Wissenschaftsaberglauben anzugehen, als etwa fertige Erklärungen zu liefern. Die naive Vorstellung, wissenschaftliche Disziplinen bildeten gleichsam Parzellen des Wirklichkeitsgeländes ab, in dem wir uns in Praxis bewegen, ist leider allzuweit verbreitet und wird in Werbung und Propaganda jeglicher Couleur massiv verstärkt. Wer aber nur ein wenig Einblick gewonnen hat in Perspektivität und Relativität moderner Wissenschaften, in die Zerspaltenheit ihrer Methoden, in die Problematik ihrer Prämissen und in die Vorläufigkeit ihrer Ergebnisse, der weiß, daß wissenschaftsorientierte Bildung eher zu Skepsis denn zu Dogmatismus führt.

Die Sicherheit, mit der manche Lehrplan- und Richtlinienentwürfe gesellschaftlich-politischer Bildung der letzten Jahre ganze Lernzielketten im Stil von „Lernen, daß...“ vorschrieben, war gerade nicht Ausdruck von Wissenschaftsorientierung. Politische Bildung beginnt nicht mit fixen Erklärungen, sondern mit Fragen, und das kategoriale Instrumenta-

rium der Wissenschaften hilft, Fragen angemessen zu stellen.

Wonach aber wir dabei eigentlich fragen, das muß in Auslegung des Prinzips Rationalität noch verdeutlicht werden. Rationalität darf im Feld des Geschichtlich-Politischen nicht „positivistisch halbiert“ (Habermas) werden. Es geht hier nicht nur um Fakten und Sachen, nicht nur um zweckrational faßbare Zusammenhänge, auch nicht nur um subjektive Wertrationalität. Es geht vielmehr grundlegend um Fragen des menschlichen Zusammenlebens. Es geht in Auseinandersetzung mit Geschichte wie mit Politik auch und wesentlich um normative Fragen, um gemeinsame Wertorientierungen und um Sinnverstehen. Geschichte und Gesellschaft/Politik sind keine Naturphänomene, sondern von Menschen hervorgebrachte veränderbare Gestalten und Gestaltungen. Zum Verstehen des Geschichtlichen ist deshalb die Frage nach seiner Sinnbasis ebenso unumgänglich wie für die Auseinandersetzung mit Politik die Frage nach dem, was auf Grund unserer heute geltenden Werte und Normen sein bzw. geschehen soll und verantwortlich ist. Wert- und Sinnorientierung dürfen allerdings nicht kurzschlüssig sein, was im Geschichtsunterricht heißen würde, frühere Zeiten mit der Elle heutiger Überzeugungen zu messen, was für den Politikunterricht heißen würde, Situationsanalyse und Erörterung politischer Möglichkeiten (wozu auch die Grenzen gehören) ideologisch oder moralisierend zu überspringen.

Für den Geschichtsunterricht schlägt *Karl Ernst Jeismann* daher eine Ordnung der Lernziele nach den Kategorien Sachanalyse, Sachurteil, Werturteil vor, wobei selbstverständlich vergangene Wertsysteme und Möglichkeiten zu beachten seien. Dem Politikunterricht billigt er eine stärkere Handlungsorientierung zu, die er in *Wolfgang Hilligens* bekanntem Dreischritt „Sehen-Beurteilen-Handeln“ angemessen erfaßt sieht³⁰⁾. Ich kann dem im Prinzip zustimmen, möchte nur vor mißverständlichem und mißverstehendem Sprechen über Handlungsorientierung des Politikunterrichts im Hinblick auf manche Übertreibung der letzten Jahre warnen. Der Schüler steht als Lernender nicht in der Ernstsituation politischen Entscheidens und Han-

²⁹⁾ Vgl. den bei Behrmann/Jeismann/Süssmuth (Anmerkung 16), S. 15 f., und bei Jeismann (Schörken-Band, Anmerkung 8), S. 22 f., umschriebenen Begriff von Fachdidaktik; ferner meine Didaktik (Anmerkung 10), S. 21 ff.

³⁰⁾ Jeismann bei Schörken (Anmerkung 8), S. 44 f.; Behrmann/Jeismann/Süssmuth (Anmerkung 16), S. 81 ff.

delns, und die öffentliche Pflichtschule hat nicht die Legitimation, ihn zu bestimmten politischen Aktionen zu führen. Der einzelne Schüler muß hier vor jedem vom Lehrer oder auch von der Klasse ausgehenden Druck geschützt bleiben. Nur so kann er freies und verantwortbares politisches Urteilen lernen. Aber freilich muß in diesem Urteilen die Handlungsdimension kategorial enthalten sein, als die Frage nach dem, was geschehen kann bzw. soll und wie der Bürger, der Betroffene, der Interessent, der Rechtsträger sich beteiligen, mitbestimmen, vorgehen kann. In diesen Prozeß der Urteilsbildung gehen zweifellos auch die Interessen der jeweiligen Schüler ein, und es ist legitim, wenn der Lehrer dem Schüler hilft, seine eigenen Interessen klar zu erkennen und zu artikulieren. Aber der Bildungsprozeß wäre gestört, wenn subjektive Interessen Vorurteile stabilisierten, statt daß diese in Frage gestellt werden.

Schule muß Urteilsbildung didaktisch als ein inneres Handeln erfahrbar und vollziehbar machen, und sie muß methodisch den gesamten Prozeß der Analyse, Erörterung, Urteilsbildung im Politischen in der Weise kommunikativ anregen, daß der Unterricht im analogen Sinn selbst politisches Handeln wird, nämlich eine dialogische und möglicherweise streitige Auseinandersetzung, in die die Beteiligten ihre Meinungen, ihre Überzeugungen und ihr Selbstverständnis einbringen. Ich will hier offen lassen, wie weit die politische Erwachsenenbildung Handlungsorientierung legitimerweise anders faßt. Aber auch dort muß das didaktische Arrangement auf Bildung, nicht auf Schulung zielen, und also die für freie Urteilsbildung notwendige Distanz gegenüber fixierten Meinungen und Interessen herstellen.

Geschichtliche und politische Phänomene stehen jedenfalls immer in sozialen Problemzusammenhängen und sind als Gegenstände von Bildungsbemühungen mit den Wert-, Sinn- und Selbstverständnisfragen der Beteiligten verknüpft. Bildung nach dem Prinzip der Rationalität kann deshalb nur heißen, sie zu Gegenständen dialogischer Auseinandersetzung zu machen. Information und Belehrung muß von gemeinsamen Reflexionsprozessen umgriffen sein, alle Beteiligten müssen die Chance haben, ihre Sinn- und Selbstverständnisfragen, die sich am problemhaltigen Gegenstand entzünden, in ein Gespräch einzubringen. Daher ergeben sich aus dem Rationalitätsprinzip Anerkennung der Pluralität

von Meinungen und Überzeugungen und Toleranz, Verzicht auf Indoktrination, auf Überwältigung des Schülers oder des Adressaten durch den überlegenen Lehrer, Verzicht auf Parteilichkeit der Lehrziele.

Für den Politikunterricht heißt dies, daß einerseits die ethische und politisch-partizipatorische Dimension des Urteilens, Entscheidens, Handelns im Gespräch erreicht werden muß, daß andererseits Lehrprogramm und Lehrer das Verhältnis von Zustimmung und Kritik offenhalten müssen. Für den Geschichtsunterricht heißt es, daß es weder um naive Traditionspflege noch um kritische Traditionsauflösung geht, sondern um Traditionsreflexion, um historische Aufklärung, die sich der Methoden und Erkenntnisse der Historie soweit wie möglich bedient, darüber hinaus aber, wie das auch jede große Geschichtsschreibung tut, die „Bewältigungsdimension“ einbezieht, das heißt, daß nach unserem Verhältnis zum Geschichtlichen gefragt wird. Geschichtsunterricht kann, zumal in einer weltanschaulich pluralen Gesellschaft, nicht geschichtlich fundierte Identität der Individuen und Gruppen sowie der Gesamtgesellschaft stiften; er kann aber, indem er die Pluralität der Identitäten respektiert und reflektiert, dem einzelnen kritische Identifikation ermöglichen.

In geschichtlich-politischer Bildung, die einer demokratisch verfaßten Gesellschaft angemessen ist, bedingen einander offenes Geschichtsbild, offene Gesellschaft, politischer Relativismus und Toleranz, und zwar nicht aus Desinteresse an der Wahrheit, sondern auf der Basis eines Sinnkonzepts des Zusammenlebens, nach dem die Wertorientierungen und die Sinnfragen Gegenstand argumentativen Gesprächs, die Ziel- und Interessenkonflikte Gegenstand demokratisch-politischen Streitens und Entscheidens sind. Unser gemeinsamer Maßstab sei die zur Tradition gewordene Geschichte unseres bisherigen Streits, meinte Hartmut von Hentig kürzlich³¹⁾. Das ist wenig, aber nicht zu wenig, wenn wir festhalten, daß dazu die Fundamentalnormen des freiheitlichen Verfassungsstaates gehören: personale Menschenwürde, Politik eingrenzende und zugleich verpflichtende Menschenrechte und die Strukturprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

³¹⁾ Hartmut von Hentig in: FAZ vom 25. 8. 1978.

VI. Zusammenfassung

Das Ergebnis unserer Überlegungen zum Verhältnis von Geschichts- und Politikunterricht lautet:

— Auf der Zielebene gibt es keinen Unterschied zwischen geschichtlicher und sozialkundlich-politischer Bildung. Versteht man politische Bildung nur weit genug und formuliert man ihre Ziele in einer Weise, daß sie allen Gruppen in unserer Gesellschaft zumutbar sind, dann kann man sagen, die beiden Fächer Geschichte und Politikunterricht/Sozialkunde ergänzten sich gegenseitig unter der gemeinsamen Zielsetzung politischer Bildung. Beide arbeiten an der Aufklärung unseres geschichtlich-politischen Bewußtseins als einer Voraussetzung rationaler und humaner Bewältigung von Problemen unseres Zusammenlebens³²).

— Auf der Ebene der Grundbegriffe/Kategorien und Methoden ist zunächst einmal der je spezifische Aspekt der beiden Disziplinen zu unterscheiden. Der konstitutive Aspekt der Geschichtswissenschaft ist die Frage nach dem Vergangenen in seinem Zusammenhang mit uns in unserer Gegenwart. Der konstitutive Aspekt der Politikwissenschaft ist die Frage nach der Möglichkeit der Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Probleme und Aufgaben. Dieser je spezifische Aspekt differenziert sich aus in einem begrifflich-kategorialen und methodischen Instrumentarium, das den beiden Disziplinen teilweise gemeinsam ist.

— Thematisch-inhaltlich ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Unterscheidung, aber auch der Zuordnung von Aufgaben/Thementypen geschichtlicher und sozialkundlich-politischer Bildung. Beide Fächer brauchen die Möglichkeit, die ihren Objekten und ihren Kategorien entsprechenden Thementypen eigenständig zu entfalten. Gerade dadurch wirken sie zusammen an der Aufgabe politischer Bildung. Die historisch-genetische Bearbeitung eines geschichtlichen Zusammenhangs und der historische Längsschnitt einerseits, die sozialwissenschaftlich-politische Analyse eines Problems andererseits sind zwei Aufgaben,

die gleichsam quer zueinander stehen, die deshalb methodisch nicht gleichzeitig zu bewältigen sind, aber sich ergänzend aufeinander beziehen können. Der historische Querschnitt oder die Konstellationsanalyse und die politikwissenschaftliche Fall- oder Situationsanalyse arbeiten zwar mit gleichen Fragestellungen und teilweise gleichen Methoden, aber in der Regel an unterschiedlichen Gegenständen. Erst wenn beide in klarer Unterscheidung durchgeführt sind, wird ein Vergleich von geschichtlicher und gegenwärtig-aktueller Situation sinnvoll und fruchtbar.

Dasselbe gilt für die ebenfalls in beiden Fächern mögliche systematisch-strukturierende Betrachtung. Gleiche Begriffe (z. B. Herrschaft, Staat, Revolution, Kapitalismus, Sozialismus, Parlamentarismus, Demokratie usw.) decken fundamentale Unterschiede zwischen Vergangenheit und Gegenwart eher zu als auf, wenn nicht historisch sauber die Normen, Institutionen und Strukturen vergangener Epochen einerseits und unserer Gesellschaft andererseits in sich analysiert werden. Schließlich beginnt ja die Aufgabe historischer Ortsbestimmung der Gegenwart, der Beitrag der Geschichte zu politischer Bildung, mit der historischen Klärung unserer politischen Grundbegriffe, Normen und Institutionen.

In oberflächlicher Fächerintegration, in einem begrifflich-kategorialen und methodischen Einheitsbrei ist das alles nicht zu leisten. Gerade um der politischen Bildung willen braucht der Geschichtsunterricht begrifflich, methodisch und thematisch ebenso seine Eigenständigkeit wie der Politikunterricht. Aber wer die Eigenständigkeit der Geschichte nur aus einem antiquarischen, beliebigen Geschichtsinteresse begründet, vergißt die Bedeutung der Geschichte für politische Bildung. Politische Bildung braucht Geschichte, Geschichtsunterricht ist politische Bildung³³).

Was hier an Gemeinsamkeit der beiden Fächer Geschichts- und Politikunterricht/Sozialkunde beschrieben ist, scheint mir hinsicht-

³²) Vgl. Behrmann/Jeismann/Süssmuth (Anmerkung 16), S. 238, zur „Beziehung des Lernzielgefüges“; hier sollte man allerdings richtiger von Leit- oder Richtzielen sprechen.

³³) In einer stärker systematisch-deduktiven Ableitung habe ich die hier erörterten Fragen dargestellt in meinem Beitrag „Geschichte als politische Bildung“ zu dem demnächst erscheinenden Sammelband von Wolfgang W. Mickel (Hrsg.), Politikunterricht im Zusammenhang mit seinen

lich der Fächerkoordination gleichsam das gemeinsame Minimum der am Gespräch beteiligten Didaktiker, unbeschadet unterschiedlicher weltanschaulich-politisch und wissenschaftstheoretisch bedingter Positio-

Nachbardisziplinen. Die wesentlichen Gedanken beider Arbeiten sind ferner eingegangen in einen „Entwurf einer didaktischen Konzeption für den Grundkurs Gemeinschaftskunde in der Mainzer Studienstufe“, Hrsg. Arbeitsstelle für Lehplanentwicklung und -koordination des Landes Rheinland-Pfalz, Bad Kreuznach 1977. Dort ist auch die Erdkunde einbezogen, über die ich hier mangels Fachkompetenz nicht gesprochen habe.

nen. Wenn das so ist, dann wäre es an der Zeit, für die Sekundarstufe I in allen Schularten eine dementsprechende Verteilung des vorhandenen Studentendepotats vorzunehmen und die beiden Fächer Geschichte und Sozialkunde curricular aufeinander hinzuordnen. Dies bleibt unmöglich, wenn die in den meisten Bundesländern heute gegebene beklagenswerte Randposition der Sozialkunde, insbesondere ihre Beschränkung auf die Abschlußklassen, zementiert bleibt. Der Geschichtsunterricht wird dann weiterhin relativ beziehungslos zu den Aufgaben und Fragestellungen politischer Bildung bleiben.

**Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette:
Der Weg in den Krieg. Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegs-
politik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34—35/79, S. 3—15

In einem Überblick versuchen die vier Autoren des Bandes „Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik“ (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. I, Stuttgart 1979) die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zur ideologischen, politischen, ökonomischen und militärischen Entwicklung im Deutschland der Zwischenkriegszeit zusammenzufassen — einer Entwicklung, die am 1. September 1939 zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges geführt hat. Ausgangspunkt ist dabei die Reaktion auf die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg, auf die Revolution und den Versailler Vertrag. Im Zuge der allgemeinen „revisionistischen“ Politik vermochten sich in der Endphase der Weimarer Republik — auch unter dem Eindruck der Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise — Kräfte in der öffentlichen Meinung, in Kreisen des Militärs und der Wirtschaft sowie in der allgemeinen Politik zunehmend einen bestimmenden Einfluß zu verschaffen, die den traditionellen Linien deutscher Großmachtpolitik folgten.

Diese breite Kontinuität wesentlicher Elemente der nationalsozialistischen Politik erwies sich als die Basis der von Hitler auf allen Gebieten mit Vehemenz aufgenommenen Kriegsvorbereitungspolitik. Der Widerspruch zwischen der revisionistischen Perspektive der alten Eliten und der ideologisch begründeten Zielsetzung der Hitlerschen Politik und ihrer Methoden blieb zunächst ohne Belang. Die „Umkehrung“ der innenpolitischen Verhältnisse mit dem Ziel der „Wiederwehrhaftmachung“ der Nation in der Form einer militarisierten „Volksgemeinschaft“ stand ebenso im Dienst der Kriegsvorbereitung wie die Außenpolitik, die zunächst durchaus nur revisionistischen Bahnen folgte und die nationale Aufrüstung gegenüber der Außenwelt „abzuschirmen“ hatte. Der zur Stabilisierung des Systems unerläßliche wirtschaftliche Aufschwung gewann seine wesentlichen Impulse ebenfalls aus der Aufrüstung und vollzog sich in Formen, die der wirtschaftspolitischen Zielsetzung — Autarkie im Großwirtschaftsraum — entsprach.

Die militärische Aufrüstung, Kern der deutschen Kriegsvorbereitungspolitik, stellt sich dar als ein sich ständig beschleunigender, ungezügelter Prozeß der Ausweitung der Rüstungsziele der Wehrmachtteile, die zu Konkurrenten bei der Ausschöpfung des Rüstungspotentials wurden. Die Begrenztheit dieses Potentials und die anhaltende Steigerung der Rüstungsforderungen mit ihren finanz-, aber auch sozialpolitischen Implikationen führten auf den Weg der Expansion, der dem Programm Hitlers für die „Gewinnung neuen Lebensraumes“ entsprach. Die Dynamik des Aufrüstungsprozesses und die Politik Großbritanniens, das sich den Hitlerschen Vorstellungen eines Kondominiums entzog, engten den politischen Handlungsspielraum des „Führers“ spürbar ein und zwangen zu politischen Schachzügen, die seinem „Programm“ widersprachen. Schließlich stellten die Kriegserklärungen der Westmächte im September 1939 als Folge des deutschen Überfalls auf Polen wesentliche Voraussetzungen der Expansionspolitik Hitlers in Frage, was auch durch die Erfolge der kontinentalen Blitzkriege nicht ausgeglichen werden konnte. Dies war das Ergebnis einer Politik, deren Ziele und Methoden durch Hitler bestimmt wurden, deren Vollzug jedoch ohne die Zustimmung oder die Hinnahme durch die Mehrheit der Nation und ihrer Eliten nicht denkbar war.

Hans-Adolf Jacobsen: „Kampf um Lebensraum“. Karl Haushofers „Geopolitik“ und der Nationalsozialismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34—35/79, S. 17—29

Der heute noch gebräuchliche Begriff „Geopolitik“ ist eng mit dem Namen Karl Haushofer, bayerischer General, Universitätsprofessor und Lehrer von Rudolf Heß, verbunden. Aus Haushofers Sicht war Geopolitik die Wissenschaft von der Weltpolitik, eine interdisziplinäre Methode, mit der die politische Wirklichkeit beschrieben und erklärt werden konnte und deren Erkenntnisse für das politische Handeln genutzt werden sollten. Geopolitik war so ein Mittel zum Zweck, zum Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmacht, zum „Kampf um Lebensraum“.

Zweifellos hat Haushofer für Hitler und Heß Denkanstöße gegeben und deren Welt-sicht beeinflusst, doch wurden seine Ideen von Hitler dogmatisch weiterentwickelt und radikalisiert: Während Haushofer vornehmlich die Volksgrenzen und Staatsgrenzen der damaligen Zeit zur Deckung bringen wollte, war das für Hitler nur eine Etappe zur Neuordnung des europäischen Kontinents. Zwar sah auch Haushofer den „Kampf um Lebensraum“ nicht nur defensiv, doch war sein Ziel eben die „Wiedervereinigung der Volkheit“. Auch er schloß den Krieg als Mittel der Politik nicht aus; Hitler hingegen sah im Krieg das legitime Mittel zur Erweiterung des Lebensraumes auf Kosten anderer. Und wenn Haushofer auch anfänglich die nationalsozialistische Politik begrüßte, so waren doch seine Entzweckungen nicht mit denen Hitlers identisch. Dessen Zielsetzung, das Judentum und den Marxismus zu vernichten, widersprachen Haushofers Vorstellungen von Politik. Er wollte keine deutsche „Herrschaft der Bajonette“ in Europa und war gegen den Krieg mit der Sowjetunion.

1939 hat er das Unheil schon geahnt, 1940 wurde es ihm zur Gewißheit. Doch um noch etwas zu ändern, war es jetzt zu spät. So hat Haushofer — trotz seiner späteren Distanzierung — einen Beitrag zur Glaubwürdigkeit der NS-Politik geleistet, einer Politik, deren konkrete und radikalisierte Ausprägung er keinesfalls gewollt hatte.

Bernhard Sutor: Zum Verhältnis von Geschichts- und Politikunterricht. Politische Bildung im Fächerverbund

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34—35/79, S. 31—46

Die Diskussion über das Verhältnis von Geschichts- und Politikunterricht ist immer noch verkrampft. Bemerkenswerte geschichtstheoretische Versuche der fünfziger Jahre, Geschichte als politische Wissenschaft zu begreifen, fanden in der Didaktik wenig Beachtung. Der Streit um Curricula und Richtlinien sowie um „Fächerintegration“ hat später die Fronten verhärtet und vermehrt.

Dabei verweisen die didaktischen Kategorien des Politikunterrichts durchaus auf ein Interesse der politischen Bildung an einem eigenständigen Geschichtsunterricht. Geschichte darf nicht zum Annex der Bearbeitung gegenwärtiger Probleme werden. Sie kann die in ihren Kategorien enthaltenen Lernpotentiale auch zum Vorteil politischer Bildung nur entfalten, wenn sie thematisch eigenständig bleibt.

Das lernpsychologisch-didaktische Prinzip der subjektiven Betroffenheit verweist auf das unauflösbare Ineinander von geschichtlichem und politischem Bewußtsein. Geschichte ist nicht Vergangenheit, sondern gegenwärtig wirksame Vergangenheit, die der Klärung bedarf.

Aus dem Prinzip der Problemorientierung (objektive Betroffenheit) ergibt sich eine Reihe von Auswahlaspekten zur Bestimmung von Themenbereichen des Politik- und Geschichtsunterrichts. Für den Geschichtsunterricht ist die Verkürzung auf die beiden letzten Jahrhunderte nicht annehmbar. Soll er historische Ortsbestimmung der Gegenwart leisten, dann heißt sein Aufgabenfeld deutsche und europäische Geschichte im weltgeschichtlichen Zusammenhang.

Zeitgeschichte als die unterschiedlich erlebte Geschichte der heute Lebenden erfordert das Gespräch zwischen den Generationen. Diese in den letzten Jahren sehr vernachlässigte Aufgabe politischer Bildung sollte in einem integrierten zeitgeschichtlich-politischen Unterricht angegangen werden.

Das Prinzip Rationalität fordert Wissenschaftsorientierung des Unterrichts, welche, richtig verstanden, eher auf Fragehaltung als auf fertige Ergebnisse zielt. Rationalität in Auseinandersetzung mit Geschichte und Politik schließt die dialogisch-argumentative Erörterung von Wert- und Sinnfragen, von Meinungen, Interessen und Selbstverständnis der Beteiligten ein.

Das Ergebnis unserer Erörterung lautet, daß Geschichts- und Politikunterricht um der gemeinsamen Aufgabe politischer Bildung willen kategorial, methodisch und thematisch Eigenständigkeit brauchen, aber zugleich auf diese gemeinsame Aufgabe hin koordiniert werden müssen.